



Politische Berichte

Nummer 11 / 13. Jahrgang

22. Mai 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Mit ihrem Haushalt '93 will die Regierung den Widerstand der Lohnabhängigen systematisch schwächen

Waigels Haushalt 1993: Rache für den Tarifikampf

Die bis jetzt vorliegenden Einzelheiten des „Haushalts 93“ der Bundesregierung lassen erkennen, daß mit diesem Haushalt auf die lohnabhängige Bevölkerung eine Serie schwerer Angriffe zukommen. Offensichtlich sucht die Regierung einen Weg, den in der Streikbewegung im öffentlichen Dienst zutagegetretenen Widerstandswillen und die Widerstandsmöglichkeiten der Lohnabhängigen gegen ihre unsoziale Politik durch neue Gesetze und Haushalts-Beschlüsse, insbesondere durch Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, systematisch wieder zu zerstören.

So wird die von Waigel angekündigte Streichung der Bundeszuschüsse für die Bundesanstalt für Arbeit zu einer enormen Zuspitzung der sozialen Situation insbesondere in den (Anschluß-)Bundesländern im Osten führen. Die Zahl der Lohnabhängigen, die durch extreme soziale Not gezwungen sind, fast jeden Arbeitsvertrag der Kapitalisten anzunehmen — gleichgültig, welche Zumutungen bei Bezahlung, Arbeitszeit und Arbeitsbelastung darin enthalten sind — wird noch steiler ansteigen als bisher schon. Widerstandsmöglichkeiten von Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräten in Ost und West gegen unzumutbare Arbeitsverträge und für die Einhaltung tariflicher und gesetzlicher Schutzbestimmungen sollen so systematisch untergraben werden.

In der Diskussion ist u.a. eine Änderung, sprich zeitliche Verschiebung der „Anpassung“ von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in den Ost-Ländern an die Brutto Lohnentwicklung. Folge wäre, daß die ohnehin äußerst geringen Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfezahlungen in diesen Ländern real noch weiter sinken. Da gleichzeitig die Teuerung weiter hoch bleibt — die Ost-Mieten etwa sollen zum Jahresanfang 1993 erneut um 100 Prozent steigen — ist blankes Elend die Folge. Schon jetzt müssen nach Angaben des DGB arbeitslose Männer im Osten mit einem Arbeitslosengeld von durchschnittlich DM 35,43 pro Tag über die Runden kommen, arbeitslose Frauen sogar nur mit DM 28,10 pro Tag. Viele Frauen, die früher in LPGs gearbeitet haben, müssen sogar mit einem Arbeitslosengeld von nur 400 DM im Monat überleben.

In die gleiche Richtung zielt die nächste vorgeschlagene „Sparmaßnahme“ bei der BfA, die Kürzung der ABM-Stellen für Arbeitslose. Selbst innerhalb der CDU gibt es gegen diesen brutalen Kurs

Widerspruch. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Sachsen im Bundestag, der Bundestagsabgeordnete Kolbe, wies in einem Zeitungsartikel darauf hin, daß sich 30 Abgeordnete der Union, vornehmlich aus dem Osten, bei der Abstimmung über das Waigel-Konzept enthalten hätten: „Bei Wegfall aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der BA würde sich die Arbeitslosenquote im Osten von derzeit 15,5 % auf rund 40 % erhöhen. Die ganze soziale Infrastruktur im Osten, die derzeit noch durch ABM aufrechterhalten wird — wie Kindergärten, Seniorenclubs, öffentliche Büchereien und dergleichen — würde zusammenbrechen.“ (Handelsblatt, 13. 5. 92)

Auch die Diskussion über die Einführung von sogenannten „Karenztagen“, d.h. Lohnsperre im Krankheitsfall, zielt in diese Richtung. Die Behauptung des Grafen Lambsdorff, solche Pläne seien unrealisierbar, da die Lohnfortzahlung auch in Tarifverträgen geschützt sei, ist eine absichtliche Täuschung. Nach Auskunft des DGB, der seine Daten vom Tarifarchiv im Bundesarbeitsministerium bekommt, ist nämlich nur bei „50 bis 80 %“ der Lohnabhängigen die Lohnfortzahlung tariflich gesichert. Das aber bedeutet: mindestens ein Fünftel, evtl. sogar die Hälfte aller Lohnabhängigen wäre von einer gesetzlichen Einführung von Karenztagen direkt betroffen. Auch

hier würden insbesondere diejenigen Lohnabhängigen Lohnkürzungen hinnehmen müssen, deren Position auf dem Arbeitsmarkt gegenüber den Kapitalisten sowieso schwach ist.

Während so die Regierung systematisch versucht, die Widerstandsmöglichkeiten der Lohnabhängigen gegenüber den Zumutungen der Kapitalisten weiter zu schwächen — mit der Folge, daß auch die Position der Gewerkschaften in Tarifkonflikten mit den Kapitalisten deutlich schwächer würde — sollen die Kapitalisten weitere Steuersenkungen erhalten. „Die Bundesregierung hält es weiterhin für notwendig, den Höchstsatz bei der Einkommenssteuer und den Körperschaftsteuersatz auf einbehaltene Gewinne deutlich unter 50 % zu senken“, kündigte Finanz-Staatssekretär Grünwald am 11. Mai auf dem Deutschen Steuerberaterkongress in Würzburg an. Bereits in diesem Monat soll ein „Standortsicherungsgesetz“ vom Kabinett verabschiedet werden, in dem diese neue Steuersenkung für die Kapitalisten enthalten ist. Zusammen mit der bereits in Kraft gesetzten Senkung der Gewerbe- und Vermögenssteuer ab 1.1.93, durch die die Kapitalisten jährlich ca. 4,5 Mrd. DM weniger Steuern zahlen müssen, der Aufhebung des „Solidaritätszuschlags“ ab 1. Juli dieses Jahres und der Anhebung der Mehrwertsteuer ab 1.1.93 auf 15 % bedeutet dieses Ge-

setz eine weitere schroffe Umverteilung: noch mehr Armut im Osten, bei den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in Ost und West, noch mehr Steuern auch für Bezieher geringer Einkommen, dagegen weitere Steuersenkungen für die Kapitalisten.

Die parallel zur Vorlage dieser Haushaltspläne aus FDP, Union und SPD angezettelte Diskussion um eine „große Koalition“ hat diese arbeiterfeindlichen Pläne der Regierung nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil: Sie dient der Regierung, die mit dieser Drohung Widerstand in den eigenen Reihen gegen das Haushaltsprogramm niederhält, während die SPD Schritt für Schritt weiter nach rechts rückt. So haben sich SPD und CDU in Baden-Württemberg auf eine Senkung der Spitzensteuersätze in der Einkommens- und Körperschaftsteuer verständigt. An der Anhebung der Mehrwertsteuer kommt dagegen aus der SPD kein Wort der Kritik mehr. Vor dem „Spitzengespräch“ am 27. Mai mit der SPD braucht sich Kohl bei dieser Opposition der SPD keine Sorge zu machen. Die Gewerkschaften werden sich etwas einfallen lassen müssen, wie sie der sich ausbreitenden Armut nicht nur mit den Mitteln der Tarifpolitik entgegenwirken wollen.

Quellen: Handelsblatt, Ausgaben vom 8.5. bis 13.5.; DGB-Pressestelle, Presseerkklärungen vom 29.4., 5. und 14. Mai 1992 — (rül)

§218: Reaktionäre drohen mit Verfassungsklage

Etwa 200 Abgeordnete von SPD und FDP sowie ein paar Abgeordnete der CDU haben im Bundestag vergangene Woche einen „Gruppenantrag“ zur Neufassung des Strafparagrafen 218 eingebracht. Sollte der Antrag im Bundestag eine Mehrheit finden, ist das bisher im Anschlußgebiet geltende Recht der Frauen auf Abtreibung in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft erheblich eingeschränkt und eine entwürdigende und inquisitorische Pflichtberatung generell vorgeschrieben. Selbst gegen diesen Entwurf laufen Unionsvertreter und die katholische Kirche Sturm. Ex-Verfassungsrichter Benda und der parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium und Vorsitzende der CDU-Programmkommission, Götner, nannten den Entwurf „verfassungsfeindlich“. CSU-Chef Waigel kündigte an, bei Inkrafttreten werde die CSU vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. — (rül)

„Hände weg vom Asylrecht!“

DIDF, medico international und Ulla Jelpke (MdB, PDS/LL), laden zu einem Vorbereitungstreffen für eine bundesweite Demonstration gegen den Abbau des Asylrechts ein. Im Aufruf heißt es: „Die Diskussionen um das Asylrecht reißen nicht ab. In letzter Zeit werden Stimmen lauter, die das Recht auf Asyl in dieser Form verändern, ersetzen, auf europäischer Ebene „harmonisieren“ oder gänzlich abschaffen wollen ... Wir sagen, daß Art. 16, Abs. 2, Satz 2 GG, der „politisch Verfolgten das Recht auf Asyl“ gewährt, nicht geändert, ersetzt, ergänzt oder in anderer Form berührt werden darf.“ Dienstag, 26. Mai 1992, 19.00 Uhr, Allerweltschhaus, Wahlenstr. 22, 5000 Köln 30. — (u.b.)

Grüne West gehen mit Bündnis 90 zusammen

Nachdem bereits das Bündnis 90 — wegen der Ost-Klausel bei den letzten Wahlen im Bundestag — ihr Zusammengehen mit den Grünen — wegen des Wahlgewinns und Nicht-Ausdehnung nach Osten nicht im Bundestag — beschlossen hatte, hat jetzt umgekehrt auch die Bundesversammlung der Grünen beschlossen, mit dem Bündnis 90 bis zu den Europa- und Bundestagswahlen eine einheitliche Partei zu bilden. Außer der Akzeptanz der Frauenquote von 50 Prozent in allen Parteigremien werden von seiten der Grünen keine formellen Bedingungen gestellt. Im übrigen sorgen Wahl- und Parteiengesetz dafür, daß die Vereinigung sowieso kaum anders als durch einen Beitritt des Bündnis 90 in die Grünen vollzogen werden kann. Im April 1993 soll der Fusionsprozeß durch einen Vereinigungsparteitag abgeschlossen werden. — (alk)

Salmonellenerkrankungen: Todesfälle nehmen rasch zu

In diesem Jahr werden mehr als 500000 Menschen an Salmonellose erkranken. Im letzten Jahr sind 30 % mehr Salmonellenerkrankungen dem Bundesgesundheitsamt gemeldet worden. Viele Erkrankungen mit leichteren Verläufen werden gar nicht von Ärzten behandelt und auch nicht gemeldet, so daß mit einer hohen Dunkelziffer von mehreren 100000 gerechnet werden muß. Die Kosten sind enorm: 1989 alleine bei Pflichtmitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherungen 92776 Arbeitsunfähigkeitstage; fast 43000 Krankenhaustage. Auch die bekannt gewordenen Todesfälle nehmen zu: 1986 starben 48 Menschen an Salmonellose, 1989 bereits 100 und 1990 schon 116. Übertragen wird die Krankheit durch verseuchte Zuchtstierbestände und kontaminierte Lebensmittel. Mehr Leute mit wenig Geld müssen die minderen Lebensmittel kaufen und essen und sind auch sonst schon gesundheitlich schlechter dran, was die steigende Zahl und die schweren Verläufe der Erkrankung erklärt. — (sul, AGG)

Weitere Armut vorprogrammiert

Die Haushaltspolitik wird die Armut wachsen lassen. Die Sozialhilfe wird nicht erhöht, aus den Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden, deren Mildtätigkeit von der Union einst als christlicher Deckmantel für brutale Kapitalorientierung vorgesehen war, kommen Hilferufe, daß sie nicht in der Lage sind, auch nur die krasseste Armut zu mildern. Politisches Eingreifen der Gewerkschaften ist erforderlich. Bild: 1. Mai in Essen. — (alk, Bild: M. Scholz)



Neues beim Asylrecht

CDU legt Acht-Punkte-Plan vor, SPD räumt letzte Positionen

Nachdem die Führung der SPD-Bundestagsfraktion während der Debatte am 30.4. zur Verschärfung des Asylrechts nun auch noch ihre Bereitschaft zu einer Grundgesetzänderung signalisierte, hat die Union sofort ihren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Johannes Gerster einen Acht-Punkte-Plan als Basis für eine Verständigung mit der SPD vorlegen lassen:

1. Mit dem vereinbarten Asylbeschleunigungsgesetz soll der „Mißbrauch des Asylrechts“ sofort deutlich eingeschränkt und die Überwachung perfektioniert werden.
2. Die Lagerkapazitäten sollen von den Ländern von bisher 25000 um 20000 fast verdoppelt werden. Bei „offensichtlich unbegründeten“ Asylanträgen soll spätestens nach drei Monaten „konsequent“ abgeschoben werden.
3. Mit einer „maßvollen Grundgesetzänderung“ sollen Asylbewerber aus „Nichtverfolgerstaaten“ oder aus EG-Staaten, in denen sie sicher waren oder abgelehnt wurden, mit einem „objekti-

ven Kurzverfahren“, d.h. nach der ersten Anhörung abgeschoben werden.

4. Zuwanderer aus „akuten Bürgerkriegsgebieten“ bekommen kein Asylverfahren, sondern einen befristeten Aufenthalt, und werden nach „Beendigung der Kampfhandlungen“ unverzüglich abgeschoben.

5. Wenn mit diesen Maßnahmen mindestens eine Halbierung der Zuwanderer erreicht wird, soll über ein „Einwanderungsbegrenzungs-gesetz“ beraten werden, das aber keine neue Zuwanderung ermöglichen darf, sondern diese steuern und begrenzen soll.

6. Die dabei eingesparten Milliarden sollen zur Einmischung in den Herkunftsländern eingesetzt werden.

7. Für „deutsche Aussiedler“ soll ein „Aussiedleraufnahmegesetz“ geschaffen und ihnen mit finanziellen Mitteln die Siedlung „außerhalb Deutschlands“ schmackhaft gemacht werden.

8. Schließlich soll eine „Globalstrategie“ entwickelt werden, nach der die Asylbewerber über die gesamte EG ver-

schohen werden können, ähnlich wie in der BRD unter den Bundesländern.

Bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU in Baden-Württemberg hat die SPD auch die Wahrung des Individualrechts, als Bedingung für eine Grundgesetzänderung aufgegeben. Ganz im Sinne von Gersters 8-Punkte-Plan wurde dort vereinbart, daß in einem europäischen Asylrecht unter Einschuß der osteuropäischen Länder Asylbewerber ohne Individualverfahren zurückgewiesen werden können, wenn sie in einem dieser Vertragsstaaten vor Verfolgung sicher waren. Im Verwaltungsverfahren sollen künftig „Nichtverfolgerstaaten“ eingeführt werden können. Für Bürgerkriegsflüchtlinge soll eine eigene Rechtsgrundlage geschaffen werden, was bedeutet, daß die SPD die Forderung des Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) nach einer Wiedereinführung der Genfer Flüchtlingskonvention ins deutsche Asylrecht nicht unterstützen will. — (rac)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Naumanns „Risikobogen“

Einen „Risikobogen von Marokko bis Indien“ hat Generalinspekteur Naumann auf der 33. Kommandeurstagung der Bundeswehr in Leipzig ausgemacht. Gegen Risiken aus diesem Raum müsse die Bundeswehr die BRD schützen. Naumanns Definition eines „Risikobogens“ bedroht Staaten mit militärischem Einsatz der Bundeswehr, die weit außerhalb des vom Grundgesetz zugelassenen Einsatzgebietes der Bundeswehr liegen. Trotzdem ist der Generalinspekteur weder von Verteidigungsminister Rühe noch von Kanzler Kohl auch nur gerügt worden. Das läßt ahnen, wie weit die Planungen der Hardthöhe für weltweite Bundeswehreinätze gediehen sind.

Gegen soziale Verfassungsrechte

Auf einer Fachtagung zu Verfassungsfragen hat die CDU ihre Ablehnung aller „plebiszitärer Elemente“ in der Verfassung der BRD und ihre Gegnerschaft gegen jede Andeutung sozialer Rechte und Ansprüche in der Verfassung bekräftigt. Fraktionschef Schäuble behauptete demagogisch, solche sozialen Rechte seien „unerfüllbar“, ihre Aufnahme in die Verfassung würde „allenfalls die Anspruchshaltung der Bürger gegenüber dem Staat verstärken“. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Ex-Verteidigungsminister Scholz, ergänzte Schäubles Ausführungen so: Ein „Recht auf Arbeit oder Wohnung in einer Landesverfassung schränke ... Arbeitgeber oder Vermieter erheblich ein und sei deshalb nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.“ Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verfassung der CDU/CSU-Fraktion, der Abgeordnete Jahn, erklärte, die Union berate noch, ob ein Volksentscheid über die geänderte Verfassung nicht doch „ein verfassungspolitischer Gewinn“ sein könne.

Jäger 90: Jein

Allerorten tönt es: Der Jäger 90 sei gestrichen. Der Beschluß des Verteidigungsministers Rühe ist unklar und verfolgt eine Hinterabsicht. Tatsächlich gibt es keine Entscheidung, hier und heute und komplett aus dem Jäger-90-Projekt auszusteigen. Der Jäger wird laut „Welt am Sonntag“ (17.5.) weiter entwickelt, es fließen weiter Gelder in das Jagdflugzeug. Schließlich gibt es bis 1998 (!) eine Option zum Kauf des Jägers 90 für die Bundeswehr. Die Hinterabsicht: Mit dem Verbal-Ausstieg beim Jäger 90 soll die SPD zu einem klaren Ja zum Bundeswehreinsatz außerhalb des Nato-Gebiets gewonnen werden.

SPD für „großen Lauschangriff“

Eine Arbeitsgruppe der SPD hat der von der Union gewünschten Legalisierung des „großen Lauschangriffs“, d.h. der weitgehenden Freigabe von Abhör-Aktionen der Polizei, erstmals zugestimmt. Dagegen haben Anwaltsvereinigungen ihre Kritik an den Plänen der Regierung verstärkt. Selbst der konservative An-

waltsverein lehnt das Regierungsvorhaben ab. Sein Vizepräsident Bandisch erklärte am 14. Mai im Saarländischen Rundfunk: „Das sind geheimdienstliche Methoden, die nichts in der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung zu suchen haben ... Wir wollen einen solchen Überwachungsstaat nicht.“

Ärztetag versus Bonn

Auf dem 95. Deutschen Ärztetag in Köln war ein zentrales Thema die Pläne der Bundesregierung zur Kostensenkung im Gesundheitswesen. Die Ärztervertretung sprach diesbezüglich von einer Politik, bei der „schnellfristig mit der Gartenschere“ Sparpolitik betrieben werde. Eine Selbstbeteiligung von Patientinnen und Patienten an den Krankenkosten wird dort abgelehnt, wo dies über „den Einstieg“ z.B. „durch den Kauf des Versicherungsausweises“ hinausgehe. Auch Kritik zur Politik in der Ex-DDR wurde vorgetragen: „Die alten Fachambulanz werden dort durch eine gezielte Interessenpolitik, die man zwar verstehen kann, erstickt.“

Wahlrechtsdebatte via große Koalition

Die Aufgaben, vor denen eine große Koalition stünde, werden allenthalben breitgetreten: Bundeswehreinsatz, Asyl, Bahn- und Post-Privatisierung, Sparen & Sparen & Sparen. Nun wurde in einem Kommentar in der „Welt am Sonntag“ ein altes Thema neu aufgewärmt. Danach könnte eine Große Koalition „nur dann Sinn haben, wenn ihr Hauptzweck“ in der Einführung des „Mehrheitswahlrechts“ bestünde: „Dann wäre der Spuk der sich aufspielenden kleinen Parteien zu Ende.“ Solange dies jedoch in Bonn nicht Thema sei, sei dort nur eines gefordert: „Führung“.

Marlenes einsame Rückkehr

Kaum war Marlene Dietrichs Wunsch, in Berlin beerdigt zu werden, bekannt, begannen Versuche, ihre aktive Gegnerschaft gegen das NS-Regime vergessen zu machen. Eine Bundeswehrmaschine sollte sie nach Berlin bringen. Daraus wurde nichts. Als sich gegen eine politische Ehrung rechter Widerstand formierte, sagte Bürgermeister Diepgen eine Hommage im Deutschen Theater ab. Am Grab hatte von den politischen Parteien nur das Bündnis 90/Die Grünen einen Kranz niedergelegt.

Was kommt demnächst?

Am 21. und 22. Mai findet in La Rochelle der nächste deutsch-französische Gipfel statt. Auf ihm soll u.a. über den weiteren Ausbau der „deutsch-französischen Streitkräfte“ beraten werden. Am 24. Mai sind in Berlin Wahlen zu den Bezirksvertretungen. Am 26. Mai will das Bundeskabinett ein Gesetz zur Änderung von Artikel 23 GG verabschieden, angeblich zur Sicherung der Rechte der Länder beim Ausbau der EG. Ende Juni will der CDU-Bundesvorstand den Haushalt 1993 abschließend beraten. Am 15. Juli will das Bundeskabinett den Bundeshaushalt 1993 verabschieden und damit Bundesrat und Bundestag zur weiteren Beratung zuleiten.

Die deutsche Außenpolitik wird noch aggressiver

Die Bundesregierung hat nun zugesagt, für UNO-Einsätze in Jugoslawien militärisches Gerät zur Verfügung zu stellen. Es soll sich dabei vor allem um Transportfahrzeuge handeln. Was noch vor ein paar Wochen als gesetzwidrige Aktion gebrandmarkt wurde, nämlich der Handel von Transportfahrzeugen aus den Beständen der Nationalen Volksarmee (NVA) nach Kroatien, wird nun zu einer alltäglichen Situation. Die BRD erweist sich dabei auch als ein gewaltiger Waffenumschlagplatz. Hier sitzen die dubiosen Firmen, die die Koordination für internationale Waffenschlepperorganisationen durchführen.

Das meiste Material wird nach Kroatien oder Bosnien via der Schweiz, Ungarn oder Österreich verbracht. Die Waffen kommen meist aus den Beständen der ehemaligen RGW-Staaten. Hier stößt der Ausverkauf, oft auch hochwertigen Materials, offenbar auf keinerlei Grenzen mehr. Entweder werden die Waffen offen offeriert, oder sie werden unter falschem Titel auf den Weg gebracht.

Aber nicht nur militärische Ausrüstung wandert aus Osteuropa in die Kriegsgebiete. In Polen werden von einer privaten Wehrsporttruppe mit Werbepunkten Söldner für den Einsatz auf kroatischer Seite geworben. Diese rechtsnationalistische Gruppe ist eng mit der „Konföderation für ein unabhängiges Polen“ (KPN) liiert, die im polnischen Parlament, dem Sejm, die fünfstärkste Fraktion stellt und nach jüngsten Wählerumfragen derzeit in der Wählergunst an der Spitze liegt. Nach offiziellen Angaben sollen mehrere hundert Polen als Söldner in kroatischen Diensten stehen.

Westeuropäischen Staaten stehen dem aber in nichts nach. Zwei oppositionelle Fraktionen im niederländischen Parlament verlangen jüngst von der Regierung Aufklärung über den Verkauf von ausrangierten Fahrzeugen der niederländischen Armee an Kroatien. Wie sich dann herausstellte, wurden die Fahrzeuge mit Wissen des niederländischen Wirtschaftsministeriums an eine Firma in Leiden verkauft, die ordnungsgemäß anmeldete, daß sie die Armeefahrzeuge an Kroatien weiterveräußere. Das niederländische Wirtschaftsministerium hatte keine Bedenken.

Aber auch in diesem Fall ging die Ware nicht direkt nach Kroatien, sondern eine deutsche Firma trat als offizieller Käufer in Erscheinung. Diese stellte dann den niederländischen Trödel mit anderen Materialien zusammen und transferierte den Kram nach Kroatien.

Nicht ohne Grund ist die BRD beliebter Umschlagplatz für den Waffentransfer in das jugoslawische Krisengebiet. Wie es ein Waffenhändler formulierte, sind deutsche Adressen kein Problem. Was Wunder. Ist doch die deutsche Regierung seit geraumer Zeit bestrebt, viel

intensiver in den jugoslawischen Krieg einzutreten. Immer offener wird der bewaffnete Einsatz gegen Serbien gefordert.

Bei der nun zu Ende gegangenen Kommandeurstagung der Bundeswehr äußerte der Verteidigungsminister deutlich, daß die Bundeswehr auch an Kampfeinsätzen teilnehmen sollte. Die Planungen dazu laufen derzeit auch in ganz konkrete Richtungen. Die SPD kritisierte in der letzten Woche die Geheimverhandlungen zwischen Frankreich und der BRD über Einsatzplanungen der deutsch-französischen Brigade. Es geht dabei darum, daß diese Truppe als Kerneinheit einer KSZE-Militärstruktur geplant ist, die direkte militärische Einsätze durchführt. Jugoslawien soll dabei als erster Einsatzort genannt worden sein.

In diesem Zusammenhang sind nun die jüngsten Ministersprünge in der BRD verständlicher. War der Sturz von Stoltenberg als Verteidigungsminister noch erklärlich, so war eine erste Einschätzung des Rücktritts Genschers schon schwieriger. Kannte man letzteren doch gerade als vorwärtstreibendes Element bei dem Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten von souveränen Staaten zu mischen, wenn deren Politik sich nicht den imperialistischen Gepflogenheiten anpaßte. Noch gut erinnerlich ist seine Forderung nach dem „Recht auf Einmischung“ auf der Moskauer KSZE-Konferenz.

Auch nur durch den Druck von Frankreich, Großbritannien und den USA, die eigene Interessen im Jugoslawienkonflikt verfolgen, konnte Genscher immer wieder vor Schnellschüssen auf dem Balkan vorläufig gebremst werden. In seiner Amtszeit wurde die Strategie der Ostexpansion entwickelt, die nun ihre Erfolge einfährt.

Warum aber nun der schnelle Rücktritt? Die Genscher-Ära ist unwiderruflich vorbei, titelte jüngst die *Süddeutsche Zeitung*. Was beinhaltet nach ihrer Auffassung diese Ära? „Der englische Deutschlandkenner Timothy Garton-Ash hatte den Bonner Grundinstinkt richtig persifliert“, heißt es in der Ausgabe vom 17.5.92, „man will freundschaftliche Beziehungen mit dem Himmel, vertiefte Partnerschaft mit der Erde, aber auch fruchtbare Zusammenarbeit mit der Hölle.“ Dies sei für die vergangenen Jahrzehnte vielleicht noch die richtige Strategie gewesen.

„Aber das offenkundige Problem dabei ist, daß man vielen zuviel verspricht, deshalb immer mehr laviert und zum Schluß seine Glaubwürdigkeit verliert.“ Deutlich wird Genscher dafür kritisiert, daß er sich zu sehr um die Interessen der westlichen Verbündeten scherte. Aufgerechnet werden ihm dabei seine Rückzieher in bestimmten Fragen der Balkanpolitik. Genscher sei aber trotzdem auch deshalb so populär, weil

er ein Vertreter einer zurückhaltenden Außenpolitik sei, was die Bevölkerung nach Auffassung der SZ befürworte. Aber das sei ein katastrophaler Fehler. Man könne sich nicht wie die Schweiz oder Schweden aus den Konflikten heraushalten. Das allein deshalb, „weil fast jede Entscheidung in Europa und im Umfeld auf Deutschland durchschlagen wird.“

Deshalb: „Wer sich dem Crash nicht entziehen kann, sollte tunlichst im Cockpit dabei sein. Die Unwetterzonen sind mit bloßem Auge zu erkennen. Brich der Welthandel zusammen, wird die Bundesrepublik als Exportmacht Nr.2 am meisten leiden. Bleiben die jungen Demokratien in Osteuropa vor der Tür, wird auch die schönste Vertiefung der EG nichts helfen.“

Die KSZE als Bündnisersatz? Dieser Vielvölkerverein erinnert immer mehr an den Völkerbund, der schon an einer Lappalie wie Mussolinis Abessinien-Abenteuer zerbrach. Das deutsch-französische Euro-Corps? Es wird Augenwischerei bleiben, solange die Deutschen sich nicht zu einem Einsatz *Out of Area* durchringen können; zudem birgt es in letzter Konsequenz die Abkoppelung von Nordamerika. Euro-Geld und Euro-Staat? Da möge man sich vergewissern, daß man in Maastricht nicht mehr gelobt hat, als das Wahlvolk zu halten gewillt ist.

Blauhelme und gar mehr? Es ist zwar eine Schande, daß die Bundesrepublik sich UN-Friedensmissionen verweigert. Aber mit mutigen Reden auf Kommandeurstagungen ist es nicht getan; ein Volk, das sich 40 Jahre lang aus den Welthandeln heraushalten durfte, wird nicht über Nacht einsehen, daß plötzlich Risikobereitschaft gefragt ist.

Der Tenor der Kritik ist eindeutig. Mit wenigen Worten wird eine neue (letztlich aber doch altbekannte) deutsche Außenpolitik vorgeführt. EG und KSZE, zumindest wie sie zur Zeit noch organisiert sind, bilden — wo sie zu viel Rücksichtnahme auf Verbündete und womöglich eine Teilung der Beute verlangen — gelegentlich eben auch einen ärgerlichen Hemmschuh für die Entfaltung der deutschen Weltmachtgeltung. „Deutschland zuerst!“ — so kann man die Logik dieses Programms umschreiben, und dabei keine Rücksicht auf anderweitige Interessen. Einer solchen, deutlich aggressiveren Expansionspolitik der BRD hat Genscher aber nie wirklich im Weg gestanden. Er hat ihr im Gegenteil — zuletzt im Jugoslawienkonflikt — den Weg gebahnt und innenpolitisch Deckung verschafft. Daß jetzt trotzdem diese Politik noch von rechts angegriffen wird, zeigt, mit welcher extremer Aggressivität einflußreiche Kreise in der BRD die Außenpolitik betreiben wollen.

Quelle: *Süddeutsche Zeitung*, 17. Mai 1992 — (hav)

BRD „einverleibt“? — Czaja will großdeutsche Vormacht in der EG

Nach den Landtagswahlen im April hatte die CDU entschieden, daß gegen eine „Verunsicherung der Bürger“ etwas unternommen werden müsse. Der „Mißbrauch des Asylrechts müsse schnell abgestellt“ (!) werden, erklärte Schäuble. So hatten Reaktionäre und Faschisten einen doppelten Erfolg: einen Wahlsieg und ein Versprechen der CDU. Schäuble erklärte, der Asylrecht-Artikel 16 müsse geändert werden und für eine Ratifizierung und Inkraftsetzung des Maastrichter Vertrags sei ebenfalls eine Grundgesetzänderung nötig. Im Maastrichter Vertrag war das Asylrecht zu einer Gemeinschaftsaufgabe erklärt worden. Für eine solche EG-Regelung soll ein neuer Artikel 23 von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe entworfen werden. Vertreter von Koalition und SPD scheinen sich schon weitgehend einig zu sein. Die Bundesländer bleiben zuständig für Bildung, Polizei und Fremdenverkehr. Bei der Übertragung von Hoheitsrechten an die Europäische Union z.B. in der Außen- und Sicherheitspolitik muß der Bundesrat zustimmen. (2)

Gegen diese Politik schießt der Präsident des Bundesverbands der Vertriebe-

nen (BdV) und Bundestagsabgeordnete der CDU, Dr. Herbert Czaja, im *Deutschen Ostdienst*, der Zeitschrift des BdV. Das sei eine „Einverleibung der Bundesrepublik — ohne eigene Souveränitätsrechte — in einen Bundesstaat“ (3). Czaja befürchtet, daß durch ein EG-Recht die Politik der Vertriebenenverbände behindert werde, z.B. durch die Eingliederung der Vertriebenenpolitik in eine EG-Außenpolitik. Czaja tritt deshalb für einen Europäischen Staatenbund ein, wie dies bereits Adenauer getan habe, schreibt er. Die Vertriebenenorganisationen hätten bereits gegen den 2+4-Vertrag und die Freundschaftsverträge mit Polen und der CSFR gehetzt, mit dem Ergebnis, daß ihre Einflußmöglichkeiten größer wurden und die finanziellen Zuwendungen enorm stiegen.

Czaja operiert zweigleisig: Er setzt die Regierung unter Druck, um den Einfluß der reaktionären Vertriebenenpolitik zu verstärken. Zweitens fördert er eine nationalistische Parteibildung, wenn er erklärt: „Wenn sich die Bürger klar machen, was die Realisierung der Vision eines europäischen Bundesstaates bedeutet, werden sie sich scharen-

weise davon ab- und einem verstärkten Nationalstaatsdenken zuwenden.“

Schönhuber-Republikaner hatten in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert: „Erst Deutschland — dann Europa“. Mit der Einverleibung der DDR sah es einen Moment so aus, als sei dieser Slogan nun erledigt. Es verhält sich aber genau anders.

Bei den letzten Landtagswahlen hatten Republikaner und DVU vor allem mit ihrer Kampagne „Rettet die D-Mark“ Wähler mobilisiert. Daran knüpft Czaja an, wenn er in der Überschrift zu seinem Artikel fragt: „Soll die Bundesrepublik Deutschland einem europäischen Bundesstaat einverleibt werden?“ Mit Verunsicherung und Demagogie versuchen Reaktionäre und Faschisten, für ihre großdeutsche Politik Anhang zu sammeln. Trotz 2+4-Vertrag tritt jetzt eine Exilregierung des Deutschen Ostens öffentlich auf und fordert die Rückgabe von „Westpreußen, Posen, Ostoberschlesien“ und die Nichtigkeit des Versailler Vertrages von 1919. (4)

Quellen: (1) FAZ, 9.4.92; (2) *Kölnischer Stadt-Anzeiger*, 16.5.92; (3) *Deutscher Ostdienst* Nr. 15/92; (4) *Europa-Wort* Nr. 2/92 — (jöd)



Arbeitsgruppen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP haben sich jetzt nach monatelangem Streit um eine „Begrenzung“ des Mietanstiegs geeinigt. Danach soll die Mietanhebung für ältere Wohnungen auf maximal 20% binnen drei Jahren „begrenzt“ werden. Die FDP, aber auch Teile der CDU/CSU, hatten das mit dem „Argument“, die Begrenzung der Mietsteigerung schreke „Investoren“ vom Wohnungsbau ab, zu verhindern gesucht. Tatsächlich „begrenzt“ das Gesetz, das jetzt erst noch ins Kabinett muß und dann von Bundesrat und Bundestag angenommen, d.h. erst nach Monaten in Kraft treten wird, Mietsteigerungen nur ganz geringfügig. So sind auch künftig Mietsteigerungen von 6 bis 7% pro Jahr, d.h. etwa 50% über der sonstigen Teuerungsrate und weit oberhalb aller Tarifabschlüsse, weiter möglich. Bild: Asylschiff in Köln. (Bild: af/mz)

Metallabschluß: Die Tarifpolitik verliert weiter an Boden

Die zweite Urabstimmung im öffentlichen Dienst war gerade zuende, da tagte in Luxemburg die Geschäftsführerkonferenz der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Die BDA, die für die Tarif- und Sozialpolitik des Unternehmerlagers zuständig ist, bestätigte einen schroffen Kurs der tarifpolitischen Trendwende und lehnte die Orientierung der privaten Wirtschaft am Tarifabschluß des öffentlichen Dienstes ab. Der BDA-Präsident Murmann strich überdeutlich heraus, daß die Unternehmerverbände am früher hochgelobten „sozialen Frieden“ kein großes Interesse mehr haben: „Während wir auf unserem hohen Niveau stehen, wird das Tauschobjekt ‚sozialer Frieden‘ immer weniger wert, weil die anderen aufholen.“ Die Ausfalltage wegen Arbeitskämpfen seien überall massiv zurückgegangen. Tarifforderungen und Tarifabschlüsse seien in vielen europäischen Nachbarländern geringer. (1) Die Botschaft war also, auch einen Streik nicht zu scheuen.

Der Unternehmerverband Gesamtmetall war auf seiner Konferenz in Stuttgart zur gleichen Zeit schon etwas vorsichtiger. Die Warnstreiks in der Metallindustrie, nach Angaben der IG Metall mit über einer Million Teilnehmern, und das Urabstimmungsergebnis im öffentlichen Dienst hatten dort Eindruck gemacht. Gesamtmetall mußte zur Kenntnis nehmen, daß ein Streik trotz des antigerwerkschaftlichen Kesseltreibens möglich war und schnell heftige Formen annehmen konnte. Der Gesamtmetall-Präsident Gottschol gab sich wieder verhandlungsbereit. Seine Ankündigung, ein Abschluß müsse „zeichnendsetzende Inhalte haben“, mußte freilich beruhigen.

Das Karlsruher Verhandlungsergebnis bestätigt die Besorgnisse: Es bringt ab 1. 4. 92 eine Erhöhung der Löhne und

Gehälter um 5,4 % sowie eine Erhöhung der betrieblichen Sonderzahlung zu Weihnachten um 5 % (der Maximalbetrag ist dann 55 % statt bisher 50 % eines Monatsverdienstes). Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich um 75 DM in allen Lehrjahren. Zum 1. 4. 93, wenn nach dem Manteltarifvertrag von 1990 die Arbeitszeit auf 36 Wochenstunden bei gleichbleibendem Monatslohn verkürzt wird, werden die Löhne und Gehälter um weitere 3 % erhöht mit einer Laufzeit bis Ende 1993. Die Ausbildungsvergütungen werden um 50 DM erhöht und die betriebliche Sonderzahlung zum Jahresende 1993 um weitere 5 % auf dann maximal 60 %. Die Gesamtlaufzeit des Tarifvertrags beträgt damit 21 Monate.

Vor allem für die unteren Lohngruppen ist das schon jetzt zuwenig. In der untersten Lohngruppe in Nordwürttemberg/Nordbaden bringen die 5,4 % gerade 102 DM, in der untersten Gehaltsgruppe K1/1 nur 100 DM. Selbst in der obersten Arbeiterlohngruppe sind es lediglich 169 DM, in der obersten Angestelltenlohngruppe T7/4 freilich 294 DM mehr auf den Grundlohn bzw. das Grundgehalt. Damit liegt die momentane Entlastungswirkung für die unteren Lohngruppen deutlich unter dem Abschluß im öffentlichen Dienst.

Gesamtmetall-Präsident Gottschol hatte sich gebrüstet, eine soziale Komponente wie für den öffentlichen Dienst komme für die Metallindustrie nicht in Frage, auch nach dem Verständnis der IG Metall nicht. Und die verhandelnde IG Metall hat tatsächlich nichts getan, ihn hier zu widerlegen. Im Abschluß hat die IG Metall offensichtlich nicht einmal darauf gedrungen, die fällige Nachzahlung für den April für die unteren Einkommen günstiger zu gestalten. Auch das wenige Mehr an Weihnachtsgeld, das prozentual an das Monatsverdienst

gekoppelt ist, bringt den Niedrigverdienenden keine Entlastung.

Schwer krisenhaft wird die Lohnentwicklung dann im nächsten Jahr. Die 3 %ige Lohnerhöhung wird sehr deutlich unter der Teuerung liegen, die Anfang 1993 von der Erhöhung der Mehrwertsteuer zusätzlich angefacht werden wird. Innerbetriebliche Lohnkürzungen werden die Lage weiter verschärfen. Viele Unternehmen reduzieren nicht nur die Belegschaftszahl drastisch, sondern greifen auch Lohnbestandteile wie Fahrgehalt, überbetriebliche Zulagen und andere Zuschüsse an, erhöhen die Kantinenpreise usw. Das Ergebnis dürfte ein Reallohneinbruch in bisher nicht gekanntem Ausmaß sein. Die von den Unternehmerverbänden betriebene Trendwende bei den Löhnen gewinnt Kontur. Sinkende Reallohne erleichtern wiederum den Unternehmen die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit, die mit der Einführung der 36-Stunden-Woche einen regelrechten Sprung machen soll.

Schließlich wird die überlange Laufzeit den Widerstand gegen die Regierungspolitik erschweren. Die Bundesregierung hat mehr als eineinhalb Jahre Zeit für ihre aggressive Politik gegen die Lohnabhängigen, ohne dabei Tarifforderungen der IG Metall und vielleicht weiterer Gewerkschaften fürchten zu müssen. Es ist schwer verständlich, warum die IG Metall diesen Preis bezahlt und sich dabei auch über die eigene tarifpolitische Entschließung des letzten Gewerkschaftstags hinweggesetzt hat, die zwölfmonatige Laufzeiten fordert.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik kommt — für viele spürbar — in die Krise. Eine Debatte ist überfällig, wie sich gewerkschaftlicher Widerstand festigen und wieder Boden gutmachen kann.

Quellenhinweis: (1) alle Zitate stammen aus dem Handelsblatt, 15./16. Mai 1992 — (rok)



Bild: af/mz

ÖTV: Elf Tage Streik, böse Zugeständnisse

Mit dem Verhandlungsergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben die öffentlichen Arbeitgeber ihr Ziel der tarifpolitischen Wende deutlich verfehlt. Der Tarifexperte des Handelsblatts, Hans Mundorf, bringt seinen Unmut über Kohl deutlich zum Ausdruck: „Es hat also nichts gebracht, daß der Bundeskanzler auch 1992 die Richtlinienkompetenz für die Tarifpolitik ausgeübt und seinen Ausflug auf ein Feld wiederholt hat, in dessen Weite er sich schon 1991 verirrt.“ (1)

Doch dieses Ergebnis, das auch vom ÖTV-Hauptvorstand als politischer Erfolg propagiert wird, konnte die gewerkschaftliche Basis nicht überzeugen. Maßlose Enttäuschung und Wut machten sich in der Urabstimmung Luft. Denn was nützt ein politischer Erfolg im Tarifkampf, wenn das materielle Ergebnis mäßig ist. Und das Ergebnis muß daran gemessen werden, daß es nach dem größten Arbeitskampf im öffentlichen Dienst seit Bestehen der BRD zustandekam. Das Ergebnis eines solchen Streiks muß auf Jahre im Niveau und insbesondere in der Struktur der Einkommen spürbar sein, wie es auch der Mindestbetrag von 170 DM aus dem Streik von 1974 war.

Gerade in diesem Jahr fanden die Gewerkschaften günstige Bedingungen vor, nachhaltig wirkende Barrieren gegen Hungerlöhne zu errichten. Die diesjährige Tarifrunde war und ist entscheidend von politischen Auseinandersetzungen geprägt. Auf der einen Seite die zahllosen Raubzüge der Regierung auf die Einkommen der lohnabhängigen Bevölkerung, die immer verlogener werdenden Begründungen dafür, auf der anderen Seite Millionengeschenke an die Reichen durch Steuerpolitik und Subventionen, die immer unverfrorenere Zurschaustellung schmarotzerhaften Lebens (Kanzler-Jets etc.) führen jeden an die lohnabhängige Bevölkerung gerichteten Maßhaltappell ad absurdum. Wenn auch durch den Tarifkampf der Schaden dieser Politik nicht behoben werden kann, so hatten doch viele die Hoffnung, zumindest die Folgen dieser Politik zu mildern. Nahezu unwidersprochen konnte die Aufassung platzgreifen, daß auch und gerade die Tarifpolitik dazu beitragen müsse, eine Barriere gegen die Armut zu errichten. Deshalb gewann die Diskussion über eine soziale Komponente große Bedeutung.

Die öffentlichen Arbeitgeber hatten früh erkannt, daß sie in diesem Jahr keine Chance hätten, unter ihrer geliebten Stoßrichtung „Leistung muß sich wieder lohnen“ den Tarifabschluß strukturell zu gestalten. Früh brachte der sozialdemokratische Flügel der öffentlichen Arbeitgeber eine „soziale Komponente“ ins Gespräch. Doch das, was die

Dienstherren als „soziale Komponente“ lancierten, sollte nur verhindern, daß wirkliche und nachhaltige Barrieren gegen Hungerlöhne errichtet würden. Für dieses Ziel war bereits die gewerkschaftliche Forderung nach 500 DM mehr Urlaubsgeld ein nur eingeschränkt taugliches Mittel. Vergleicht man aber die Urlaubsgeld-Forderung — als soziale Komponente — mit dem, was die Arbeitgeber jetzt zugestanden haben, hätte die Erhöhung des Urlaubsgeldes um 500 DM bereits 1992 für die unteren Lohngruppen einen stärkeren Struktureffekt gebracht als das jetzige Verhandlungsergebnis. Das Entscheidende aber ist: die Einmalzahlung gibt es nur 1992, dann ist der Effekt dieser „sozialen Komponente“ verloren. Das wichtigste Ergebnis von elf Tagen Streik wird zum Jahresende wie eine Seifenblase zerplatzen. Die nächste Tarifierhöhung wird auf die nackten 5,4 % gerechnet, gleichermaßen für die Niedrig-Lohngruppe I wie für Spitzenverdiener in BAT I. Die geforderte Erhöhung des Urlaubsgeldes hingegen hätte zumindest Jahr für Jahr einen spürbaren Festbetrag gebracht.

Ein weiteres, besonders übles Element haben die Arbeitgeber damit installiert, daß die Kappungsgrenze nicht an einer bestimmten Einkommenshöhe festgemacht wird, sondern an der Eingruppierung in eine bestimmte Vergütungsgruppe. Gerade im Bereich der Kappungsgrenze von BAT II werden viele wissenschaftliche Hilfskräfte gegen ihren Willen zu Teilzeitarbeit gezwungen. Ihre Bruttoeinkommen liegen deshalb vielfach weit unter 3000 DM. Dennoch werden auch sie aufgrund ihrer Eingruppierung fünf Nullmonaten unterworfen, erhalten die Einmalzahlung nicht. Für eine wissenschaftliche Hilfskraft (verheiratet, 1 Kind), die bei Teilzeitarbeit unter 2500 DM verdient, bringt das Verhandlungsergebnis nicht einmal 100 DM (im Durchschnitt von 13 Monatsgehältern unter Berücksichtigung des Urlaubsgeldes).

Die Aussetzung des Streiks vor der Urabstimmung hat es nahezu unmöglich gemacht, trotz Ablehnung des Ergebnisses in der Urabstimmung, den Streik jetzt noch fortzusetzen. Aber die Diskussion muß unmittelbar darüber fortgesetzt werden, wie die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen auf Dauer gesichert werden kann. Dies kann in der Tarifbewegung 1993 durch eine Vorweganhebung im Ausmaß der auf 1992 befristeten Strukturkomponente geschehen oder durch einen hohen Festbetrag. Der Gewerkschaftstag im Juni liegt günstig, um frühzeitig die Weichen für die nächste Tarifauseinandersetzung zu stellen.

Quelle: Handelsblatt vom 11. 5. 1992 — (kar)

Hamburg: Bericht über den Streik an den Krankenhäusern

Über 2000 ÖTV-Mitglieder aus der Abteilung Krankenhäuser in Hamburg haben sich am ersten Streiktag am 30. 4. registrieren lassen, und etliche unorganisierte Kolleginnen und Kollegen hatten freigezogen, um dabei zu sein. Trotz der positiven Erfahrungen mit kurzen Warnstreiks und einer bis zum zweiten Streiktag anhaltenden Beirritswelle hatte niemand mit einer derart großen Beteiligung gerechnet.

Zwischen der ÖTV-Bezirksleitung und dem Senatsamt für den Verwaltungsdienst war eine Notdienstvereinbarung abgeschlossen worden. Die Notarztwagenbesatzungen und die „Krankenversorgung einschließlich medizinischer und Versorgungsdienste nach Art und Umfang im Rahmen des Sonntagsdienstes“ sollten vom Streik ausgenommen sein.

Die Betriebsgruppen der Hamburger Krankenhäuser beschlossen unterschiedliche Taktiken für die örtlichen Streikleitungen. Im AK Harburg z.B. wurden sog. Notdienstausweise ausgestellt. Allerdings mußten alle Ausweise von der Streikleitung unterschrieben werden. Damit war am Tor klar, wer am Streiktag überhaupt etwas im Betrieb zu suchen hatte oder wer versuchte, als Streikbrecher in den Betrieb zu gelangen. Vor allem die „Götter in Weiß“ versuchten vor dem ersten Streiktag, diese Richtlinien zu ignorieren, so daß am Vortag noch bis nach 17.00 Uhr Notdienstausweise für Ärzte ausgestellt werden mußten.

Im AK Altona hatten Streik- und Krankenhausleitung die verschiedenen Bereiche nach der Notwendigkeit von Sonntagsdienst sortiert und ihr Diskussionsergebnis veröffentlicht. Den Notdienstern stellte das Direktorium „Dienstverpflichtungen“ aus, die diese am Tor vorzeigen konnten.

Im AK Barmbek gab der Verwaltungsleiter eine Dienstanweisung für das Verhalten am Streiktag heraus, nachdem die Streikleitung klargemacht hatte, daß laut Notdienstvereinbarung jede Panne, die durch den Versuch, den Normalbetrieb aufrechtzuerhalten, z.B. durch nervöse Operateure, auf das Konto der

Krankenhausleitung gehen werde.

Am ersten Streiktag haben viele Bereiche die entstandenen „Fehlzeiten“ mit Arbeitszeitverkürzung, Frei oder Urlaub auszugleichen versucht, was indirekt den Streik unterstützt hat: Anästhesie, OP-Funktionsdienst, Röntgen und Krankentransport waren im AK Barmbek nur noch mit Sonntagsdienst anwesend. Die Sonntagsruhe im Gelände wurde nur durch eine Demonstration der 250 Streikenden unterbrochen.

Natürlich wurde vor allem von Seiten einiger Chef- aber auch Stationsärzte mehr oder weniger massiver Druck auf die Beschäftigten ausgeübt, der aber in der Regel ins Leere verpuffte. Vor dem zweiten Streiktag mußte im AK Harburg vom Verwaltungsleiter immer wieder klargestellt werden, daß Streik doch ein „Grundrecht“ sei und wenn keine Gewaltakte geschähen, vollkommen rechtmäßig auch im Krankenhaus gestreikt werden könne. Pannen oder Zwischenfälle, die den Streikenden in die Schuhe geschoben werden könnten, hat es nicht gegeben. Wegen der eindeutigen Festlegung auf Sonntagsdienst mußte sich jeder Oberarzt, der Schaden für die Patienten durch den Streik behauptete, den Vorwurf gefallen lassen, daß ihn dies sonntags ja auch kalt lasse.

Die Streikbeteiligung in allen Hamburger Krankenhäusern hat viele Kolleginnen und Kollegen außerordentlich ermutigt, Solidaritätsaktionen zu organisieren und mit ihren Forderungen in die Öffentlichkeit zu gehen. In Harburg wurde kurzfristig eine Demonstration mit den Kollegen der Müllabfuhr und aus den Kindertagesstätten in die Harburger Innenstadt durchgeführt. Die Barmbeker demonstrierten mit kleinen Kundgebungen und selbstgedichteten Streikgesängen durch das Krankenhaushausgelände und den angrenzenden Wochenmarkt. Eine Delegation von rund 50 KollegInnen besuchte die Streikposten auf dem Betriebshof der Stadtreinigung im Viertel und die Postler.

Innerhalb der Krankenhäuser haben die Streikaktionen eine enorme Solidarisierungswelle ausgelöst. Die Hausarbeiter und die Kollegen vom Krankentrans-

port z.B. werden auf den Stationen jetzt mit einem großen „Hallo“ begrüßt oder es wird begeistert den benachbarten Müllarbeitern zugewunken. Daß dieser Zusammenschluß ein wichtiger Erfolg des Streiks ist, wird von Kolleginnen und Kollegen immer wieder betont, wenn sie das Ergebnis kritisieren.

Geschockt bis wütend wurde der Abbruch des Streiks am Donnerstagabend aufgenommen, zumal jeder Mitstreikende das Gefühl hatte, daß durch zwei oder drei zusätzliche Streiktage deutlich mehr hätte herausgeholt werden können. Unüberhörbar waren dann auch die Stimmen auf den Mitgliederversammlungen am Montag, die personelle Konsequenzen in der Gewerkschaftsspitze forderten.

Obwohl die zweite Urabstimmung schon von Montag bis Mittwoch geplant war, fanden in den Krankenhäusern am Montag zunächst nur Mitgliederversammlungen zur Aussprache statt. Dort wurde das Für und Wider erörtert, einzelne KollegInnen begründeten ihr Ja oder Nein. Einerseits wurde anerkannt, daß das Bonner Tarifikdiktat durchbrochen wurde, andererseits muß man schon sehr lange rechnen, um sein persönliches Ergebnis für 91 und 92 zu ermitteln. Daß dabei von Lohngruppe 1 bis 3, in KR I und II und in BAT IXb und VIII auch 92 die „magische Sechse“ vor dem Komma steht, beeindruckt in den Hamburger Krankenhäusern nur Wenige. Durch die Streichung der Wege- und Rüstzeitpauschale, die seit Januar im Vorgriff auf die Tarifierhöhung gezahlt wird, sind 137,80 DM schon weg. Einer Arbeiterin im Reinigungsdienst blieben DM 34,55, einer Krankenschwester DM 57 und einer Angestellten für Textverarbeitung DM 43 vom Gesamtpaket für 1993. Teilzeitbeschäftigte mit täglich kürzerer Arbeitszeit hatten die volle Wege- und Rüstzeitpauschale erhalten und sind bereits im Minus!

In Hamburg ist der Abschluß mit 45 % Zustimmung durchgefallen, in den Krankenhäusern gab es eine deutliche Zweidrittelmehrheit der Neinstimmen.

aus: Informationsdienst Gesundheitspolitik 11/92, gekürzt — (fm/mgh, AGG)

Am 3. und 4. April führte der Pan Africanist Congress of Azania (PAC) einen Kongreß durch, der sich vor allem mit der Situation befaßte, die die Rassistenregierung in den Verhandlungen mit dem ANC durch die Bildung von CODESA herbeigeführt hat. Außerdem beschlossen die Delegierten verschiedene Maßnahmen zur Reorganisation des PAC in Azania/Südafrika und zur Zusammenführung der Organisationsteile, die gezwungenermaßen im Exil entstanden, und dem Inlandsflügel. Ein Ergebnis des Kongresses ist, daß am 9. April eine Delegation des PAC erste bilaterale Gespräche mit Vertretern der südafrikanischen Regierung führte. Die Gespräche fanden unter der Leitung des derzeitigen Präsidenten der OAU, des nigerianischen Präsidenten Ibrahim Bagangida, in Nigeria statt. Sie sollen fortgesetzt werden. An der südafrikanischen Delegation nahm u.a. der Außenminister Pik Botha teil. Der PAC hat damit seine Forderung nach Verhandlungen auf neutralem Boden unter neutraler Leitung durchsetzen können. Diese Forderung erhob die PAC-Delegation auch gegenüber der südafrikanischen Regierung in Hinsicht auf die Fortsetzung von Verhandlungen. Gora Ebrahim, im Nationalen Exekutiv-Rat des PAC zuständig für Auslandsfragen, erklärte zu den Verhandlungen, daß CODESA nicht Bestandteil gewesen sei. Dikgang Mosenene, stellvertretender Präsident des PAC, erklärte, die Delegation habe von der Regierung eine Neugliederung der Verfassungsgespräche in Südafrika gefordert. CODESA sei nicht repräsentativ und undemokratisch. Der PAC werde an keinerlei Verhandlungen teilnehmen, die nicht demokratisch legitimiert seien. Damit konnte der PAC einen Schritt vorwärts machen in der Umsetzung der Beschlüsse seines Kongresses, die wir im folgenden auszugsweise dokumentieren. — (uld)

PAC zu Verhandlungen und zur Verfassunggebenden Versammlung

1. Der Pan Africanist Congress of Azania, in der Fortführung von früheren Beschlüssen seines Kongresses, ist nicht prinzipiell dagegen, den legitimen Kampf für nationale Befreiung und Selbstbestimmung durch einen Mechanismus grundlegender Verhandlung zu entscheiden.
2. Solche Verhandlungen müssen in einem demokratischen Forum stattfinden, die Teilnehmer müssen einen nationalen Auftrag haben.
3. Der Mechanismus, durch den ein solcher nationaler Auftrag erteilt wird, ist die Verfassunggebende Versammlung. Sie muß nach dem Prinzip eine Person, eine Stimme von allen Azaniern, die älter als 18 Jahre sind, auf der Grundlage eines allgemeinen Wählerverzeichnisses gewählt sein.
4. Die Beratungen, Debatten und Beschlüsse einer solchen Verfassunggebenden Versammlung dürfen in keiner Weise durch irgendwelche vorhergehenden Abkommen beschränkt sein, die

Dieses Regime hält einen traurigen Rekord der Unterdrückung demokratischer Kräfte

die weiße Minderheitenregierung mit irgendeiner anderen Partei über die grundlegenden Bedingungen und Prinzipien erreicht haben mag, für die die gewählte Verfassunggebende Versammlung zuständig ist.

5. Außerdem müssen solche Verhandlungen unter einem neutralen Einladern und an einem neutralen Ort stattfinden.
6. Das Ziel solcher Verhandlungen muß sein, die Übergabe der politischen Macht von der illegalen rassistischen Minderheitsregierung an die demokratisch gewählte Mehrheit sicherzustellen.
7. Der PAC wird weiterhin für die Vereinigte Patriotische Front kämpfen, damit die unterdrückte und enteignete Mehrheit mit einer machtvollen Stimme sprechen und handeln kann.

8. Der PAC wird sich eng mit den Frontstaaten und der OAU zusammenschließen, um die Vereinigte Patriotische Front zu stärken und sicherzustellen, daß sie als Front arbeitet.
9. Der PAC wird für die Durchsetzung seines erklärten Zieles kämpfen: Die Durchsetzung von zweiseitigen Verhandlungen zwischen dem Regime und seinen Verbündeten und den echten Vertretern der unterdrückten und enteigneten Mehrheit.

10. Ein Verhandlungsteam soll eingerichtet werden, das die Verhandlungen führen und beobachten soll.
11. Die Führung des PAC hat ein umfassendes Mandat, Verhandlungen zu den erklärten Zielen der Organisation zu führen.

Gewalt

Mit tiefer Besorgnis nimmt der Kongreß die entfesselte Gewalt zur Kenntnis, die weiterhin die afrikanischen Menschen in ihren Häusern, Zügen, Taxis, auf dem Weg hin und zurück von der Arbeit quält. Weiterhin nimmt der Kongreß den wohlwogenen Unwillen der weißen Minderheitsregierung zur Kenntnis, dies aufzuhalten. Angesichts der Nutzlosigkeit der Goldstone-Kommission und des diskreditierten sogenannten Friedensabkommens fordert der PAC:

- (I) Die überprüfbare Auflösung aller staatlichen Organe der Gewalt wie z. B. Koevoet und das Battalion 32 und deren Ausweisung aus Azania.
- (II) Die internationale Gemeinschaft, namentlich die Vereinten Nationen und die Organisation der Afrikanischen Einheit, sollen direkt intervenieren, indem sie Friedensstruppen in allen betroffenen Gegenden stationieren.

- (III) Die Goldstone-Kommission soll durch eine internationale Kommission ersetzt werden, die die Fälle von Gewalt untersucht und die verantwortlichen Parteien feststellt. Solch eine Untersuchungskommission soll unter der Auf-



Die soziale Lage der Afrikaner ist verzweifelt.

sicht einer internationalen Körperschaft wie der UNO oder der OAU stehen.

Der Kongreß beschließt, daß der Nationale Exekutivrat in Beratungen mit anderen Mitgliedern der Vereinigten Patriotischen Front die Maßnahmen ergreifen soll, die er für angebracht hält, um die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die zynische Mißachtung von afrikanischen Menschenleben zu lenken, die das weiße Minderheitsregime an den Tag legt.

Bewaffneter Kampf

Der Kongreß beschließt, daß der bewaffnete Kampf solange nicht eingestellt oder unterbrochen wird, wie afrikanische Menschen der staatlich unterstützten Gewalt in den städtischen und ländlichen Gegenden ausgesetzt sind und diese Menschen nicht ihr Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung errungen haben.

Vereinigte Patriotische Front

Der Kongreß bekräftigt erneut seine Verpflichtung gegenüber der Vereinigten Patriotischen Front und gegenüber den Entscheidungen, die sie auf ihrer Gründungskonferenz in Durban am 25.—27. Oktober 1991 getroffen hat, und er stellt fest, daß die PUF in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Konferenz von Durban erneut einberufen werden soll, das bedeutet innerhalb von sechs Monaten.

Ausbildung der Führung und politische Erziehung

Mit Besorgnis stellt der Kongreß fest, daß im Augenblick keinerlei strukturierte politische Erziehungs- und Ausbildungsmaßnahmen für die Führung bestehen, die allen Parteimitgliedern offenstehen. Er ist sich bewußt, daß die

Partei dringlich politisch ausgebildete Mitglieder braucht, die sich den Änderungen stellen können, die uns bevorstehen. Der Kongreß weiß, daß die Mitglieder gute Kenntnisse haben müssen in der führenden Philosophie der Partei, insbesondere im afrikanischen Nationalismus und im Panafrikanismus. Er stellt außerdem fest, daß die Partei die Aufgabe hat, neue Mitglieder zu rekrutieren und daß die Mitglieder der Partei eine aktive und konstruktive Rolle in allen Angelegenheiten der Bürger und der Gemeinschaft übernehmen müssen. Deshalb beschließt der Kongreß, daß die Abteilung für politische Angelegenheiten als dringliche Aufgabe ein politisches Ausbildungsprogramm entwickeln muß, das an alle Untergliederungen des PAC mit der Unterstützung des Nationalen Organisierers verteilt werden muß. Die Abteilung für politische Angelegenheiten soll in Verbindung mit dem Nationalen Organisierer Einführungsklassen, Kurse für politische Ausbildung, Trainingsmaßnahmen für die Führung und Ausbildungsmaßnahmen für alle Parteimitglieder anbieten.

Beschluß über ein Sprachkomitee

Der Kongreß beschließt, daß ein Übersetzungskomitee eingerichtet wird, das die grundlegenden Dokumente der Partei und Material für die Öffentlichkeitsarbeit in die afrikanischen Sprachen übersetzen soll und — wenn es finanziell möglich ist — diese Dokumente auf Tonbänder aufnehmen soll, um die Partei in die Lage zu versetzen, effektiver mit den Afrikanern zu kommunizieren.

Drohungen fremder Regierungen

Der Kongreß nimmt die ungerechtfertigten und nicht herausgeforderten Angrif-

fe und Drohungen der Vereinigten Staaten von Amerika gegen den PAC zur Kenntnis. Er verurteilt solche Angriffe und weist jeden Versuch der USA oder irgendeiner anderen fremden Regierung zurück, die Politik und Programmatik des PAC — das koloniale Siedlerregime zu überwinden und eine sozialistische, afrikanistische Demokratie zu errichten — zu ändern.

Präsident Clarence Makwetu zur Lage der Wirtschaft und zu den Sanktionen

Die Wirtschaft unseres Landes — ein Produkt von Kolonialismus und Rassismus — ist immer noch in weißer Hand. Als Folge von der Klerks Apartheid und von Mißwirtschaft gleicht die Wirtschaft einem Schlachtfeld. Tausende unserer Jugendlichen sind arbeitslos, und ihre Zukunft ist öde. Die Jugend unseres Landes, die von der Apartheid gezwungen wurde, die Schulausbildung aufzugeben und die Unterdrückung zu beseitigen, ist nun Thema von Konferenzen und Diskussionen weißer Liberaler und ihrer Institutionen, die Geld aus der Misere der Jugend machen. Tausende von Arbeitern sind entlassen, weil viele Unternehmen als Folge von Mißwirtschaft und Desinvestment von Siedlerkapital zusammenbrechen. Das rassistische Regime ist eifrig dabei, nationales Vermögen, das aufgehäuft wurde aus dem Blut und Schweiß unseres Volkes, zu privatisieren, um sicherzustellen, daß die ökonomische Apartheid bestehen bleibt, wenn die politische Apartheid beseitigt ist. Die Strategie zielt darauf ab, jede afrikanische Regierung, die an die Macht kommt, in die Lage einer Geisel der weißen Wirtschaftsmacht zu bringen. Es gibt keine Programme für die Berufsausbildung von Afrikanern, außer wenigen Vorzeigeprogrammen für einige Afrikaner. Ich muß feststellen, daß der PAC solchen Programmen entgegengetreten muß, weil sie nur Versuche zur Ehrenrettung der Weißen sind.

Die sozialen Bedingungen der Afrikaner, wie sie in den Jahren der Apartheid entstanden sind, sind abscheulich. Wohnungsknappheit wegen niedriger Einkommen, verursacht durch die Apartheid, die Erziehungs- und Wirtschaftspolitik sind tickende Bomben, die jede künftige afrikanische Regierung, die an die Macht kommt, entmachten werden, solange Weiße die wirtschaftlichen Ressourcen kontrollieren. Der PAC ist deshalb gezwungen, Grundsätze zu verfolgen, die diese Ungleichheiten beseitigen — Grundsätze wie die Sozialisierung und andere Methoden.

Westliche Regierungen, die Sanktionen gegen Südafrika verhängt haben, beginnen, diese Sanktionen zu lockern. Sie behaupten, es gäbe einen nicht umkehrbaren Fortschritt. Als nicht widerstehbare Schritte im Fortschritt bezeichnen sie die sogenannte Aufhebung des Land Acts, des Group Areas Act, des Gesetzes zur Registrierung der Bevölkerung nach sogenannten Rassen usw. Aber die sogenannte Aufhebung hat nichts am Status quo geändert — noch immer gehört 87 % des Landes der weißen rassistischen Minderheit. Die Afrikaner waren und sind immer von den Ressourcen ausgeschlossen und sie haben kein Stimmrecht. Wo ist der unwiderrufbare Fortschritt?

Der einzige Fortschritt, den der PAC sieht, ist die Fortsetzung der Unterdrückung des afrikanischen Volkes. Die USA, Großbritannien, Deutschland und die EG-Kommission waren an vorderster Front in der Kampagne für die Aufhebung der Sanktionen.

Leider sind sie dabei von einigen unserer eigenen Brüder und Schwestern unterstützt worden. Einige Sportorganisationen, die mit diesen Gruppen zusammenarbeiteten, haben eine Aufweichung des Sportboykotts und internationale Beteiligung an Sportereignissen erleichtert, unter der falschen Voraussetzung, daß die Sanktionen und der Sportboykott aufgehoben seien. Flaggen der Bequemlichkeit sind erfunden worden und die politische Bedeutung der Flaggen ist untergraben worden. Der Klerk wird ins Rampenlicht geschoben, um als Reform- und Friedensbringer zu posieren, während unser Land in Stücke zerschlagen wurde wegen seiner Politik. Dies ermahnt uns, unseren Kampf an allen Fronten zu intensivieren.

Karoshi, Tod durch Überarbeit — Für wen ist Japan ein Modell?

Sakae Iwata, 23 Jahre, gestorben an Überarbeit, Karoshi nennt sich das in Japan und Kwarosa in Korea, wo dies auch nicht unbekannt ist.

Vor einem Gericht in Tokio läuft gerade eine Auseinandersetzung um die Arbeitsbelastungen, die zum Tode durch Überarbeit führen. Was Karl Marx vor mehr als hundert Jahren ganz nüchtern im *Kapital* anführte, ist heute noch Realität. Bei dem Prozeß stehen sich gegenüber auf der einen Seite eine der größten Geschäftsbanken Japans, die Fuji-Bank, auf der anderen Seite ein Lehrer und eine Rentnerin. Sie sind die Eltern von Sakae Iwata, einer 23jährigen Angestellten in der Fuji-Bank, die 1989 gestorben ist — nach Auffassung ihrer Eltern gerade an Karoshi. Die Fuji-Bank behauptet, das Mädchen wäre von labiler Gesundheit gewesen, sie sei an einem Asthmaanfall gestorben. Jeder Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen sei ausgeschlossen.

Vor kurzem hat die Regierung Karoshi, den Tod durch Überarbeit, offiziell anerkannt. Um aber tatsächlich als Todesursache anerkannt und entschädigt zu werden, müssen Bedingungen erfüllt sein: Vor dem Eintritt des Todes müssen

entweder 24 Stunden hintereinander oder 16 Stunden täglich an sieben aufeinander folgenden Tagen durchgearbeitet worden sein.

Die Formulare für das Anerkennungsverfahren können in jedem Papierwarengeschäft gekauft werden. Insgesamt sind seit 1987 etwa 30 Todesfälle anerkannt worden, bestätigen die Anwälte des Nationalrates der Opfer von Karoshi. In Wirklichkeit hat jeder zweite japanische Beschäftigte Angst, irgendwann selbst Opfer dieses Karoshi zu werden.

Die Eltern von Sakae Iwata gingen vor Gericht, um die Fuji-Bank als Verursacher des Todes ihrer Tochter anzuklagen. Denn auch dieser Fall entsprach nicht den genannten Bedingungen für eine Anerkennung. Sie berichteten: „Die Tochter arbeitete in Kabuto-Cho, der Börse in Tokio, und war mit Devisentransaktionen beschäftigt. Zwischen März und Mai 1989 wurde ein neues EDV-System installiert. Die Angestellten mußten auch abends nach 18 Uhr in der Bank bleiben, um sich in dieses neue System einzuarbeiten. Sie kam jeden Tag abends sehr spät nach Hause, brachte sogar Unterlagen nach Hause mit.

Ihre Gesundheit wurde immer schlechter, sie magerte langsam ab. Zuhause wollte sie nicht bleiben wegen ihrer Kollegen. Am 12. Juni wurde sie ins Krankenhaus eingeliefert und ist abends gestorben.“ Seitdem kämpfen die Eltern gegen die Fuji-Bank.

Die Anwälte der Bank legten Stundenzettel im Gericht vor, in denen kaum Überstunden verzeichnet sind. Im März gab es überhaupt keine Eintragungen. Zwei Angestellte der Bank, die diese Mauer des Schweigens oder besser, der Lohnabhängigkeit, durchbrachen, berichteten: Die Angestellten werden aufgefordert, alle Eintragungen auf die Stundenlisten mit Bleistift vorzunehmen, um sie schnellstens wieder löschen zu können. Denn offiziell schreibt das Gesetz in Japan vor: 24 Überstunden im Zeitraum von vier Wochen als Maximum. Hinzu kommen aber noch sehr viele Überstunden, die weder eingetragen noch bezahlt werden.

Der Druck auf die Lohnabhängigen in Japan ist ungeheuer groß, nicht nur freiwillig Überstunden zu leisten, sondern auch sich keine Fehlzeiten zu erlauben und vor allem auch die Urlaubstage in der Fabrik oder an der Arbeitsstelle zu

verbringen. Ablehnung von Überstunden kann jederzeit zur Kündigung führen, bestätigte vor kurzem ein Gericht in einem Prozeß gegen einen Arbeiter, der Überstunden verweigert hatte.

Hier in der offiziellen Berichterstattung wird diese Realität oft so dargestellt, als ob die japanischen Arbeiter freiwillig Überstunden leisten, Ferientage im Betrieb zubringen, richtig arbeitswütig wären. Diese Lohn- und Arbeitsweise wird dann noch als Ausdruck einer asiatischen Mentalität angepriesen, speziell von vielen der Ostasien-Korrespondenten. Aus despotischem Zwang wird freiwillige Entscheidung. Übrigens sind diese Arbeitszeiten und diese Arbeitsintensität ein wesentlicher Teil des japanischen Geheimnisses. Japanische Unternehmen, die in Europa investiert haben, bemängeln besonders: Fehlzeiten, geringere Bereitschaft, Überstunden zu machen, und Schwierigkeiten, die Beschäftigten auch in den Ferien zum Arbeiten zu bringen.

— (Solikor, Unterstützungsgruppe für die demokratische Gewerkschaftsbewegung in Korea Chon-No-Hyop, Anschrift: Willi Hajek, Alsenstr. 17, 4630 Bochum)

Das Imperium schlägt zurück

Fast 19000 Leute sind im Verlauf der Unruhen in Los Angeles verhaftet worden. Die Polizei hat sich Ausnahmeregelungen verschafft, um Verhaftete länger als die normal erlaubten 48 Stunden bis zur Erhebung einer Anklage festhalten zu können. Ein großer Teil hat acht bis neun Tage im Gefängnis gesessen. Befragungen von *USA Today* mit 245 Verhafteten nach ihrer Freilassung ergaben, daß die Mehrheit wegen Verletzung der Ausgangssperre verhaftet worden sind. Die meisten sind empört, daß man sie wie Kriminelle behandelt hat. „Ich habe nicht geplündert, ich habe niemanden umgebracht ... Aber ich habe schöne schwarze Haut, und sie haben mich geschnappt.“ Weniger als ein Zehntel der Verhafteten sind Weiße. Einige berichteten, daß sie von ihrer Veranda weg oder in ihrem Garten wegen Verletzung der Ausgangssperre verhaftet wurden.

80 % der Interviewten sagten, daß sie in der Vergangenheit von der Polizei mißhandelt worden sind. Im Gefängnis herrsche eine Atmosphäre der Angst bei den Aufsehern und bei den Gefangenen. Viele der Interviewten sagten, daß sie niemanden trauen könnten — keinem Politiker, nicht einmal den Führern der Bürgerrechtsbewegung. Einer der Interviewten, der noch nie gewählt hat, sagte:

„Eigentlich sollten wir ein gutgehütetes Geheimnis sein, wir alle hier im Ghetto, verborgen vor den wahren Menschen, von niemandem verstanden. Wir haben keine Stimme.“ L.A.-Polizeichef Gates, unter starker Kritik wegen des mangelnden Polizeieinsatzes beim Ausbruch der Unruhen, hat „persönlich“ — das behauptet er selbst — vier Verdächtige festgenommen, die aufgrund von Videoaufnahmen beschuldigt werden, einen weißen Lastwagenfahrer aus dem Führerhaus gezerrt und schwer mißhandelt zu haben. Augenzeugen, so *USA Today*, berichteten, daß Gates sich hinter einem Gebüsch versteckt hatte, als 200 FBI und L.A.-Polizisten die Häuser der Beschuldigten um halb drei Uhr morgens überfielen. Erst nachdem das Fernsehen da war, war Gates zur Stelle. Zuvor hatte die Polizei fünf Tage lang das Viertel terrorisiert, wahllos junge schwarze Männer angehalten, auf die Straße geworfen und ihnen, mit der Pistole am Kopf, gedroht, sie zu erschießen, wenn sie nicht sagen würden, wer den Lastwagenfahrer verprügelt hat. Eine Nachbarin: „Vor den Augen ihrer Kinder. Ich hasse die Welt für das, und ich hasse unsere schwarzen Führer auch. Wann kommen die mal endlich hier herunter und helfen uns?“ — (ger, her)

Massenmord an politischen Gefangenen

Wieder einmal versucht der Imperialismus durch seinen untertänigsten Diener Fujimori das Vorranschieben des Volkskrieges in Peru aufzuhalten, indem er ihn zum Mittel des Massenmordes an politischen und Kriegsgefangenen im Gefängnis Canto Grande in Lima greifen läßt. Die Erstürmung des Gefängnisses durch die Streitkräfte ist schon lange von den Reaktionen vorbereitet worden, und die Gefangenen selbst haben wiederholte Male vor einem neuen Genozid gewarnt und ihn sogar in Schutz- und Hilfesuchen an die Gerichte angekündigt. Es gab eine Reihe von Provokationen, angefangen von verstärkter Repression gegen die Angehörigen und Anwälte der Gefangenen, bis hin zum Versuch, die anderen Gefangenen aufzuwiegeln und sie zum Sturm auf den Trakt der politischen und Kriegsgefangenen anzustacheln. Seit Fujimoris Putsch am 5. April haben die Streitkräfte das Gefängnis umzingelt und eingenommen, um so ihre Politik der Vernichtung und Ermordung von Gefangenen durchzuführen. Unter dem Vorwand der Verlegung von Kriegsgefangenen an einen anderen Ort (die „Verlegung“ war für das Militär immer schon eine Gelegenheit, Gefangene zu ermorden und ver-

schwinden zu lassen), versuchten seit dem 6. Mai die Streitkräfte vier Tage lang den Gefängnistrakt der Kriegsgefangenen zu stürmen, den diese mit heftigem Widerstand verteidigten. Es war ein ungleicher Kampf: die reaktionären Kräfte mit 3000 Soldaten der Elitetruppe, mit schweren Waffen, Panzerabwehrraketen, Panzerfahrzeugen etc. und auf der anderen Seite die Kriegsgefangenen mit ihrem unbeugsamen Entschluß „Kämpfen und Widerstand leisten für den Volkskrieg“. Nach vier Tagen wurden die Gefangenen durch den großen Kräfteunterschied schließlich überwältigt. Im Kampf waren bis dahin 8 Gefangene getötet worden, aber nach dem Kampf wurden noch über 100 Gefangene selektiv, auf feige Weise von den Streitkräften getötet und weitere 80 sind verschwunden. Viele Gefangene, auch verwundete sind in verschiedene Kasernen verlegt worden, wo sie weiter gefoltert werden. Die Desinformationskampagne und die variierenden Zahlenangaben mit dem Ziel, die wahre Anzahl der Opfer zu verschweigen, gleicht jener der anderen Massenmorde vom 4. 10. 84 (unter der Regierung Belaúnde, 30 Tote) und vom 19. 6. 86 (Regierung Alan García, 300 Tote). — (AKM)

Zionistische Strategie bleibt: Vernichtung

Wenn es schon in den jüngsten Nahost-Verhandlungsrunden bzgl. der Fragen der Wasserversorgung in der Region und des Rückkehrrechts der Palästinenser in den 1948 besetzten Teil ihres Landes keine Fortschritte gab, so steigerte der Siedlerstaat Israel seine harte Haltung in bezug auf die Wahlfrage in den 1967 besetzten Gebieten zu einer neuerlichen Befestigung des zionistischen Standpunkts, den Palästinensern in keinem Teil ihrer Heimat irgendeine wirkliche Souveränität zugestehen zu wollen. Israel boykottierte alle Verhandlungsrunden, an denen Palästinenser aus der Diaspora teilnahmen, und schlug als Lösung „Kommunalwahlen“ nach Homelandmodell vor, denen eine Übertragung gewisser administrativer Zuständigkeiten an Palästinenser folgen soll. Die PLO dürfe an solchen „Wahlen“ nicht teilnehmen, da sie eine „illegale Organisation“ sei, deren „Platz im Gefängnis“ ist (Sprecher der israelischen Delegation). Der Zynismus dieses Vorschlags liegt auch in der Tatsache, daß Israel schon in der Vergangenheit zahlreiche palästinensische Bürgermeister und Ratsmitglieder deportieren und

ermorden ließ. So wollen die Zionisten keinen Schritt von der Vernichtungsstrategie gegen die Existenz des souveränen palästinensischen Volkes abrüchen.

Die palästinensische Verhandlungsdelegation hatte allgemeine Wahlen zur palästinensischen Legislative gefordert, die Ergebnis einer Interimsphase unter internationaler Aufsicht sein solle, während der die Zuständigkeiten in Westbank und Gaza-Streifen in allen Bereichen außer Verteidigungs- und Außenpolitik an die Palästinenser übertragen werden sollten. Unterdessen beschloß Anfang Mai der palästinensische Zentralrat entgegen sich in Palästina ausbreitenden Protesten (seitens der islamisch-fundamentalistischen Hamas und der linken palästinensischen Organisationen) gegen immer mehr Zugeständnisse der Verhandlungsdelegation an die Zionisten, daß weiter an den Verhandlungen teilgenommen werden solle. Jedoch müsse die Intifada weiterhin als entscheidender Teil des palästinensischen Kampfes unterstützt werden.

Quellen: *Palästina Bulletin*, 15.5.92; *Democratic Palestine* Jan.-Febr. '92; *Süddeutsche Zeitung*, 29. 4. 92. — (uga)

Internationale Umschau



Seit mehreren Wochen kämpfen die Beschäftigten im niederländischen Groß- und Einzelhandel für einen besseren Tarifvertrag. Die Gewerkschaft FNV fordert u.a. eine Anhebung der Tariflöhne um 6,5 Prozent. Gleichzeitig hat die Gewerkschaft „Konzessionsbereitschaft“ bei der Ausweitung von Samstagsarbeit und bei den Überstunden zuzuschlagen angeboten. Trotzdem lehnen die Kapitalisten bisher ab, auf die Lohnforderung einzugehen. Seit Anfang April haben sich deswegen mehrere tausend Lohnabhängige im ganzen Land an Protestaktionen, Warnstreiks und Kundgebungen beteiligt. Die Kapitalisten versuchen, mit Entlassungsandrohungen und anderen Einschüchterungsmaßnahmen die Proteste zu stoppen. Bild: Gewerkschaftsversammlung in Utrecht. — (rül, Bild: FNV-Magazine)

In Israel Wahlliste gegen Einwanderung gegründet

Erstmals seit der Gründung des zionistischen Siedlerstaates 1948 in Palästina will bei den Knesset-Wahlen im Juni eine politische Gruppe kandidieren, die einen Einwanderungsstopp fordert. Der Initiator, irakischer Abstammung, befürwortet „die Beendigung der massiven Einwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, da die wirtschaftliche Situation Israels die Integration von Hunderttausenden nicht erlaubt“. Damit wendet er sich gegen das „Rückkehrgesetz“, das jedem Juden die israelische Staatsbürgerschaft zubilligt, der dies möchte. Seit Ende 1990 sind rund 390000 Juden aus der ehemaligen UdSSR nach Palästina emigriert, u.a. weil sich imperialistische Staaten gegen ihre Aufnahme sperrten. — (uga)

Forderungen der Indianer in Ecuador abgelehnt

Nach den zwanzig Tage andauernden Protestaktionen für die Anerkennung ihrer Landansprüche fanden Verhandlungen mit der Regierung statt. Präsident Borja wies allerdings die wichtigste Forderung nach Übertragung von zwei Millionen Hektar Land in den Gemeinbesitz des indianischen Volkes als undurchführbar zurück. Dieses Land liegt vor allem in Gebieten, wo internationale Konzerne Erdöl fördern. Zugeständnisse seien allenfalls in Form von individueller Zuerkennung von Besitztiteln an einzelne Familien möglich. Die Indianerorganisationen riefen zum Boykott der Präsidentenwahlen auf. — (alk)

Türkei: Schlag der ARGK gegen die türkische Armee

In den frühen Morgenstunden des 15. Mai 1992 haben Guerilla-Einheiten der kurdischen Volksbefreiungsarmee ARGK zwei schwere Angriffe auf die Kasernen der Kompanien der türkischen Armee in den Dörfern Nirveh (Tasdelen) und Isikveren in dem zur Provinz Sirnex (Sirnak) gehörenden Bezirk Qilaban (Uludere) durchgeführt. Die ARGK eroberte und zerstörte beide Kasernen. 120 Soldaten der türkischen Armee wurden getötet, eine große Zahl verletzt und eine große Zahl von Soldaten geriet in die Kriegsgefangenschaft der ARGK-Guerilla. Außerdem hat die ARGK dabei 19 G-3 Gewehre, vier MG-3, drei A 6, ein Biki, fünf Funkgeräte und eine große Anzahl Handgranaten erbeutet sowie viele Militärfahrzeuge zerstört. Bei diesen Angriffen sind 13 ARGK-Guerilleros gefallen. Die türkischen Armeekräfte ermordeten nach dieser Niederlage zahlreiche in der Umgebung der Kasernen lebende kurdische Bauern und präsentierten diese als „getötete Guerillas“. Mindestens 13 Bauern wurden so ermordet. In einer Presseerklärung wertete die ERNK-Europaorganisation die Aktionen der ARGK als „eine wichtige Antwort auf die blutigen Massaker, die die Türkische Republik am Newroz 1992 an den Zivilisten unseres Volkes begangen hat. Sie sind Ausdruck dafür, daß kein Massaker der TR unbeantwortet bleiben wird.“ — (rül)

Opus Dei nun mit allerhöchstem Segen

Am 17. Mai vollzog der Papst vor rund 200000 Anhängern auf dem Petersplatz in Rom die Seligsprechung des Gründers des Opus Dei, des 1975 verstorbenen spanischen Priesters Josemaría Escrivá. Für gewöhnlich ist dieser Akt der sogenannten Beatifikation der erste Schritt, um eine Person zum Heiligen zu erklären, um eine Person also, die schon zu Lebzeiten durch Wort und Tat den menschlichen Sünden weit entrückt lebte und nach seinem Tode dem gläubigen Katholiken als erstrebenswertes Vorbild und Mittler für nur mit höherem Beistand erfüllbare Wünsche gilt.

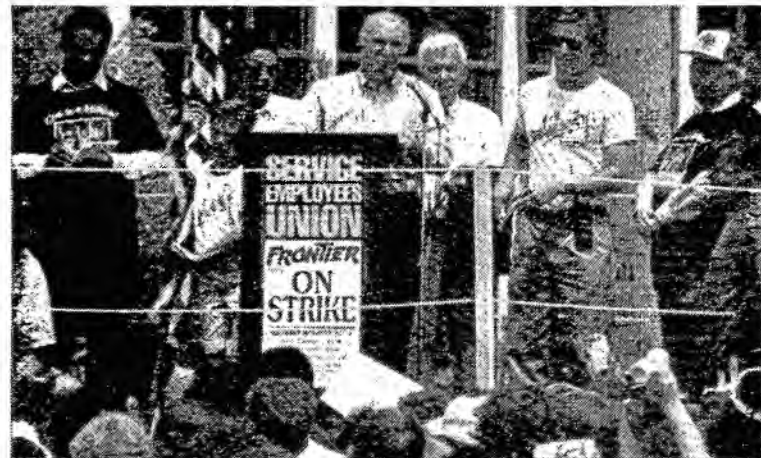
Nun hat die zuständige vatikanische Prüfungskommission auch bei Escrivá wenigstens eine Wundertat entdeckt, die bei dem Verfahren unabdingbar ist — eine medizinisch nicht erklärbare Heilung einer Nonne, der Hauptgrund für Papst Woytilas Wertschätzung war aber ein anderer. So wird aus den Akten des Prüfverfahrens zitiert: „angesichts der schwerwiegenden Phänomene, die wir mit Schmerzen beobachteten, erhebt sich diese Figur unerschrockenen Apostolates und höchster Treue zur Kirche“.

Das Opus Dei predigt die fraglose Fügsamkeit, bedingungslosen Gehorsam gegenüber den kirchlichen Autoritäten und ihrer gesamten Doktrin und sieht in der Pflichterfüllung der alltäglichen Arbeit und des Berufes den Weg zur Heiligkeit. Diese Vorstellung erlaubt ein äußerst aktives, auf Diesseitige gerichtetes Wirken in Politik und Gesellschaft. Die konservativ-reaktionäre Doktrin führte den Ordensgründer zur Zusammenarbeit mit dem faschistischen Franco-Regime; einige Minister gehörten dem Opus Dei an. Der Orden, der nicht klösterlich organisiert ist, sondern als Laienorden wirkt, bildet, wie man heute sagt, ein Netzwerk reaktionärer bis klerikal-faschistischer Kräfte. In den letzten Jahren ist er vor allem dadurch aufgefallen, daß der Papst bei Besetzungen von Positionen der kirchlichen Hierarchie Vertreter dieser Richtung bevorzugt hat, oft gegen den Widerstand der betroffenen Gemeinden. Auch die Seligsprechung des Escrivás stieß auf Proteste vor allem in Spanien. Capucci, der Priester, der für den Orden die Seligsprechung betrieb, meinte dazu: „Heiligkeit ist immer ein Zeichen der Gegensätzlichkeit.“

NZZ, 14. 5., 19. 5. — (alk)

Schweizer Regierung will in die EG

Nachdem bei einer Volksabstimmung am 17. Mai der Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank eine eher deutliche Mehrheit von 56 % gefunden hat, erklärte sofort am nächsten Tag der Bundesrat, die Schweizer Regierung, daß sie jetzt beabsichtige den Antrag auf den Beitritt in die EG zu stellen. Dies soll nach der Volksabstimmung über den EWR-Vertrag voraussichtlich im Dezember stattfinden. Während in den Städten deutliche Mehrheiten für den Beitritt zum IWF zustande kamen, stimmte in einer Reihe von ländlichen Kantonen eine Mehrheit dagegen. Ähnliches wird für eine EG-Abstimmung erwartet; denn vor allem die Bauern werden bei einem EG-Beitritt verschärfter Konkurrenz ausgesetzt. — (alk)



Mit einer Kundgebung vor dem Frontier-Hotel in Las Vegas hat die US-Dienstleistungsgewerkschaft „Service Employees Union“ (SEIU) Ende April die Lohnabhängigen des Konzerns unterstützt, die seit sieben Monaten gegen den Hotelkonzern für einen besseren Tarifvertrag kämpfen (Bild). Etwa 550 Reinigungskräfte, Portiere, Servierer und Küchenbeschäftigte des Hotelkonzerns streiken seit sieben Monaten für einen neuen Tarifvertrag. Der Konzern versucht, den Streik mit der Einstellung von Streikbrechern und der Entlassung aller Streikenden zu brechen. Mehr als 2000 Streikende und Delegierte der SEIU beteiligten sich an der Kundgebung. Die SEIU ist mit knapp einer Million Mitglieder die viertgrößte Gewerkschaft im Gewerkschaftsbund AFL-CIO. Seit 1980 hat sie ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. — (rül, Bild: AFL-CIO-News vom 27. 4. 92)

Rezession? Sie bereiten den Angriff vor!

Norderstedt/Hamburg. Es war der 15. Januar 1991. Das Ultimatum auf den Angriff der US-Imperialisten auf den Irak lief ab. Nervös nesteln in der Aufsichtsratsitzung der Jungheinrich AG der Vorsitzende Dr. Oetker und die Vorstandsmitglieder an ihren Uhren. Wird es zu Krieg kommen? Und wenn, wie wird er sich auf die Profite auswirken? Sorgenvolle Gesichter...

Es waren dies die Stunden, in denen durch den Aufsichtsrat der Auftrag an den Vorstand erteilt wurde, eine „worst-case-Studie“, d.h. eine Studie für den schlimmsten anzunehmenden Fall, der durch eine Rezession für die Jungheinrich AG eintreten könnte, zu entwickeln.

Der Krieg ging vorüber, die Studie ließ auf sich warten. Nun, eineinhalb Jahre später, kündigt der Vorstand auf einmal eine „Rezessionsstrategie“ an. Und dies kurz vor der Bilanzpressekonferenz, auf der sich die Jungheinrich AG als „Perle der deutschen Industrie“ feiern läßt nach einem Geschäftsjahr 1991, in dem die Umsätze gegenüber dem Superprofit-Jahr 1990 nochmals um 13 % expandiert sind. Der Vorstand möchte, so läßt er verlauten, Instrumentarien an die Hand bekommen, um „aktueller auf Schwankungen des Marktes reagieren“ zu können.

Dazu möchte der Vorstand in zwei Richtungen arbeiten. Er wünscht zu „diversifizieren“, d.h. der Konzern soll so umgebaut werden, daß er nicht nur vom Geschäftsverlauf der Gabelstaplerkonjunktur abhängt. Jungheinrich will in neue Geschäftsfelder einsteigen, die selbstverständlich höchst profitabel sein sollen, aber nicht im Rhythmus der Maschinenbaukonjunktur schwanken.

Diskutiert wird dabei, daß die Jungheinrich AG in einer Größenordnung von einer halben Milliarde Mark zerschlägt. Vollgesogen mit millionenschweren Rücklagen, ist Jungheinrich dazu in der Lage. Sodann wird der Unternehmensaufbau im Inneren überprüft: Stichworte hierfür sind „Schlanke Strukturen“ entsprechend dem japanischen Konzept von Lean Production und Lean Management — verbunden mit Prozesskostenoptimierung.

Was ist damit gemeint? Nichts anderes als eine rigide Durchforstung aller Abläufe in Fertigung und Verwaltung mit dem Ziel, unmittelbare Aussagen über den Profit der einzelnen Aktivitäten der Firma machen und sofort eingreifen zu können. So dient der Begriff der Rezession dazu, die Jungheinrich AG für einen Angriff auf die Konkurrenz durch ein strammes Rationalisierungsprogramm auszurichten. — (hel)

Würzburger Ex-OB bei den Republikanern

Würzburg. Nach dem spektakulären und für viele erschreckenden Wahlerfolg der Republikaner bei den jüngsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg hat diese Rechtspartei einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. Anfang Mai wurde der ehemalige Oberbürgermeister von Würzburg, Dr. Klaus Zeitler, Mitglied bei den REPs.

Zeitler, seit 1947 SPD-Mitglied, war von 1968–1990 Oberbürgermeister von Würzburg und damit ein wichtiges Aushängeschild der bayerischen SPD im CSU-dominierten Freistaat. 1990 verzichtete er kurzfristig auf eine erneute OB-Kandidatur und zog sich ins Privatleben zurück. Im März 1992 trat er aus der SPD aus, was in Würzburg und darüber hinaus einigen Wirbel verursachte. Aufgrund seiner Austrittsbegründung wurde schon zu dieser Zeit die Vermutung laut, daß Zeitler Anschluß bei den Republikanern suchen könnte. Seine Beweggründe, die SPD zu verlassen, sah er u.a. in einer „Politik für eine multikulturelle Gesellschaft auf Kosten der Arbeitnehmer mit geringem Einkommen“.

Nationale Frage Thema Nr. 1

Für ihn, Zeitler, sei „die nationale Frage das Thema Nummer 1“, und eine künftige Politik müsse national und sozial sein. Zu diesem Zeitpunkt hatte Zeitler schon längere Kontakte mit dem REP-Vorsitzenden Schönhuber, der sich von diesem Beitritt eine Signalwirkung auf andere heimliche REP-Sympathisanten erhofft. Vor allem auf „Sozialdemokraten des Schuhmacher-Kreises“, so Schönhuber, könnte sich dieser Beitritt auswirken.

Das neue Mitglied Dr. Klaus Zeitler ist für die Republikaner ein Volltreffer, nach außen als Vorreiter für andere national eingestellte Bürger, nach innen als erfahrener und versierter Kommunalpolitiker. In der „Hilfe bei programmatischen Fragen“ sieht er auch ein wichtiges Betätigungsfeld in seiner neuen Partei. Und hier hat er auch schon einige Vorstellungen, z.B. eine Grundrente, die deutsche Mitbürger besser stellt als beispielsweise Asylbewerber.

In einem Gespräch mit der Würzburger Main-Post sagte Zeitler, daß er mit nationalsozialistischem Gedankengut nichts am Hut habe. Ihm geht es um eine nationale und soziale Politik, und eine solche Politik sieht er durch die Republikaner vertreten.

Republikaner raus aus dem Rechtsextremismus

Ein erklärtes Ziel von ihm ist, die Repu-

blikaner aus dem Geruch des Rechtsextremismus herauszubringen. Die REPs seien eine ganz normale „verfassungskonforme, demokratische Kraft, die im wiedervereinigten Deutschland eine große Aufgabe hat“, eine Partei, „die sich dieser Aufgabe einer nationalen und sozialen Interessenvertretung in einem Europa der Nationen und Regionen bewußt ist und danach handelt“. Die Republikaner sollen eine Partei werden, die zum einen alle Nationaldeutschen anziehen soll, zum anderen „allein durch ihre Existenz die in der Verantwortung stehenden Parteien der Bundesrepublik Deutschland zum notwendigen Handeln zwingt“.

In diesem Konzept sind sich der ehemalige CSU-Mann Schönhuber und das ehemalige SPD-Mitglied Zeitler einig. Auf der Grundlage des Nationalen soll Deutschland Hegemonialmacht in Europa werden und damit auch eine neue weltpolitische Rolle spielen.

Daß Zeitler für den Nationalsozialismus nichts übrig hat, ist verständlich. Denn diese Variante imperialistischer Herrschaft ist historisch auf allen Ebenen gescheitert und gesellschaftlich weitgehend diskreditiert. Außerdem hat ein Sozialismus für die übergroße Mehrheit der Alt- und Neubundesbürger schon seit längerem keine Anziehungskraft mehr und fällt als eine Komponente aus.

Für Nationales sind viele, für Soziales sind alle

Aber das Nationale war schon immer, wenn auch oft unterschwellig, kräftig entwickelt und ist mit dem neuen Großdeutschland quer durch alle Bevölkerungsschichten fast schon zu einer neuen staatlichen Grundlage geworden. Mit der Zeitlerschen Forderung nach einer nationalen und sozialen Politik werden die alten, verschlissenen Karten nun neu gemischt, natürlich modern und auf die heutige Zeit angepaßt. Denn für Nationales sind viele, für Soziales fast alle Bundesbürger.

Die neue Kombination der beiden unscheinbaren Adjektive erfüllt das Streben nach einer deutschen Hegemonial- und Großmacht wie auch die Wünsche der kleinen Leute nach Absicherung bzw. nach Erreichen eines gewissen Lebensstandards ohne Armut und Not, allerdings nur für Deutsche. Auch die Fremdenfeindlichkeit und ein geeigneter Sündenbock, die Asylbewerber, sind schon vorhanden.

Die Unterschiede zwischen einer nationalsozialistischen und einer nationalsozialistischen Gesellschaft sind im Grunde nicht so groß. — (mic)

CDU-Fraktion zum Umgang mit Republikanern

Stuttgart. Jetzt, im sicheren Abstand von der Wahl, bezeichnet CDU-Fraktionschef Oettinger das Programm der Rep als Pamphlet von „Rechtsradikalismus und Populismus“. Diesen „Krisengewinnern“ will er mit einem Abkommen an die sich gerade bildende große Koalition im Landtag entgegen-treten, das allerdings jegliche Opposition erschweren würde. Nur gemeinsame Anträge von SPD und CDU sollen in den Landtag eingebracht werden; keine, die nur mit den Stimmen der Opposition mehrheitsfähig wären. Nun besteht die Opposition neben 15 Rep auch noch aus 13 Grünen- und 8 FDP-Abgeordneten. Die SPD könnte somit gehindert werden, sich mit Grünen und FDP in verschiedenen Fragen zusammenzutun. Die SPD hat sich zu dem Vorschlag noch nicht geäußert. — (unb/AGK)

Kaufbeurer Firma angeklagt

Augsburg. Die Rhein Bayern Fahrzeugbau GmbH & Co. KG in Kaufbeuren (60 Beschäftigte) soll unter der Bezeichnung „Floating Body“ sechs bis zehn Modelle von bakteriologischen Sprengköpfen für den Irak hergestellt haben, die wegen des Embargos aber nicht in Produktion gingen. Das ergaben Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Bei der Durchsuchung fand man auch Teile von Gas-Ultrazentrifugen, die zur Herstellung von Atombomben verwendet werden können. Außerdem seien fünf Sterilisationsöfen zum Einsatz von Kampfgas während des Irak/Iran-Kriegs 1987 an den Irak geliefert worden. Wegen des Verdachts, gegen das Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetzes ver-

stoßen zu haben, sitzen seit Februar 1992 die Firmenchefs von Rhein Bayern und deren Tochterfirma Rhein Bayern Avionic Dittel in Landsberg in Haft. Die Anklageerhebung soll im Spätsommer sein.

Quelle: Augsburg. Allg. Zeitung, 28.4.92 — (baf)

Bau der B 31 Ost erneut beschlossen

Freiburg. Mit den Stimmen von CDU, FDP, Freien Wählern und drei SPD-Gemeinderäten stimmte der Freiburger Gemeinderat erneut für den vierspürigen Ausbau der B 31 Ost neu, die seit Jahrzehnten umstritten ist. Das Aktionsbündnis gegen den Bau, getragen von den GRÜNEN, großen Teilen der SPD und der Linken Liste/Friedensliste, kündigte an, weiterhin Widerstand zu leisten. Den Bau auf dem Rechtsweg zu verhindern, ist praktisch unmöglich geworden. Der Bau zerstört nicht nur ein gutes Stück Natur, sondern wird nach allen Prognosen noch mehr Verkehr aus Richtung Donaueschingen und wahrscheinlich auch Westeuropa anziehen. — (ulb)

Unterschriftensammlung: Verbessertes Kita-Gesetz

Hannover. Mit einer Unterschriftensammlung will der hannoversche Delegiertenrat von Kitas und Kinderläden Verbesserungen im niedersächsischen Kita-Gesetzentwurf erreichen: „Die Versorgung mit Kita-Plätzen in Niedersachsen reicht nicht aus. Landesweit fehlen mindestens 60000 Plätze. Die Betreuungs- und Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten sind mangelhaft. Die Folge: Eltern stehen vor der Wahl zwischen Beruf und Kindern. Kindern wird die Chance zu sozialem Lernen in

der Gruppe genommen. Erzieherinnen resignieren und geben ihren Beruf auf. Wir brauchen in Niedersachsen ein Kita-Gesetz für das Recht auf einen Kita-Platz und gute Betreuung der Kinder. Darum unterstützen ich folgende Forderungen: Für Kinder über sechs Jahren soll das Land Hortplätze fördern. Ganztags- und Zweidrittelplätze sind vom Land besonders zu fördern. Spielkreise und Nachmittagsgruppen reichen auf Dauer nicht aus, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu erfüllen. In jeder Kita-Gruppe sollen jeweils drei Fachkräfte arbeiten. Die Elternbeiträge müssen gering sein, langfristig sollen Kitas, wie die Schule, umsonst sein. Als langfristige Ziele müssen im neuen Kita-Gesetz festgeschrieben werden: — daß der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auch für Krabbelstuben und Horte gilt, — daß die Gruppen in den Kitas kleiner werden, — daß das Land alle pädagogischen Kosten der Kitas übernimmt, wie bei den Schulen auch.“ — (rec)

Historiker Irving zu 1000 DM Strafe verurteilt

München. Über sechs Millionen Juden fielen dem NS-Regime zum Opfer. Trotzdem behauptet der britische „Historiker“ David Irving steif und fest, daß es dort keine Gaskammern gegeben habe. Dies bewertete das Münchner Amtsgericht als eine „Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“. Irving wurde deswegen zu 100 Tagessätzen von je 100 DM verurteilt. Irving, Ehrengast auf zahlreichen faschistischen Veranstaltungen, war wegen der Äußerung dieser Ansichten vor dem neonazistischen „Deutschen Jugendbildungswerk“ (DJBW) angeklagt worden. — (ecg)



Demonstration zum 40. Todestag Ph. Müllers

Essen. 1500 Leute beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter an der Demonstration zum 40. Todestag Philipp Müllers am letzten Samstag in Essen. Aufgerufen hatte ein bundesweites Bündnis, daß sich gegen die Unterdrückung politischer Opposition, gegen die Großmacht-politik der BRD und den weltweiten Einsatz der Bundeswehr wandte. Bei der Abschlussskundgebung sprach Pfarrer A. Haumann, Anmel-der der „Friedenskarawane“ vom 11.5.1952, bei der Philipp Müller von der Polizei erschossen wurde. Er trat für die Rehabilitierung der Opfer des Faschismus und des Kalten Krieges ein. — (wof; Foto: M. Sch.)

Einzelhandelskapitalisten wollen Arbeitskampf vermeiden

München. „Am liebsten würden wir die Zahlen verheimlichen“, sagte der Verhandlungsführer Hoebusch (Karstadt) bei der 2. Verhandlung in Bayern — die Umsatz- und Renditezahlen für 1991 meinte er. Wie in den anderen Landesbezirken (NRW, Hessen, Baden-Württemberg) wurde ein Angebot vorgelegt, das man etwa so charakterisieren kann:

Für die Verkäufer/innengruppe ein bißchen was, für die Ungelernten ganz wenig und bei den Gewerblichen eine kleine Korrektur — aber insgesamt ein Angebot, das auf Vermeidung von Arbeitskämpfen abzielt. In der Verkäufer/innengruppe wurden zwischen 5,4 und 10 % angeboten, was viel klingt, aber in DM-Beträgen ist das wenig, weil die Berechnungsgrundlage niedrig ist:

Das Angebot bedeutet in Bayern für das 1. Berufsjahr und 2. Berufsjahr 120 DM, für das 3. Berufsjahr 200 DM (Einstieg nach der dreijährigen Ausbildung), für das 4. Berufsjahr 150 DM, für das 5. Berufsjahr 130 DM und für das Endgehalt 150 DM.

Das Angebot in Baden-Württemberg für Verkäufer/innen der Gehaltsgruppe II (1.-6. Berufsjahr) würde in Monatsbeträgen bedeuten: 2000/2050/2225/2270/2500/2815 DM. Die Forderung der HBV lautet: 2100/2200/2350/2600/3000 DM.

Die geforderte Streichung der Ungelerntengelds- und -lohngruppen wurde überall strikt abgelehnt und die gefor-

derte Vorweganhebung für die Gewerblichen ebenfalls („die Unterschiede von Gelernten und Ungelernten haben sich bewährt“).

Das Angebot für die Lagerarbeiter/innengruppe in Bayern: 127 DM und 142 DM, jeweils 5,78 %.

Das Angebot für Versand- und Lagerarbeiter in der 3. und 4. Lohnstufe in Baden-Württemberg lautet: 2466 (Forderung 2685), bzw. 2614 (Forderung 2877) DM.

Die Einkommen im Einzelhandel sind nach wie vor extrem niedrig. 1991 war das Durchschnittseinkommen eines kaufmännischen Angestellten z.B. in der Chemieindustrie 5244 DM, im Einzelhandel 3221 DM. Deshalb haben die Forderungen in den verschiedenen Landesbezirken auch Schwerpunkte in den Strukturforderungen und es gibt jeweils Mindest- oder Festgeldforderungen (z.B. in Bayern 300 DM Festgeld).

Überall wird die Forderung nach 3000 DM Endgehalt für die Verkäufer/innengruppe gefordert und besondere Anhebungen bei den Gewerblichen. In diesen Gruppen ist der größte Teil der Beschäftigten im Einzelhandel eingruppiert. Dementsprechend teuer wird auch ein Abschluß, der in diesen Bereichen überproportionale Anhebungen bringt.

Das überproportionale Angebot in der Verkäufer/innengruppe trägt der Tatsache Rechnung, daß mittlerweile kaum noch Fachkräfte für den Verkauf zu fin-

den sind, aber die Qualität der Beratung in der Konkurrenz um den Kunden eine wesentliche Rolle spielt.

Aber abzusehen ist, daß die Strukturforderungen bei den Ungelerntengruppen und den Gewerblichen nur mit Arbeitskampf durchzusetzen sind.

Bei den Auszubildenden geht das Angebot von 5,4 % linear bis 60 DM pro Ausbildungsjahr (je nach Tarifbezirk) — lieber wird Klaus Lage engagiert, um Nachwuchs zu gewinnen, als bei den Ausbildungsvergütungen was draufzulegen.

In den Verhandlungen wird auch deutlich, daß die Einzelhandelskapitalisten auch aus politischen Rücksichten („paßt nicht in die tarifpolitische Landschaft“) einen hohen Abschluß fürchten, daß sie ihn bezahlen könnten, geben sie zumindest in Bayern mittlerweile offen zu.

Die bayerische Verhandlungskommission der HBV hat festgehalten, daß kein Grund besteht, „Entwarnung“ zu geben, ein Abschluß ohne besondere Anhebungen bei den Gewerblichen ist für sie nicht akzeptabel.

Die Tarifkommission Südbaden plant bis zur Verhandlung am 26. Mai Aktionen vor Betrieben und Betriebs- und Mitgliederversammlungen.

Am 19. Mai ist die nächste Verhandlung in Nordrhein-Westfalen, danach werden die Tarifkommissionen ihre Beschlüsse zu Urabstimmung und Streik fassen. — (dar, scu)



Hamburg. Durch Rationalisierung — u.a. Streichung von 1400 von 12620 Arbeitsplätzen (700 im Bereich Verlage/Redaktion, 600 in der Administration) — will der Springer-Verlag ein ehrgeiziges Investitionsprogramm finanzieren, das u.a. den Neu- und Ausbau von Druckereien in Leipzig, Berlin, Rostock vorsieht. — (scc, Bild: scc)

Starke Tarifbewegung bei C. Freudenberg

Weinheim. 9,9 %, zusätzlich eine stärkere Anhebung unterer Lohngruppen und 100 DM für die Azubis fordert die Gewerkschaft Leder zum 31. 5. für den Haustarif bei C. Freudenberg. Die (zwar unverbindliche, aber im Vergleich zu Vorjahren doch relativ „deutliche“) Formulierung bezüglich der unteren Einkommen ist Folge der Strömung für Festgeldforderungen — die allerdings vor allem bei Handwerker-VLs noch nie Zustimmung fand. In der Lederbranche hat es bekanntlich vor kurzem Abschlüsse gegeben mit 5,9 % plus Erhöhung von Zusatzleistungen wie Weihnachtsgeld etc. Die Belegschaft hat bisher keine Streik Erfahrung. Derzeit aber scheint die Streikbereitschaft hoch wie nie. Kurz nach der ersten Verhandlung wurden auf Beschluß der TK mit Flugblatt die Beschäftigten befragt, ob sie „bereit sind, die Verhandlungskommission der Gewerkschaft Leder in ihren Bemühungen für ein akzeptables Tarifergebnis zu unterstützen“. Bei nominal 7500 Beschäftigten und 5000 verteilten Blättern kamen 3756 zurück, wovon 95 % mit Ja antworteten. Am 19. 5. und 22. 5. wird weiter verhandelt. — (bef)

Schwamberger verurteilt — Proteste von Neonazis

Stuttgart. Das Landgericht Stuttgart hat den ehemaligen Zwangsarbeitslager-Kommandanten Schwamberger am 18. Mai zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Gericht sieht die Ermordung von 25 Menschen jüdischen Glaubens und Beihilfe zur Tötung von 641 Menschen als erwiesen an. Als Tötung wurde danach verurteilt, wenn er auf Befehl gehandelt

habe, als Mord, wenn seine Grausamkeiten Befehle des faschistischen Terrorregimes noch übertroffen haben. Faschistische Kräfte, darunter Anhänger der „Nationalen Offensive“, sind immer wieder im Prozeß aufgetreten, auch am Tag der Urteilsverkündung wurde vor dem Gerichtssaal „Freiheit für den wehrlosen Greis“ gefordert. — (evc)

Tod in Weiß-Blau Rüstungsexport aus Bayern

München. Neue Tendenzen der rüstungsproduzierenden Industrie, deren internationale Verflechtungen und deren Exportwege in- und außerhalb der offiziellen Politik analysiert eine Studie des „Forschungsinstitutes für Friedenspolitik e.V.“ von Erich Schmidt-Eenboom. Schwerpunkt der Untersuchung, die von 1990-92 erstellt wurde, ist die Konzernpolitik der bayerischen Rüstungsunternehmen, Dornier, MBB, MTU (Luftfahrt), Krauss-Maffai, Diehl, Renk-Tacke (Panzer- und Granatenbau) und Siemens. Tatsächlich sei die eigentliche Fertigung von Waffen in der BRD rückläufig, weil die Strategie der Unternehmen darauf setze, die günstigeren Produktionsbedingungen für die Waffenindustrie in andere Industrienationen und industrielle Schwellenstaaten zu nutzen. So könne eine billigere Produktion und eine Umgehung der deutschen Exportvorschriften erreicht werden. MBB z.B. trennte 1991 einen Teil der Produktionsabteilung ab und brachte ihn in ein Gemeinschaftsunternehmen mit der französischen Aerospace ein, wobei dieses Unternehmen unter das französische Exportrecht fällt. So wird Rüstungsexport ein weites Feld eröffnet, das durch deutsche Politik nicht begrenzt werden kann. — (ele)

Bayerische Staatsregierung verschärft den „Radikalen“erlaß

Stuttgart. Am 20. 2. 91 stellte die CSU im bayerischen Landtag den Antrag, die Staatsregierung solle prüfen, ob nach der Wiedervereinigung die bisher übliche Regelanfrage bei der Verfassungsschutzbehörde ihren Zweck noch erfüllen könne oder durch ein anderes Verfahren ersetzt werden müsse.

SPD und Grüne kritisierten in der Landtagsdebatte am 15. 5. 91 diesen Vorstoß und forderten die ersatzlose Streichung der Regelanfrage. Die Grünen argumentierten u.a. mit der fehlenden Effizienz und daß am falschen Ort gesucht werde. „Wirkliche Staats- und Verfassungsfeinde setzen sich nicht in den als radikal etikettierten Splitterparteien und Gruppen den staatlichen Überwachungsorganen auf den Präsentierteller. Sie suchen (...) ihr Aktionsfeld in den großen etablierten Parteien und deren Fraktionen, im Regierungslager und beim Verfassungsschutz.“

Am 3. 12. 91 verabschiedete die Bayerische Staatsregierung den neuen Erlaß betreffend die „Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“. Ein Dringlichkeitsantrag der Grünen, den Beschluß nicht durchzuführen, wurde am 12. 12. 91 nach einer Plenardebatte mit 83 zu 59 Stimmen abgelehnt. Im folgenden werden einige Unterschiede zur bisherigen Berufsverbotspraxis skizziert:

I. Wie bei der flächigen Durchleuchtung der DDR-Bevölkerung, müssen die für den öffentlichen Dienst Bayerns sich Bewerbenden einen Fragebogen ausfüllen. An die Stelle der Regelanfrage beim Staatsschutz tritt die Befragung des Individuums und dessen Selbstausforschung und -beziehung. Diese erstreckt sich auf die gesamte bisherige Lebenszeit. Ohne Erläuterung der Begriffe „extremistisch“ und „extremistisch beeinflusst“, ohne Darlegung, was diese Begriffe mit dem Begriff „verfassungsfreundlich“ zu tun haben, wird dem Individuum eine Liste von bestehenden und aufgelösten Organisationen vorgelegt und u.a. gefragt:

1. Sind Sie oder waren Sie Mitglied einer oder mehrerer extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen?

2. Unterstützen Sie eine oder mehrere extremistische oder extremistisch beeinflusste Organisationen oder haben Sie eine solche unterstützt?

Man muß sich die Demütigung vorstellen, die darin liegt, seine Biographie unter solchen Fragestellungen durchzukämmen, sich zu überlegen, was der Begriff „unterstützen“ heißen könnte (an öffentlichen Veranstaltungen teilneh-

men?, für eine Befreiungsbewegung Geld zu spenden? ...) und zu wissen, daß man auch, wie im Vorwort des Fragebogens angeordnet, die Mitarbeit in Organisationen und Ausländervereinen anzugeben hat, die nicht auf der Liste stehen, und zwar nach eigener Abschätzung, ob diese bei der Behörde evtl. mißliebig sein könnten.

II. Jeder hat eine Erklärung zu unterschreiben, daß er sich im klaren darüber ist, bei „falschen, unvollständigen oder fehlenden Angaben“ nicht eingestellt bzw. wieder entlassen zu werden.

III. Bei positiven Angaben im Fragebogen, bei der Weigerung, die unter II. genannte Erklärung zu unterschreiben, „oder auf Grund anderweitig bekannt gewordener Tatsachen“ entstehen bei der Einstellungsbehörde Staatstreuzweifel. Die passive Anonymformulierung „anderweitig bekannt gewordene Tatsache“ weist darauf hin, daß die Behörden die Denunziation ins Verfahren ziehen wollen. Bei Zweifeln soll angefragt werden beim: Landesamt für Verfassungsschutz, das von seinen „Erkenntnissen“ nur die gerichtsverwertba-

ren anliefern soll, d.h. es lagern dort viel illegal erlangte Daten; mit Zustimmung des Bewerbers darüber hinaus bei der Gauck-Behörde und den Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstellen der Landesjustizverwaltungen.

IV. Das erstmals seit dem Adenauer-Erlaß 1951 wieder in diesem Zusammenhang verwendete Verzeichnis von Parteien und Gruppen verstärkt die beabsichtigte Wirkung des indirekten Parteienverbots, v.a. gegen die Linke. Da bisher keine der genannten linken Organisationen gerichtliche Schritte gegen die Stigmatisierung unternommen hat, kann wie bisher der Druck der Verfolgung voll auf das einzelne Mitglied abgewälzt werden kann. Viele gehen dabei — wie bekannt — zugrunde.

Bei der PDS/LL Bayern wird nun nachgesetzt, nachdem sie vom bayerischen Innenminister Stoiber Anfang 1991 für „verfassungsfreundlich“ erklärt und die Staatsschutzbeobachtung angeordnet wurde.

Quellen: Plenarprotokoll des Bayerischen Landtags, 15. 5. 12. 91; FMBl vom 30. 12. 91, S. 510 ff. — (chf, zem)

Organisationen im Visier des Staatsministeriums

Verzeichnis der wichtigsten extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen (I. und II.) und der wichtigsten Massenorganisationen/gesellschaftlichen Organisationen in der früheren DDR bis 1989/90 (III.)

I. Linksextremismus

Antifaschistisches Komitee — Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung, früher Anti-Strauß-Komitee; Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB); Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK); Deutsche Friedensunion (DFU); Deutsche Kommunistische Partei (DKP); Initiative für die Vereinigung der revolutionären Jugend (IVJR); Kommunistischer Bund (KB) — aufgelöst am 20. April 1991; Kommunistischer Hochschulbund (KHB); Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD); Marxistische Gruppe (MG) — aufgelöst am 1. Juni 1991; Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund (MSB Spartakus) — aufgelöst am 23. Juni 1990; Partei des Demokratischen Sozialismus/

Linke Liste (PDS); Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ); Vereinigte Sozialistische Partei (VSP); Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund des Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA); Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT); (...)

III. Massenorganisationen

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB); Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF); Deutscher Turn- und Sportbund (DTSB); Freie Deutsche Jugend (FDJ); Volkssolidarität (VS); Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD); Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK); Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdB); Gesellschaft für Sport und Technik (GST); Kammer der Technik (KDT); Kulturbund der DDR (KB)

Quelle: Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 3. Dezember 1991 Nr. 1 F 1 — 2015 — 1/13 Amtsblatt der Stadt München, KWMBI Nr. 2/1992, S. 57 f.

Gegen Möllemanns „West-Ost-Gipfel“

Vom 7. bis 9. 5. fand in Münster der sogenannte „West-Ost-Gipfel“ statt. Die Veranstaltung hatte Wirtschaftsminister Möllemann im Vorfeld des „Weltwirtschaftsgipfels“ im Juli in München organisiert. Die Wirtschaftsminister der sieben mächtigsten Industriestaaten trafen geballt auf die entsprechenden Minister der vier größten GUS-Republiken, der CSFR, Polens und Ungarns, um ihnen die Bedingungen zu erläutern, zu denen Kapital in diese Länder fließen kann. Länder wie Bulgarien, Rumänien oder Albanien waren gar nicht erst eingeladen. Damit es keine Mißverständnisse geben konnte, waren aus den imperialistischen Ländern auch direkte Kapitalvertreter angereist, unter ihnen Wolff von Amerongen und Fiat-Chef Agnelli.

Die westlichen Regierungsvertreter verlangten vor allem „stabile Rechtssysteme“ in Osteuropa, d.h. Bewegungsfreiheit für das Kapital ohne Behinderung durch Reste staatlich geplanter Wirtschaftsorganisation. In der Schlußerklärung beteuerten die osteuropäischen Vertreter denn auch die Absicht, sich für „freie“ Privatwirtschaft und stabile Rechtssysteme einzusetzen, und der deutsche Wirtschaftsminister war zufrieden. Ein Treffen dieser Art soll nun jährlich stattfinden, damit regelmäßig überprüft werden kann, wie weit die Länder in Osteuropa ihren Markt und ihre Menschen den Konzernen aus dem Westen zu Verfügung stellen.

Unter diesem Druck sagte die russische Regierung auch endlich zu, Staatsgarantien für Hermes-Exportkreditbürgschaften zu übernehmen. Bislang hatte Rußland dies unter Berufung auf seine Souveränität abgelehnt; nun können aber deutsche Firmen ohne Risiko nach Rußland exportieren.

Gegen diesen Gipfel gab es in Münster eine Reihe von Veranstaltungen, die von verschiedenen Gruppen vorbereitet worden waren, hauptsächlich aus der Solidaritätsbewegung mit den Kämpfen in Entwicklungsländern. Das einheitliche Motto war: „Sie organisieren die Armut der Völker“. Auf einer Gegenveranstaltung forderten Vertreter von Selbsthilfegruppen aus Lateinamerika und Afrika von den westlichen Regierungen Reparationszahlungen als Wiedergutmachung für die Folgen von Kolonialismus und Sklaverei. Ein nigerianischer Historiker erhob den Anspruch von 2000 Milliarden Dollar für 500 Jahre Ausbeutung Afrikas. Trotz der auf Wunsch Möllemanns inszenierten „Volksfestatmosphäre mit Musik, Bier und Würsten fand am Samstag in der Innenstadt parallel zur Abschlußkonferenz der Minister eine Demonstration gegen den Gipfel statt, an der sich 2500 Menschen beteiligten. Auf den Kundgebungen wurde aufgerufen, gegen den „Weltwirtschaftsgipfel“ der Regierungschefs in München ebenfalls Aktionen durchzuführen. — (jok)

Sie vergeben sich selbst ihre Schuld

Norderstedt. Im April, genau zum 8. 4. 1992, hatte der Kirchenvorstand der Schalom-Kirchengemeinde zu einer Informationsveranstaltung zu der umstrittenen Flüchtlingspolitik der Kirchengemeinde in den letzten Wochen und Monaten eingeladen. An der Veranstaltung nahmen ca. 50 Personen — vorwiegend Gemeindeglieder — teil.

Die Diskussion wurde von Pastor Frenz mit einem Dank an alle Gemeindeglieder eröffnet. Dr. Jürgen Knaack (Kirchenvorstand) gab einen kurzen Abriss der Ereignisse um die Flüchtlinge, die mehrere Wochen lang in der Kirche Asyl vor Faschisten und ihrer zwangsweisen Verlegung nach Mecklenburg-Vorpommern gesucht hatten, aus der Sicht des Kirchenvorstandes wieder: Aufnahme der Flüchtlinge, politischer Kampf der Flüchtlinge / UnterstützerInnen, Ablehnung der Vermittlungsversuche der Kirche, Einstellung der humanitären Hilfe, Antrag auf Räumung, Verlassen der Kirche, Verwüstungen.

Es schloß sich eine Diskussion über das Verhalten des Kirchenvorstandes an. Die erste Wortmeldung kam von einem Nichtgemeindeglied. Das Verhalten des Kirchenvorstandes wurde stark angegriffen. Die Kirche hätte sich einseitig auf die Seite der Politik gestellt. Es wäre auf die Flüchtlinge Druck ausgeübt worden, wieder nach Mecklenburg-Vorpommern zurückzukehren, die Unter-

stützerInnen wären kriminalisiert worden. Der sachlich vorgetragenen Kritik wurde teilweise emotional übersteigert geantwortet. Die „sogenannten“ UnterstützerInnen seien von Anfang an darauf aus gewesen, einen politischen Kampf zu führen. Sie hätten die Flüchtlinge keine freien Entscheidungen treffen lassen.

Es wurden dann von verschiedenen Gemeindegliedern Beispiele für das „unmenschliche“ Verhalten der UnterstützerInnen vorgetragen: So habe man beobachtet, wie bei dem multikulturellen Fest in der Kirche das Buffet von den UnterstützerInnen gestürzt worden sei und den andern Teilnehmern alles „weggefressen“ worden sei.

Auf den Hinweis eines Gemeindegliedes, daß sich z.B. in den Kirchen El Salvadors ständig Flüchtlinge aufhalten würden (die man dort nicht Besetzer nennen würde) entgegnete Pastor Frenz, daß dort ganz andere Verhältnisse herrschten. Dort müßten die Flüchtlinge beim Verlassen der Kirche befürchten, umgebracht zu werden.

Pastor Frenz hielt an der Aussage fest, daß die Flüchtlinge von den UnterstützerInnen zum Dableiben gezwungen worden seien. Dieser Aussage pflichteten viele Anwesende bei. So habe man auch heute noch Kontakt zu einigen Flüchtlingen. Es gehe ihnen sehr gut und sie seien sehr froh, von dem Druck der UnterstützerInnen befreit zu sein.

Wiederholte Schilderungen ganz anderer Erkenntnisse (solidarisches Verhältnis Flüchtlinge / UnterstützerInnen, Abstimmung mit den Flüchtlingen vor Aktionen oder Äußerungen usw.) wurde immer mit dem Argument, daß es sich um einen politischen Kampf gehandelt habe (den die Kirche nicht unterstützen würde), abgeblockt. Die Kirche sei nicht dazu da, Politik zu betreiben. Die Kirche müsse Kirche bleiben. Dem Vorwurf, durch das Vertreten der politischen Forderungen der Landesregierung Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sehr wohl Politik betrieben zu haben, konnte der Kirchenvorstand nicht folgen.

Von einigen Anwesenden wurde kritisiert, daß nicht schon viel früher ein Räumungsantrag gestellt worden sei. Der Kirchenvorstand gab daraufhin an, nie (zu keinem Zeitpunkt) an eine polizeiliche Räumung geglaubt zu haben. Eine regelrechte Aufarbeitung der Vorverurteilung sei im Kirchenvorstand noch nicht vollzogen worden.

Der Kirche seien Kosten in Höhe von ca. 35000.- DM entstanden, wovon ca. 30000.- DM durch Spenden gedeckt seien.

Auf die abschließende Frage, wie sich der Kirchenvorstand verhalten werde, wenn wieder Flüchtlinge vor der Tür stehen würden, konnte der Kirchenvorstand keine Angabe machen.

Quelle: Nadelstiche 4/92 — (hel)

Kurz berichtet

Rasante Zunahme psychosomatischer Erkrankungen

In der Klinik und Poliklinik für Psychotherapie und Psychosomatische Medizin der Universität Leipzig steigt die Zahl der psychosomatisch erkrankten Patienten seit der Wende bzw. seit Anfang 1991 drastisch an. In einem Interview mit der *Arztzeitung* berichtet Professor Dr. Geyer, daß zunächst nach der Wende 1989 und 1990 im ambulanten Bereich viel mehr Menschen mit alltäglichen vegetativen Erscheinungen wie Kopfschmerzen, Schwindel, Herzbeschwerden, Schweißausbrüchen und Kreislaufstörungen zur Behandlung kamen. Damals sei in einer Untersuchung festgestellt worden, daß etwa 60 % der Bevölkerung unter solchen Beschwerden zu leiden hatte. Ende 1990 bis Mitte 1991 seien die Patientenzahlen auch in der Klinik stark zurückgegangen, weil niemand krank sein, sondern alle angepaßt sein wollten. Seit Ende 1991 sind die Ärzte mit Patienten mit schweren psychischen Störungen konfrontiert. Diese Patienten seien öfter schon 40 oder 50 Jahre alt, bisher gesund, eben unauffällig, und jetzt litten sie unter Persönlichkeitsstörungen mit chronischer Selbsttötungsgefährdung, chronischer Depressivität. Andere hätten schwere organische, psychosomatische Störungen wie Anorexia nervosa. Erstmals würden die Ärzte Bulimie-Kranke sehen, ein Krankheitsbild, das in den alten Bundesländern seit langem bekannt ist, wo Patienten nach dem Essen Erbrechen provozieren. „Die einzige Erklärungsmöglichkeit, die sich uns anbietet, ist die Stabilisierungsfunktion des ehemaligen DDR-Systems“, meint Prof. Geyer. — (sul)

Kommune selbst verwalten — aber wie?

Mit folgendem Flugblatt (gekürzt) richtete sich die Linke Liste/PDS im Thüringer Landtag während der 51. Plenartagung an protestierende Bürgermeister: „Zur Verwirklichung der kommunalen Selbstverwaltung gehört auch die Wahrnehmung der kommunalen Finanzhoheit. Diese war 1991 nicht gegeben. Sie wird mit dem Haushalt 1992 weiter reduziert. Im Jahr 1991 stand eine Finanzausgleichsmasse von 4 175,4 Mio. DM (das waren 27,8 % der Gesamtausgaben) zur Verfügung. 1992 sind das nur noch 2 580,0 Mio. DM (gleich 23,1 % der Finanzausgaben). Daraus ergibt sich, daß für die Kommunen je Einwohner bei: — Finanzausweisungen statt 314 DM nur noch 274 DM, — Schlüsselzuweisungen statt 598 DM nur 510 DM — Invest-Pauschalen statt 436 DM nur noch 100 DM zur Verfügung stehen... Im Interesse der Kommunen fordern wir: 1. Angesichts steigenden Aufwandes bei Personal- und Sachausgaben Be-

reitstellung der Finanz- und Schlüsselzuweisungen in der gleichen Höhe wie 1991. 2. Zur Wahrung der Finanzhoheit der Kommunen Erhöhung der Invest-Pauschale auf mindestens 200 DM/Einwohner... Erarbeitung einer Gesamtübersicht über die in den Einzelplänen insgesamt für 1992 zur Verfügung stehenden Fördermittel und Herausgabe an die Kreise, Städte und Gemeinden.“ (unz, 1. Mai-Ausgabe)

Wohnungskosten steigen und steigen

Laut *Spiegel* (21/92) haben die Bauminister von Bund und Ländern für das Anschlußgebiet zum 1. Januar 1993 eine neuerliche Mietenexplosion von bis zu 100 % beschlossen. Weitere „Mietanpassungen“ hält z. B. auch der thüringische Innenminister Böck für erforderlich. Er sicherte, wohl um den zu erwartenden Protest zu dämpfen, aber zu, darauf zu achten, daß die Bürger „nicht durch unkontrollierte und betriebswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Erhöhung der Abgaben für Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr, Straßenreinigung usw. überfordert“ würden. In Ostdeutschland beträgt der Anteil der sog. Betriebskosten an der Wohnkostenbelastung ca. 60 % gegenüber 30 % in den westlichen Bundesländern. (unz, 1. Mai-Ausgabe) Was von der Zusage des Ministers zu halten ist, erhellt das Beispiel Erfurt: Hier sollen im Bereich der kommunalen Wohnungsverwaltung die Preise für die Wasser- und Abwasserentsorgung um 66 %, für Müllbeseitigung um 55 %, bei Schornsteinsfegerleistungen um 40 % erhöht werden, und zwar ab 1. Juni. Damit steigen die speziellen Kosten für eine Neubauwohnung von 0,60 DM auf 1,— DM pro Quadratmeter. (ebenda) — (sc)

PDS-Richterin muß eingestellt werden

Berlin. Das Ermittlungsverfahren gegen die PDS-Richterin Cathrin Junge wegen eines von ihr ausgestellten Haftbefehls („Republikflucht“) ist eingestellt worden. Jetzt steht der Ernennung zur Richterin auf Probe nichts mehr im Wege. Vor mehreren Monaten hatte ihr Fall einen Konflikt in der CDU/SPD-Koalition und zwischen der CDU und dem unabhängigen Richterwahlausschuß hervorgerufen. Letzterer hatte die Übernahme ebenso empfohlen wie der Präsidialrat der Gerichte, die Kammergerichtspräsidentin und die Justizsenatorin Limbach (SPD), während die CDU die Übernahme aufgrund früherer SED- und heutiger PDS-Mitgliedschaft ablehnte. Als sich die CDU mit ihrer Haltung isolierte, sprang ihr ein Rechtsanwalt namens Winzer zur Seite und stellte Strafanzeige wegen Rechtsbeugung. Dies konnte ihr jedoch weder objektiv noch subjektiv nachgewiesen werden (vgl. auch *Politische Berichte* 5/92). Insgesamt hat die Berliner Justiz nur 44 Richter und Staatsanwälte aus Ostberlin übernommen; 371 hatten einen Antrag gestellt, 82 waren aus formalen Gründen abgelehnt worden, in neun Fällen steht die Entscheidung aus. — (har)

Kahlschlag auf die „kalte“: Leipzigs Kindern wird die Zukunft beschnitten

„Also gloopste, wie frieher am 1. Mai — da stehste dr de Beene in' Bauch und nüscht geht los hier“, maulte die junge Frau in der Reihe hinter mir und hatte die Lacher auf ihrer Seite.

Und tatsächlich, für einen Moment schienen das klimatische Hoch an diesem sonnigen Mai-Mittwoch und das seelische Tief der etwa 10 000 Demonstranten vor dem Leipziger Gewerkschaftshaus in Balance gebracht worden zu sein. Es schien aber nur so; Trotz, Wut und Aufgebrachtheit hatten bald wieder Oberwasser.

Verständlich, denn die, die sich hier zur Demonstration von ÖTV und GEW zusammengefunden hatten, waren entschlossen, den Damen und Herren im Stadtparlament kräftig Bescheid zu stoßen. Denn: Drastische Personal- und Finanzkürzungen im öffentlichen Dienst waren von einer Arbeitsgruppe unter OBM Lehmann-Grube ausgetüftelt worden. Nicht zum ersten Mal, gewiß, aber diesmal hatte man — neben anderen — die Kindertagesstätten und die dort Beschäftigten ins Visier genommen. Ein verflücht „heißes Eisen“, das große Teile der Bevölkerung enorm sensibilisierte, was sich noch zeigen sollte.

Ab August '92, so sieht's das sogenannte „Merkel-Papier“ vor, sollen 1 000 der bislang 3 300 Erzieherinnen entlassen, 46 Kindereinrichtungen geschlossen und die Öffnungszeiten in den verbleibenden 290 Einrichtungen auf sieben Stunden pro Wochentag reduziert werden. Kein Wort in dem Papier von bisher üblicher Praxis, Wohnortnähe und damit soziales Umfeld bei der Vergabe mit zu berücksichtigen. Wie Öl ins Feuer wirkte dann noch die Nachricht aus dem Rathaus, man wolle „als sozial verträgliche Regelung“ einen Teil der zu entlassenden Erzieherinnen ersetzen durch ABM-Kräfte aus den Jugendämtern Frankfurt/Main, Hannover und München!

GEW und ÖTV rannten mit ihrer Aufforderung zur Kundgebung natürlich offene Türen ein, bei Erzieherinnen ebenso wie bei Eltern.

Denn das galt über Jahrzehnte in der DDR als Gesetz: Die Frau, die arbeiten wollte (oder mußte), die konnte das auch. Und nicht zuletzt deshalb, weil kommunale oder betriebliche Kinder-einrichtungen eben da waren, noch dazu zu einem Spottpreis. Und die Arbeit einer Erzieherin galt als das Synonym für Engagement schlechthin in der Gesellschaft (jetzt mal ganz abgesehen von dort vermittelten Erziehungsinhalten, von kaum angemessener Bezahlung oder von im Regelfall bescheidener Ausstattung). Nicht zu reden von regelmäßiger medizinischer Betreuung in Krippe und Kindergarten, die heute in vielen Fällen schon nicht mehr existiert.

Es hatte sich also allerhand Frust angestaut, als die Demonstranten sich vor dem Neuen Rathaus postierten, hinter dessen meterdicken Mauern die Stadtverordneten berieten.

Beifall für Leipzigs ÖTV-Geschäftsführerin Angelika Büttner, die die Stadt-väter und -mütter eindringlich mahnte, endlich einen Bedarfsplan aufzustellen, der von den tatsächlichen Bedürfnissen der Eltern und Kinder ausgehe. Gellende Pfiffe und Buh-Rufe allerdings für OBM Lehmann-Grube, der sich der aufgebrauchten Menge mit ausgesprochen dürftigen Argumenten präsentierte. Dabei hätte er lediglich die mitgeführten Transparente aufmerksam zu lesen brauchen. Denn da war — entgegen seinem Wissensstand — sehr wohl von Verständnis für's Sparen die Rede, nicht aber vom Sparen am falschen Platz, eben zu Lasten der momentan noch 27 000 Kinder im entsprechenden Alter.

Und in der Tat macht es eben wenig Sinn, wenn Lehmann-Grube einerseits beteuert, die Kommune hätte kein Geld, und auf der anderen Seite fast tatenlos zuschaut, wenn die Treuhand einen Industriestandort nach dem anderen plattwalzt und der Stadt damit Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verlustig gehen. Ebenso wenig nachvollziehbar für den Bürger ist, wenn behauptet wird, Sachsen sei nahezu pleite, wenn sich fast zur gleichen Stunde die Landtagsabgeordneten kräftig die Diäten erhöhen.

Ausgesprochen heftigen Widerspruch mußte der 1. Mann im hiesigen Rathaus hinnehmen für seine Behauptung, die Demonstranten würden die sozialen In-

teressen der Erzieherinnen einfach vermischen mit denen der Kinder und denen ihrer Eltern. Die solcherart sozusagen als „Trittbrettfahrer“ des sozialen Protestes der Pädagogen Gescholtenen reagierten entsprechend mit neuerlichem Pfeifkonzert. Für sie liegt auf der Hand, daß ein Personalabbau nach der „Rasenmäher-Methode“ einen Schwanz von Konsequenzen nach sich zieht.

Leipzigs Arbeitsamts-Chef Mayer beispielsweise ließ sofort verlauten, daß eine Verkürzung der Öffnungszeiten von Kindereinrichtungen schwerwiegende Folgen hätte. Einmal wäre ein hoher Prozentsatz der bei ihm tätigen Frauen kaum noch länger zu beschäftigen. Zum anderen würden Bemühungen seines Amtes, junge Frauen (die eben oft

Gruppenstärken: Zu niedrig angesetzt; statt bisher zehn würden wohl künftig 18 Kinder auf eine Erzieherin kommen.

Auf ein anderes Problem macht die Fraktion PDS/Demokratischer Frauenbund (DF) deutlich. Wieder einmal, so Fraktionschef Dr. Lothar Tippach, sollen die Abgeordneten ein Papier absegnen, dessen Inhalt schon längst umgesetzt werde. Und in der Tat, der Hauptausschuß der Stadt hat den Stellenplänen schon zugestimmt. Und im Bereich des Gesundheitsamtes, so der Psychologe Dr. Zwiener, seien die Listen mit den Namen derer, die entlassen werden sollen, schon fix und fertig — seit Dezember 1991! Da war überhaupt noch nicht die Rede von Sachdiskussionen in den Fachausschüssen.

Inzwischen wurde die Beschluß-



Bild: sta

Mütter sind) zu vermitteln, glatt unterlaufen. Schließlich steht gerade diese soziale Gruppe ohnehin ganz oben in der Skala der „nicht oder nur schwer vermittelbaren Arbeitslosen“.

Die Thematik erweist sich als von solcher Brisanz, daß die Bedenken gegen das geplante Vorgehen quer durch alle Fraktionen des Stadtparlaments gehen. Margit Wehnert (SPD) äußert erhebliche Zweifel, daß 2 300 Erzieherinnen tatsächlich alle Kinder ordnungsgemäß betreuen können. „Massenbewahranstalten“ sieht die DSU-Abgeordnete Rosemarie Seelmann, selbst Kindergärtnerin, auf sich zukommen. Vom Bündnis 90/Grüne wurde Skepsis an den Berechnungen der Arbeitsgruppe artikuliert hinsichtlich der zu erwartenden

sung über den Haushalt '92 auf den Juni verschoben. Auch beeilte sich die viel gescholtene Arbeitsgruppe, in der *Leipziger Volkszeitung* zu beschwichtigen: Die „Sieben-Stunden-Variante“ hätte „überhaupt nichts mit den Öffnungszeiten zu tun“, sondern bestimme lediglich den Zeitraum für qualifizierte pädagogische Betreuung. — Und danach?, möchte man fragen.

Abwiegeln? Oder doch einlenken?

Man wird sehen. Noch im Mai sind ähnliche Veranstaltungen in Dresden und Chemnitz geplant. Die Gewerkschaftsvertreter jedenfalls vermittelten vagen Optimismus, die Demonstranten entschlossenen Trotz. Ob sich aus beiden eine Synthese herstellen ließe? (L. B.)

Kommentiert

Sehnsucht nach heiler Welt

Genosse oder vielleicht besser Herr Gorbatschow ist in den USA willkommen und kaufte sich ein Häuschen. Er baut sicher vor für schlechte Zeiten. Das Erbe, das ihm die Stalinisten hinterlassen haben, war doch zu schwer. Selbst alle guten Ratschläge von Herrn Kohl haben nicht geholfen. Jetzt bleibt ihm nur noch ein Häuschen in den USA. Ach so, falls die Reformen schief gehen, will er ja wieder eingreifen ins Geschehen, da wird er sicher sein Häuschen wieder aufgeben!

In der *Berliner Zeitung* vom 14. Mai 1992 ist unter der Überschrift „Generation der Baby-Boomer sucht ihren Psychiater“ zu lesen, daß der Mittelstand der USA durch die Realität aus seinem Traum einer heilen Welt gerissen wird. Die Geburt eines Kindes, so wird berichtet, kostete 4 000 \$, jetzt 5 000 \$, Tendenz weiter steigend. Der Mittelstand gerät in Gefahr, auf das allgemeine Durchschnittsniveau zu sinken. Aber, wenn die in der Mitte ärmer werden und die Armen in den USA nicht ärmer werden können, dann liegt der Verdacht nah, daß es so auf Dauer nicht mehr weitergehen kann.

So ist wahrscheinlich auch zu erklären, warum der Genosse Gorbatschow

in den USA ein Häuschen kauft. Er will sich wahrscheinlich dort an die Spitze einer neuen kommunistischen Partei stellen. Soziale Auseinandersetzungen sind in den USA so sicher wie das Amen in der Kirche, und einen wirklichen charismatischen Führer dafür haben sie ganz bestimmt nicht. Reformen sind, das steht zweifellos fest, das Metier Gorbatschows, da kennt er sich aus, da weiß er Bescheid. Falls er allein nicht fertig wird, könnte er ja Jelzin bitten zu helfen.

Nun gibt es vielleicht welche, die bei dem Gedanken, die erforderlichen Reformen durch einen erprobten Reformen durchzuführen zu lassen, in Zweifel geraten. Verständlich wäre das schon. Unverständlich ist nur, daß die jubeln, die von den Reformen des Reformers nicht betroffen sind.

Um allen Irrtümern vorzubeugen, kein vernünftiger Mensch kann gegen Reformen sein. Sie müssen nur wirklich etwas ändern. Die jetzt immer lauter geäußerte Idee, daß die Menschen nur zwischen dem „realen Sozialismus“ und dem Kapitalismus der Moderne wählen können, wird sicher schneller zu Grabe getragen werden als erwartet. Die heile Welt war nämlich nie für alle heil, sondern immer nur für einige wenige. Falls es aber weniger werden, für die die Welt heil ist, werden es immer mehr, die das ganz anders sehen. (W. T.)



... jede Arbeitsstunde, die in Berlin verloren geht, geht derzeit für den Aufbau der Stadt verloren.“ Der Appell von Innensenator Heckelmann nützte nichts. Am 4. 5. legten die Beschäftigten fast aller Ostberliner Betriebshöfe der BVG spontan die Arbeit nieder. Mit dieser Aktion wollten sie nicht nur Solidarität mit den gleichzeitig im Streik stehenden Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Westberlin demonstrieren, sondern auch ihre Forderung in der jetzt anlaufenden Tarifrunde Ost kundtun. Während der Innensenator für eine Anhebung auf 80 % in diesem Jahr und 100 % bis Ende 1993 plädiert, fordern die Ostberliner Beschäftigten „Gleiche Arbeit — Gleicher Lohn“. Die ÖTV tritt für „einen kräftigen Schritt in Richtung 100 %“ sowie den Abschluß eines Sozialtarifvertrages ein; Ausbildungsvergütungen und Urlaubsgeld sollen sofort auf das Westniveau angehoben werden. — (har)

Den folgenden Artikel haben wir der Wahlzeitung der PDS Schöneberg „Mehr Mut — Mehr Demokratie — Mehr PDS“ entnommen.

Auch hier in Schöneberg, im Umkreis des jahrzehntelangen Regierungssitzes, ist die Armut mittlerweile nicht mehr ganz zu verstecken. Unter den Westbezirken weist Schöneberg (nach Kreuzberg und Tiergarten) die höchste Zahl von Sozialhilfeempfängern je 1000 Einwohner aus. Fast jeder zehnte Bürger bezog im Jahr 1988 Sozialhilfe. Dabei sind aber z. B. nur wenige Bezieher von Arbeitslosenhilfe und kein Empfänger von Arbeitslosengeld erfasst. Außerdem sind die Obdachlosen nicht berücksichtigt.

Die Anzahl der Empfänger von Sozialhilfe in der alten BRD entwickelte sich wie folgt:

1.431 Mio.	1970
2.144 Mio.	1980
3.345 Mio.	1988

Am deutlichsten wird die steigende Armut in Deutschland anhand der kürzlich von Wohlfahrtsverbänden veröffentlichten Obdachlosenzahlen. Im letzten Jahr lebten ca. 200000 Menschen ständig auf der Straße, wobei die Zahl der BundesbürgerInnen, die keine oder keine menschenwürdige Unterkunft hatten, auf über eine Million geschätzt wird. Armut und Obdachlosigkeit werden durch grassierende Langzeitarbeitslosigkeit im Westen und den wirtschaftlichen Crash-Kurs der Bundesregierung im Osten verschärft.

Der Anteil der Arbeitslosen, die die niedrigere Arbeitslosenhilfe bezogen oder gar in die Sozialhilfe abrutschten, stieg in den 80er Jahren kontinuierlich. 1987 waren bereits fast 30 Prozent der Arbeitslosen Westberlins länger als ein Jahr arbeitslos, nahezu die Hälfte wurde völlig von den Leistungen der Arbeitsämter ausgeschlossen. Diese längerfristig von Berufstätigkeit und Qualifikation Ausgeschlossenen laufen Gefahr, nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt Tritt zu fassen.

Deutschland ist wieder „Einig Vaterland“ — die Armut ist schneller gewachsen . . .

Darüber hinaus nimmt die schon vor der „Wende“ auf ca. 10000 WestberlinerInnen geschätzte Obdachlosenzahl durch die anhaltende „Wanderungsbewegung“ von Ost nach West beträchtlich zu: Bereits heute stammen nach Angaben der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“ ca. 25-30 Prozent der Obdachlosen in den alten Bundesländern aus der ehemaligen DDR, darunter sehr viele Jugendliche, die wie ihre meisten Schicksalsgenossen im Westen keine ununterbrochen zwölf Monate dauernde, beitragspflichtige Beschäftigung vorweisen können und somit keinen Anspruch auf „Leistungen“ der Arbeitslosenversicherung haben.

Neben Jugendlichen sind auch viele Frauen von sozialer Ausgrenzung betroffen, da die Mehrzahl der weiblichen Beschäftigten in (oftmals ungeschützten) Teilzeitarbeitsverhältnissen steht und dementsprechend die Rentenanträge gering ausfallen, bzw. Rentnerinnen die Erziehungszeiten ihrer Kinder ungenügend angerechnet werden.

Die Situation dieser Bevölkerungsgruppen wird zusätzlich durch staatlichen Sozialabbau, wie z. B. verschärfte Sperrzeiten und Zumutbarkeitsregelungen in der Arbeitslosenversicherung, und kontinuierliche Preissteigerungen für Mieten, Gebühren und öffentliche Tarife verschlechtert, die viele Betroffene bis an den Rand oder in die Obdachlosigkeit treiben.

In Zeiten gestiegener materieller Ansprüche, auch in der Freizeitgestaltung, tragen die niedrigen Sozialhilfesätze zur gesellschaftlichen Isolierung der Empfänger bei; kulturellen Bedürfnissen wird bei der Errechnung des zustehenden „Warenkorbes“ nur ungenügend

Rechnung getragen, was sich auch negativ auf das „Arbeitsvermögen“ und damit auf die Wiedereingliederung ins Arbeitsleben auswirkt. Die Ursachen für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe sowie die Obdachlosigkeit sind, das zeigt sich überdeutlich, tief im kapitalistischen System begründet. Vorrangig geht es uns jedoch nicht um eine Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern hier und heute um die Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen.

Notwendigkeiten

Anpassung der Sozialhilfesätze an das gesamtgesellschaftliche Einkommensniveau. (Für die Berechnung der Sozial-

hilfesätze darf nicht nur die physische Existenzsicherung der Maßstab sein, sondern die gesellschaftliche Integration des einzelnen.)

Schnellstmögliche Beseitigung der Sozialhilfeunterstützung durch Beschaffung von Dauerarbeitsplätzen und geeigneten Umschulungsmaßnahmen.

Hilfe zur Selbsthilfe durch zinslose Existenzkredite

Unaufgeforderte und umfangreiche Informationen über die Ansprüche des einzelnen.

Mehr und besser geschultes Personal in den Ämtern, damit der Entwürdigungscharakter für den einzelnen aufgehoben wird.

Wegfall des „Verschuldungsprinzips“ und der Mithaftung von Angehörigen.

Bei Altersarmut: kostenloser Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen.

Die Unterbringungs- und Lebenshaltungskosten für HeimbewohnerInnen sind an ortsübliche Kriterien zu koppeln, die eine Spekulation mit der Armut ausschließen.

Auch in Heimen muß dafür gesorgt sein, daß ein Grundrentensatz den Betroffenen weiterhin zur freien Verfügung steht.

Ausreichende Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Obdachlose in dezentralen Wohn- und Arbeitsgruppen.

Vorrangige Angebote an sozialen Wiedereingliederungsmöglichkeiten.

Unterstützung der betroffenen Angehörigen.

Zum Schluß noch ein paar Sätze zur Finanzierbarkeit.

Gegenwärtig wird die Sozialhilfe von den Kommunen, in Berlin von den Bezirken bezahlt. Das halten wir für eine sehr schlechte „Lösung“, weil dadurch v. a. die Allgemeinheit, also der kleine Steuerzahler, zur Kasse gebeten wird. Angesichts der gewaltigen Profite, die besonders in den letzten Jahren von den Unternehmern auf dem Rücken der arbeitenden Menschen gemacht wurden, ist dies nicht länger hinnehmbar. Die Unternehmer sollten nach unserer Meinung auch für „ihre“ industrielle Reservearmee und diejenigen Menschen aufkommen müssen, die aufgrund ihrer Produktionsweise nicht mehr ausbeutbar sind oder ihr Leben für den Mehrwert (Gewinn) der Unternehmer gegeben haben. Das wäre nach unserer Meinung nicht nur logisch, sondern v. a. ein Stück mehr zu einer gerechteren Welt.



Deutliche Ablehnung der CDU-Politik auf Sachsens „zentraler“ Mai-Kundgebung

Es kann auch froh stimmen, Unrecht gehabt zu haben. War ich doch — im Austausch unterschiedlicher Auffassungen — der Meinung, daß eine Leipziger Kundgebung der Linken anlässlich des 1. Mai, maßgeblich von der PDS getragen, nur dann ein Erfolg werden könnte, wenn ein allseits bekannter, „zugkräftiger“ Redner sprechen würde.

Doch obwohl ein solcher nicht offiziell angekündigt worden war, kamen immerhin ca. 1000 Teilnehmer zusammen — mehr, als ich, und entschieden mehr, als andere erwartet hatten.

Daß der PDS-Landesvorsitzende Prof. Peter Porsch, Mitglied des Sächsischen Landtages, statt eines zunächst vorgesehenen Repräsentanten des Bundesvorstandes sprechen würde, war nur denen bekannt, die entsprechende Informationen erreicht hatten. Er erhielt für seine treffenden Ausführungen den verdienten Beifall. Auch anderen Rednern wurde für realitätsbezogene Feststellungen und Forderungen Zustimmung bekundet. Unmutsäußerungen gab es, als ein Sprecher sich ausgerechnet am 1. Mai nicht zurückhalten konnte, andersdenkende Linke zu diffamieren.

Dennoch hatte es sich als richtig erwiesen, dazu aufzurufen, an der Kundgebung des DGB teilzunehmen und sich „auf dem Wege dorthin 9.45 Uhr auf dem Dimitroffplatz mit allen (zu) treffen, denen auch heute das Herz links schlägt“.

Daß dann im Clara-Zetkin-Park die für 11.00 Uhr angekündigte Kundgebung auf sich warten ließ, müssen die zuständigen Vertreter des DGB verantworten. Wollten sie vielleicht vermeiden, daß ihre Kundgebung mit den Teilnehmern des Treffens auf dem Dimitroff-Platz stattfindet, die fast ausschließlich zu dieser Zeit das Terrain füllten (und von denen ein großer Teil Gewerkschaftsmitglieder waren)?

Erst knapp eineinhalb Stunden später, nach dem Eintreffen des „Gastes“ Kurt Biedenkopf, begann sie dann endlich. Ein Pfeifkonzert empfing „König Kurt“ und überlagerte seine Rede, die bei fast allen Anwesenden auf Ablehnung stieß und zahlreiche Gegenrufe herausforderte.

Viele empfanden die Einladung Biedenkopfs als Provokation und die gesamte Rednerliste als fragwürdig. Neben der eröffnenden DGB-Funktionärin und dem Landesvorsitzenden der IG Metall als Vertreter des gewerkschaftlichen Veranstalters sprachen außer dem Ministerpräsidenten noch OBM Lehmann-Grube, Stadtpräsident Magirius

und Pfarrer Führer (die sicherlich in mancherlei Hinsicht Respekt verdienen, jedoch, zumal in dieser Überzahl, wohl kaum in ihren Ämtern als 1. Mai-Redner im Sinne der Tradition dieses Tages anzusehen sind).

Kaum Zustimmung fanden Eier- und Farbbeutel-Werfer. Auch Klaus Hesse als PDS-Stadt- und Lothar Tippach als PDS/DF-Fraktionsvorsitzender distanzierten sich davon in einem späteren Gespräch mit dem OBM, den ein Farbbeutel getroffen hatte.

Nach der Kundgebung war Gelegenheit zu Diskussionen mit dem Ministerpräsidenten und mit dem Oberbürgermeister, wobei es immer wieder kritische Fragen und Äußerungen gab. So beispielsweise, als von Kurt Biedenkopf zu hören war, daß er keineswegs gegen eine Volksabstimmung über die sächsische Verfassung sei. Als der Frager ihm

jedoch die Unterschriftenliste dafür präsentierte, lehnte er entschieden ab zu unterschreiben.

Widerspruch mußte er ebenfalls zur Kenntnis nehmen, als er sich auf eine CDU-Mehrheit berief, deren Mandat schon zwei Jahre zurückliegt und die angesichts vieler enttäuschter Bürgerinnen und Bürger längst nicht mehr der Wählerstimme entsprechen dürfte. Als er schließlich auf die Zahl neugegründeter mittelständischer Unternehmen als Erfolg seiner Politik verwies, mußte er zugeben, daß sich erst „in fünf Jahren“ erweisen werde, inwieweit dies als Erfolg (und mit Bestand) verbucht werden kann.

Oberbürgermeister Lehmann-Grube wurde als SPD-Politiker u. a. gefragt, wieso er in einem Presseartikel, in welchem er sich zu Kontakten zwischen SPD, CDU und Bündnis 90 äußerte, die

PDS unberücksichtigt ließ. Zunächst tat er die Frage damit ab, er habe ja nicht alle Parteien aufgezählt. Dann aber argumentierte er, es läge an der Belastung der PDS, die als Nachfolgepartei der SED fungiere und keine SED-Auflösung vollzogen habe. Damit jedoch konnte er, auch angesichts der ihm entgegengestellten Erwartung, Parteien nach ihrem heutigen Gepräge, ihrem demokratischen Anliegen und gesellschaftlichen Wirken im Interesse der Bürger zu respektieren, nicht überzeugen.

Ebensowenig überzeugend Lehmann-Grubes Logik, daß, weil eine rote Fahne mit PDS-Beschriftung zu sehen war (neben etlichen anderen Fahnen), die Farbbeutel- und Eierwerfer partout in den Reihen der PDS-Mitgliedschaft zu suchen seien.

Was aber hat uns und allen linken Kräften Leipzigs dieser 1. Mai gebracht?

Ich meine, dazu gehört:

Der Tag hat gezeigt, daß wir als PDS und zusammen mit anderen Linken ein ernstzunehmendes demokratisches, sozialistisches Potential und gegenwärtig die stärkste Kraft sind, wenn es gilt, für die Bekundung sozialer und politischer Forderungen im Interesse der Lohnabhängigen, der aus dem Arbeitsprozeß Ausgestoßenen und Ausgedrängten, der sozial Schwachen und der durch die herrschende Profitwirtschaft, den Treuhänder-Kahlschlag und den Sozialabbau ins soziale Abseits Gestoßenen und Benachteiligten Betroffene zu mobilisieren, demokratischen Widerstand zu leisten. Daran kommt auch der DGB, will er ernsthaft seine eigenen Forderungen vertreten, nicht vorbei.

Nach dem enttäuschenden Verlauf des 1. Mai des vergangenen Jahres hat der diesjährige 1. Mai einen Verlauf genommen, der auch so manchen diesmal noch Zögernden Anstoß geben konnte, bei nächster Gelegenheit seine Zurückhaltung (vielleicht mitunter auch Bequemlichkeit, Resignation oder private Anders-Planung) beiseite zu lassen und sich zu beteiligen.

Wenn dann das Für und Wider zu erwogenen Aktionen schon frühzeitig in einheitliches Wollen und Handeln mündet, wird sich dies erst recht positiv aus-

wirken. Daß es auch dann unterschiedliche Auffassungen unter den Linken geben wird, kann nicht ausbleiben. Doch sollte es möglich sein, sich an das Gemeinsame zu halten, Diffamierungen zu unterlassen und auch nicht in die Gefahr zu verfallen, statt vermeintlichem Schrecken für die Staatsgewalt zum Bürgerschreck zu werden (denn isoliert, ohne Resonanz unter den uns sozial nahestehenden Bürgerinnen und Bürgern ist all unser Wirken sinn- und nutzlos).

Schließlich war es an diesem 1. Mai auch ein Erfolg, daß die (beweisbare) Absicht, die Leipziger DGB-Kundgebung mit dem Auftreten von Ministerpräsident Biedenkopf zur zentralen Veranstaltung zu erheben, nicht aufging. Die Resonanz in der Presse entsprach dem keineswegs, und auch das Fernsehen konnte nicht dementsprechend berichten. Hätte doch sonst, statt fast beiläufiger Erwähnung, bekundet werden müssen, daß die sächsische Hauptkundgebung zum 1. Mai eine eindeutige Ablehnung der CDU- und Regierungspolitik durch die überwiegende Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer offenbarte.

Diese Ablehnung macht nicht zuletzt deutlich, daß es keinesfalls eine gute Eingebung war, angesichts der Lohnkämpfe der Gewerkschaft ÖTV (sowie anderer Gewerkschaften) ausgerechnet den CDU-Ministerpräsidenten, der als sächsischer oberster Dienstherr den im öffentlichen Dienst Beschäftigten und damit als Vertreter der „Arbeitgeber“-Seite gegenübersteht, als Hauptredner vorzusehen. Es sollte nicht verwundern, daß dies als Provokation empfunden wurde.

Hoffen wir, daß der DGB seine Lehren daraus zieht, denn wir wünschen uns ihn und alle Einzelgewerkschaften als — auch unsere — starke gewerkschaftliche Organisationen, die bei durchaus realistischen Positionen den Interessen, Meinungen und Empfindungen der „Arbeitnehmer“ folgen. Und möge der 1. Mai nicht zu einem im Sinne der Herrschenden zum reinen „Volksfest“ umfunktionierten Tag werden (so konnten schon ganz andere diesen Tag akzeptieren). Doch da gibt es ja, wie sich gezeigt hat, jene, denen das Herz links schlägt.

Prof. Dr. Siegfried Scholze, Leipzig



Eine Initiative der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsbereich

Günther Sonnenberg, seit seiner Verhaftung vor gut 15 Jahren, bei der er in den Kopf geschossen wurde, ein kranker Mensch, ist frei — endlich.

Das Gericht folgte dem Antrag der Bundesanwaltschaft vom 6. Mai, den zu lebenslanger Haft Verurteilten gemäß § 57a StGB freizulassen. Damit ist der Ankündigung Kinkels von Jahresbeginn, Gefangene aus der RAF freizulassen, ein erster wirklicher Schritt gefolgt.

Aber mehr als ein erster Schritt, wenngleich ein ermutigender, ist es nicht. Jetzt geht es als nächstes um die Freilassung Bernd Rössners, der seit 17 Jahren inhaftiert ist und dessen Lebenskräfte durch die jahrelange Isolation erschöpft sind. Der von der BAW bestellte, reaktionäre Gutachter Saß hat, wie berichtet, ein Gutachten angefertigt, das die Freilassung Bernd Rössners praktisch verneint. Man muß von der BAW verlangen, daß sie ihren Gutachter zurückzieht und der sofortigen, bedingungslosen Freilassung zustimmt. Einen erkennbar und unbestritten Schwerkranken im Gefängnis festzuhalten, ist ein Verbrechen, das um so schwerer wiegt, als Bernd Rössner — selbst ohne Feststellung seiner Haftunfähigkeit — gemäß § 57a seit Jahren hätte freigelassen werden können, ja müssen.

Überfällig ist neben der Freilassung auch der anderen haftunfähigen Gefangenen — Ali Jansen und Isabel Jacob — vor allem, daß die politischen Gefangenen rauskommen, die länger als 15 gefangen gehalten werden — gegenwärtig sind es u. W. fünf. Nach dem Fernsehinterview der vier Frauen aus der JVA Lübeck ist erneut deutlich geworden, daß hartgesottene Reaktionäre aus allen staatstragenden Parteien die Freilassung

Günther Sonnenberg ist frei — jetzt weitere Schritte erkämpfen

von Gefangenen aus der RAF unter allen Umständen zu verhindern trachten, solange jedenfalls, als sich diese als politische Menschen begreifen und die Fähigkeit zum eigenen, freien Urteil bewahren. Der Welt am Sonntag vom 17. 5. zufolge verlangt etwa Bundesinnenminister Seitzers nichts weniger, als daß die Gefangenen nicht nur sich selbst dem staatlichen Gewaltmonopol zu unterwerfen, sondern entsprechende Erklärungen für den politischen Zusammenhang, dem sie sich zuordnen, abzugeben hätten — wie sie umgekehrt nicht „vorzeitig“ entlassen werden dürften, solange sich „im Gefahrenbereich des Terrorismus nichts geändert hat“. Diese Position ist zugegeben die weitreichendste, aber sie ist nicht geschlagen, und sie läßt den großen Spielraum für die verschiedenen Kräfte innerhalb des Staatsapparates erkennen, die Freilassung an schwer oder nicht erfüllbare Bedingungen zu knüpfen.

Die politische Opposition muß menschenwürdige Bedingungen für die Freilassung durchsetzen. Dazu ist die Auseinandersetzung mit dem Argument vonnöten, „daß alle Häftlinge in deutschen Gefängnissen gleich behandelt werden müßten“ und deshalb eine „vorzeitige“ Entlassung politischer Gefangener nicht infrage käme (so z. B. NRW-Justizminister Krumm, SPD, in der Süddeutschen Zeitung). Das Gegenargu-

ment, daß die politischen Gefangenen in den letzten 20 Jahren nicht „gleichbehandelt“, sondern zahllosen Sonderhaftbedingungen unterworfen gewesen wären, ist richtig, aber unzureichend. Es greift die Unmenschlichkeit staatlicher Willkür, durch die das Gefängnisssystem gekennzeichnet ist — besonders in der BRD — nicht an.

Von 335 Menschen, die in NRW mit lebenslanger Haftstrafe eingesperrt sind, saßen 50 bis 60 seit mehr als 20 Jahren hinter Gittern, sagte Krumm. Tatsächlich ist nirgendwo in Europa lebenslang so lang wie in der BRD. In Portugal z. B. ist die lebenslange Haftstrafe schon lange abgeschafft, in anderen Ländern liegt die durchschnittliche Haftdauer für „Lebenslängliche“ bei 10 bis 14 oder sogar unter 10 Jahren. In den Niederlanden und Belgien gibt es seit Jahren eine Diskussion, die lebenslange Haftstrafe abzuschaffen und die Höchststrafe auf fünf bzw. sechs Jahre zu begrenzen. Obwohl wissenschaftlich erwiesen ist, daß eine über zehn Jahre dauernde Haftstrafe mit ihrer Isolierung des Menschen von der Gesellschaft und der Natur, seiner Unterwerfung unter eine ihn total beanspruchende, kontrollierende Institution, die Gesundheit zerstört und die menschliche Persönlichkeit unumkehrbar verändert, zerstört, hat das Bundesverfassungsgericht 1977 entschieden, daß die lebenslange Frei-

heitsstrafe verfassungsgemäß ist. Sein Urteil hat lediglich zum § 57a StGB geführt, mit dem die Entlassung von „Lebenslänglichen“ nach Maßgabe des Staates nach einer Mindesthaftzeit von 15 Jahren möglich wird. Aber der § 57a liefert die „Lebenslänglichen“ staatlicher Willkür aus, stürzt sie in jahrelanges Wechselbad von tiefster Angst und Verzweiflung — das Gefängnis lebend nie mehr zu verlassen — und Hoffnung; er gibt ihnen keinerlei Rechtssicherheit,

macht die Gefangenen zum Objekt des Ermessens ihrer Richter, zwingt sie, die Jahre ihrer Gefangenschaft ihr Verhalten den (vermuteten) Erwartungen anderer anzupassen oder alle Hoffnung aufzugeben.

Die mit dem § 57a verbundene staatliche Willkür bedeutet für jeden zu lebenslang verurteilten Gefangenen eine Pein; sie wird vollends unerträglich, wird damit politische Gesinnung erpreßt. Die Initiative des 16. Strafverteidigtages, der in die Diskussion um die Freilassung der politischen Gefangenen die Forderung nach Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe und Änderung des § 57a trägt (s. u.), ist überaus nützlich und muß deshalb von der politischen Bewegung unbedingt aufgegriffen werden. — (scc)



Erklärungen des 16. Strafverteidigtages

Am Strafverteidigtage in Hamburg vom 15.-17. 5. 1992 haben ca. 350 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und andere Juristinnen und Juristen aus der ganzen BRD teilgenommen. Das Plenum verabschiedete die auf dieser Seite dokumentierten Erklärungen jeweils mit großer Mehrheit.

I. Die Signale aus dem politischen Raum sind alarmierend:

Leitende Beamte der Innen- und Justizverwaltungen sowie führende Politiker der CDU/CSU, FDP und SPD planen tiefe Einschnitte in die Beschuldigtenrechte im Strafverfahren und gleichzeitig eine weitere Ausdehnung polizeilicher Machtbefugnisse und strafrechtlicher Sanktionsbestimmungen.

Die Stichworte lauten: Großer Lauschangriff, Justizlastungsgesetz, Gesetzentwurf zur Bekämpfung des illegalen Rauschgift Handels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) und Ratifizierung des Schengener Abkommens (BT-Drs. 12/2453).

Kernstücke der Vorhaben sind:

1. Einsatz geheimdienstlicher Mittel wie Richtmikrophone und Abhörwanzen in Wohnungen von Verdächtigen und möglichen Kontaktpersonen; gleichzeitig

2. Beschränkung der Rechtsmittel im Strafverfahren durch Einführung der Zulassungsberufung und Abschaffung der Sprungrevision;

3. massive Einschränkung des eigenständigen Beweisanspruchs der Angeklagten in der Hauptverhandlung; gleichzeitig

4. Legalisierung und damit weitere Ausdehnung sog. neuer Ermittlungsmethoden der Polizei: Rasterfahndung, Erweiterung der Telefonüberwachung, Einsatz technischer, insbesondere geheimdienstlicher Mittel, Einsatz verdeckter Ermittler, polizeiliche Beobachtung u. ä.;

Erweiterung der Geheimhaltung von Polizeizeugen und Aktenmanipulationsmöglichkeiten im Strafverfahren beim Einsatz verdeckter Ermittler; gleichzeitig

5. Schaffung neuer allgemeiner Strafbestimmungen wie erweiterter Verfall und Vermögensstrafe, die die wirtschaftliche Existenzvernichtung eines Verurteilten und seiner Familie bewirken werden; gleichzeitig

6. weitere institutionelle Verankerung polizeilicher Kooperation auf europäischer Ebene — etwa im Bereich der Informations- und Datenverarbeitung — ohne jede parlamentarische Kontrolle.

Die Summe dieser Vorhaben, hinsichtlich derer in einzelnen Teilen sogar schon Bundesjustizminister Kinkel verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht hatte, wird das Strafverfahren und die Rechtskultur der BRD so gravie-

rend, absehbar bis Ende 1992/93, verändern wie keine Justizreform nach Ende des deutschen Faschismus.

Empört sind wir darüber, daß zudem bei Justizverwaltungen Pläne kursieren — wie etwa die Reaktivierung der sog. „Horrorliste“, Vorschläge der Generalstaatsanwaltschaften zur Einschränkung von Verteidigerrechten und die Entwürfe zur Erlaubnis für verdeckte Ermittler, Straftaten zu begehen —, die noch weitergehenden Charakter haben.

Verwirklicht sich dies alles, wird die Prognose Realität, die Dieter Grimm — Mitglied des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts — zum Ausfuern des Präventionsstaates aufgestellt hat.

Die Exekutive, Herrin großer Datenbestände und weiter Machtbefugnisse, wird unkontrollierbar sein, und am Ende wird stehen, daß, wie Grimm nachgewiesen hat, die Prävention sich auf diese Weise aus ihrem Bezug auf gesetzlich definiertes Unrecht löst und zur Vermeidung unerwünschter Lagen aller Art eingesetzt werden wird.

„Der einzelne kann den Staat nicht mehr durch legales Betragen auf Distanz halten“ (D. Grimm, Die Zukunft der Verfassung, Frankfurt/M. 1991, S. 416).

Das Ende des liberalen Rechtsstaates wäre besiegelt.

2. Begründet werden die Pläne regelmäßig mit zwei Hauptargumenten:

Erstens soll sich angeblich Umfang und Struktur des Verbrechens, vor allem in Gestalt der sog. Organisierten Kriminalität, in der BRD so gravierend gewandelt haben, daß der Polizei massiv weitere Kompetenzen eingeräumt werden müßten.

Zweitens sei die Handlungsfähigkeit der Justiz stark durch ihre Überbelastung — auch in Folge des Beitritts der fünf neuen Bundesländer — eingeschränkt, so daß die sog. „knappe Ressource Recht“ anders verteilt werden müsse.

Beide Argumente sind falsch und werden von den Verantwortlichen wider besseres Wissen verbreitet.

Denn systematisch-kriminologische Untersuchungen selbst des BKA, die nicht farbige Einzelfallskizzen in den Vordergrund schieben, belegen keine qualitative Änderung der Verbrechenstruktur in der BRD.

Tatsächlich sind die Strukturen organisierter Kriminalität in der BRD so wenig hierarchisch festgefügt, so wechselnd und flexibel und in einem solchen Umfang mit den Strukturen legaler

Wirtschaftsmacht verwoben und durch komplexe soziale wie politische Zusammenhänge bedingt, daß sich mit verdeckten polizeilichen Ermittlungsmethoden die verheißene „Austrocknung“ nicht erreichen läßt.

Zudem wissen wir als StrafverteidigerInnen aus zahlreichen Verfahren, daß zwischen verdeckt ermittelnder Polizei und der kriminellen Szene sich mitunter symbiotische Strukturen bilden, die durch Ausschaltung justizförmiger Kontrolle den Staat und die Gesellschaft gravierend verändern können.

Beispielsweise ist in Bayern im Zeitraum von Dezember 1988 bis Anfang 1991 Kokain in einer Gesamtmenge von ca. einer Tonne auf Veranlassung eines privaten V-Mannes und eines verdeckten Ermittlers als Lockspitzel des LKA Bayern in die BRD eingeschleust worden, was ca. 25 % der Menge entspricht, die insgesamt in diesem Zeitraum in der BRD sichergestellt worden ist.

Wer angesichts dieser Erkenntnisse behauptet, durch Ausweitung repressiver Mittel, durch die Einschränkung justizförmiger Kontrolle und durch den Eingriff in Beschuldigtenrechte die Probleme der Drogen-, Umwelt- oder Wirtschaftskriminalität lösen zu können, verbreitet Illusionen und lenkt von den sozialen und wirtschaftlichen Ursachen etwa mit der Folge ab, daß die gegen den Anstieg des Drogenmißbrauchs notwendigen Maßnahmen in der BRD wie in den Erzeugerländern nicht angegangen werden.

Daher lehnen wir als Teilnehmer des 16. Strafverteidigtages jede symbolische Überfrachtung des Strafverfahrens und überzogene Erwartungen an das Strafrecht als gesellschaftliches Problemlösungsinstrument ab.

Wir fordern, daß sich das Strafverfahren streng am Grundsatz der Einzelfallgerechtigkeit orientieren muß, ein Prinzip, welches zu den zentralsten einer Verfassung gehört, die Freiheit und Gerechtigkeit garantieren soll.

Insoweit muß es in unseren Augen ausgeschlossen sein, Rechtspositionen, die die Subjektstellung des Angeklagten garantieren sollen, gegen staatlich-justizielles Effektivitätsdenken auszuspielen.

Die Strafverteidigervereinigungen haben umfangreich und begründet ihren Standpunkt zu den Gesetzesvorhaben dargelegt.

Wir fordern die sonstigen Organisationen der Richter- und Anwaltschaft auf, gemeinsam mit den Strafverteidigervereinigungen nicht nur die Bürge-

rinnen und Bürger zu informieren, sondern zudem Protest gegen die Gesetzesverschärfungen zu organisieren.

Es muß endlich in die ernsthafte Diskussion einer umfassenden, den Realität

II. Die Initiative des bisherigen Justizministers Kinkel und die Erklärung der RAF vom 10. 4. 1992 haben eine öffentliche Diskussion ausgelöst, die vom 16. Strafverteidigtage ausdrücklich begrüßt wird.

Um die eingeleitete Entwicklung zu unterstützen und zu beschleunigen, sind schnellstmöglich folgende Maßnahmen zu ergreifen:

— Freilassung aller haftunfähigen sowie derjenigen politischen Gefangenen, die bereits 15 Jahre inhaftiert sind;

— Zusammenlegung der übrigen Gefangenen in ein oder zwei Gruppen, soweit sie es wünschen, und Schaffung der Bedingungen dafür, daß sie in absehbarer Zeit entlassen werden können.

III. Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs

Beim Vergleich der im Moment existierenden Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch in den alten und neuen Bundesländern kam die Arbeitsgruppe zu folgendem Ergebnis:

1. Die in den neuen Bundesländern geltende Fristenregelung (§§ 153 ff StGB DDR) ist verfassungskonform.

Schwangere Frauen haben ein Grundrecht auf eigenverantwortliche Entscheidungen über ihre Mutterschaft. Dieses „Recht auf Abtreibung“ kann nicht als Verfügungsrecht über menschliches Leben verstanden werden. Es ist kein Freiheitsrecht, das der Frau ein Recht gegen den Eindringling gibt — analog einer Notwehr oder Notstandsregelung —, sondern es ist ein Recht, das der Glaubens- und Gewissensfreiheit verwandt ist. Es ist die Kehrseite der mit der Mutterschaft verbundenen Verantwortung. In einer freiheitlichen Gesellschaft kann eine mit so weitgehenden Pflichten verbundene Sonderrechtsbeziehung wie die zwischen Mutter und Kind nur freiwillig übernommen werden. Dieses Recht gehört zu den elementaren Grundrechten. Es zu verweigern, bedeutet das Ende einer freiheitlichen Rechtsordnung.

2. Die in den alten Bundesländern geltende Indikationsregelung ist verfassungswidrig, da diese eine mit einer Strafdrohung erwungene Gebärpflicht normiert. Dies verstößt gegen die Wür-

ten und den grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien Rechnung tragenden Strafprozessreform eingetreten werden, anstatt immer wieder durch Einzelgesetze ausschließlich Exekutivinteressen nachzugeben.

Sollte es nicht gelingen, den großen Lauschangriff, Kernpunkte des Entlassungsgesetzes und die zentralen Teile des OrgKG zu verhindern, wird es eine effektive Kontrolle der Ermittlungsbehörden durch die Justiz nicht mehr geben.

Die aktuelle Diskussion gibt erneut Veranlassung, die Abschaffung der Gesetze zu fordern, die seit 1972 unter dem Vorwand der sog. Terrorismusbekämpfung eingeführt worden sind, insbesondere: § 129a StGB, KontaktsperreG, Kronzeugenregelung, §§ 138a, Abs. 2, 146, 148 Abs. 2, 231a StPO.

Die Hochsicherheitsstrake sind zu schließen, Sonderhaftbedingungen dürfen nicht angeordnet werden.

Die aktuelle Diskussion hat erneut die Problematik der lebenslangen Freiheitsstrafe ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Diese Sanktion ist abzuschaffen. In jedem Fall ist § 57a StGB dahin abzuändern, daß eine Entlassung bereits nach Verbüßung von zehn Jahren Freiheitsstrafe möglich ist.

de der Frau (Art. 1 GG), die Achtung ihrer Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG), die Freiheit der Gewissensentscheidung nach Art. 4 Abs. 1 GG, ferner gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung nach Art. 3 Abs. 2 GG, da es sich um eine rechtliche Sonderpflicht handelt, die nur Frauen treffen kann. Gebärfähigkeit ist kein Grund für eine Gebärpflicht.

Das Verbot eines eigenverantwortlich entschiedenen Schwangerschaftsabbruchs unterstellt der Frau, sie sei grundsätzlich eine Feindin des werdenden Menschen und verdiene allenfalls in extremen Ausnahmesituationen Nachsicht.

3. Auch der in den Bundestag eingebrachte Gruppenantrag „Schutz des werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, für Hilfen im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs“ bewertet den Schwangerschaftsabbruch nach wie vor als Straftat.

Die Beratungspflicht des Entwurfs macht Ungehorsamsverhalten zu kriminellem Unrecht. Der Gruppenantrag verschlechtert sogar die derzeit in den alten Bundesländern bestehende Rechtslage. Eine staatsfreie Beratung soll den Frauen in Zukunft nicht mehr gewährt werden.

Im übrigen ist die aufgezwungene Beratung ungeeignet als Hilfe zur Entscheidungsfindung. Im Einklang mit der Verfassung steht allein ein freies Entscheidungsrecht der Frau.

Teilgenommen haben 10 Beschäftigte und 6 Beiratsmitglieder. Die Tagung fand zum Teil in Arbeitsgruppen, zum Teil im Plenum statt.

Aus dem Bericht der AG Verlag und Finanzen

a) Die Arbeitsgruppe hat über den Kas- senbericht des Verlags für das 1. Quartal 1992 beraten. Der Bericht weist einen (geringen) Überschuss des Verlags im 1. Quartal auf. Dies ist angesichts der Viel- zahl der in diesem Quartal ausgestellten Abo-Rechnungen zu erwarten gewesen. Die finanzielle Situation des Verlages bleibt — bedingt durch den hohen Ver- lustvortrag aus den Vorjahren — weiter sehr angespannt.

b) Die Arbeitsgruppe hat über einen Be- richt über die Abrechnung des Lohn- fonds beraten. Der Bericht wird überar- beitet und geht dann zur Kenntnis an die GNN-Büros.

c) Die Arbeitsgruppe legte eine Über- sicht über Preise und Kosten einiger in Köln verlegter Periodika vor. Die darin vorgeschlagene Anhebung des Ver- kaufspreises der Politischen Berichte auf 2,- DM kann aber erst zum 1.1.1993 er- folgen. Außerdem muß bis dahin geprüft werden, ob und inwieweit die zusätzli- chen Abo-Pauschalen genügen, um die Kosten zu decken — auch bei den zum 1.1.93 in Kraft tretenden neuerlichen Gebührenerhöhungen im Postzeitungs- dienst. Eine endgültige Entscheidung über die Preisanhebung bei den Politi- schen Berichten fällt deshalb erst auf der Herbstkonferenz. Die Bezieher der Politi- schen Berichte sollen auf die Kosten- unterdeckung aber bereits jetzt hinge- wiesen werden. Weitere Förderabos sind auch deshalb gewünscht (Beschluss hierzu: einstimmig angenommen).

Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe Technik

a) Eine neue Version des Programmes GNN-Text ist noch in Arbeit. Für das Programm wird von Mitgliedern der AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe ein Benutzerhandbuch erstellt. Dieses soll in ca. drei Monaten fertig sein. Die-

Bericht über die GNN-Tagung am 9. Mai 1992

ser Zeitrahmen gilt in etwa auch für die Programmierung, falls keine außerge- wöhnlichen Umstände eintreten. Das Programm wird dann u.a. Fotosatzsimu- lation auf Nadel-, Laser- und Tinten- strahldrucker ermöglichen, vorausge- setzt, diese Drucker arbeiten mit einer der gängigen Druckverfahren (HP La- serjet II oder Epson LQ). Damit wird nicht die Qualität des Fotosatzes er- reicht. Aber die Typendrucker, die schon lange nicht mehr gefertigt wer- den, können durch o.g. Druckertypen als Endausgabegeräte ersetzt werden. Die bisher auf ehrenamtlicher Tätigkeit beruhende Betreuung des GNN-Ver- sandprogrammes kann so nicht mehr fortgeführt werden. Ein Beschäftigter der GNN Sachsen wird sich ab Sommer 1992 mit der Betreuung des Program- mes befassen.

Reparaturfonds Auf Zahlungen in den Reparaturfonds (150 DM im Jahr) kann der GNN-Verband nicht verzichten. Die Leistungen des Reparaturfonds müssen aber anders als bisher definiert werden, nachdem bei den neueren Rechnern das Problem Reparaturen eher eine geringe Rolle spielt. Die Bestimmung wäre in etwa: Die Zahlung in den Reparatur- fonds dient der Aufrechterhaltung eines Nachrichtenverbundes mit einheitlicher Textsprache, dazu gehört die regelmä- ßige Belieferung mit den dazu nötigen Pro- grammen sowie die Möglichkeit der Be- ratung und Ausbildung durch die Büros der GNN.

In diesem Sinne wird ein Schreiben auf- gesetzt, das erst im GNN-Tagebuch allen Mitgliedern der GNN-Versammlung zur Billigung vorgelegt und danach an alle Benutzer verschickt wird.

b) **Copy-Printer:** Die Anschaffung von vier Geräten in den Büros Köln, Hanno-

ver, Stuttgart und Schkeuditz scheint sich zu bewähren. Im Auflagenbereich von 100 bis ca. 3000 Exemplaren kann damit schnell, günstig und umwelt- freundlich gedruckt werden.

Ein externer Wartungsvertrag wird nicht abgeschlossen, sondern durch in- terne Rückstellungen soll ein eigener Reparaturfonds geschaffen werden. (einstimmig beschlossen)

Falz- und Heftmaschine. Diese wurde für Köln gemietet bis zum 8.5.92. Die Landesverbände Hessen und NRW des BWK haben sich bereit erklärt, das Geld für den Kauf aufzubringen. Ebenso wol- len die Benutzer der GNN Sachsen eine solche Maschine finanzieren. Ein Nut- zen bei Anschaffung der Maschine für Köln entsteht hauptsächlich für Produk- te wie die Antifaschistischen Nachrich- ten, deren Produktionszeit auf die Hälfte reduziert werden kann. Das Plenum der GNN-Versammlung beschloß die Anschaffung der beiden Geräte.

Beschluß zur Arbeitsorganisation

Der folgende Beschluß wurde im Ple- num einstimmig gefaßt:

„Mit der Ausweitung des Leistungsan- gebotes nimmt die Arbeitsteilung in der GNN-Belegschaft zu. Es entwickeln sich verschiedene Tätigkeitsbilder.

Die Belegschaft muß sich verständigen, wie sich diese Tätigkeitsbilder entwik- keln sollen, damit Fehlentwicklungen vermieden werden (z.B. Tätigkeitsbild Herstellen einer Druckvorlage und nicht a) Tätigkeitsbild tippen, b) Tätigkeits- bild gestalten).

Anhand einer Liste der bei uns im Ver- lag anfallenden Arbeiten wird auch dis- kutierbar, wer für welche Arbeit zur Verfügung steht und welche Ausbil-

dungsinteressen bzw. -notwendigkeiten gegeben sind.

Die Liste der Arbeiten muß so vollstän- dig sein, daß der große Teil der bei uns anfallenden Tätigkeiten davon erfaßt wird.“

Erklärung für eine Kooperation der GNN-Verlage

Die folgende Erklärung wurde beschlos- sen:

„Die GNN-Versammlung erklärt ihre Absicht, die bestehende Kooperation auf der Grundlage der GNN-Grundsätze fortzusetzen. Das heißt insbesondere:

— Der Beschluß der GNN-Herbstkonfe- renz 1991 über den Lohnfonds wird be- stätigt und gilt als Vereinbarung zwi- schen den Verlagen. Alle Verlage wer- ben bei ihren Nutzern für Spenden zu- gunsten des Lohnfonds. Sofern nicht auf den GNN-Konferenzen ausdrücklich anders beschlossen, werden die verblei- benden Lohnkosten unter Berücksichti- gung der Beteiligung an den Gemein- schaftsaufgaben den Verlagen in Rech- nung gestellt.

— Das System der einheitlichen Preise bleibt bestehen. Änderungen sollen grundsätzlich auf den GNN-Tagungen beschlossen werden.

— Die Technologie der Verlage bleibt einheitlich. Größere Neuinvestitionen sind nur nach vorheriger Beschlußfas- sung auf den GNN-Konferenzen zuläs- sig. Software wird nur einheitlich zur Verfügung gestellt. Sonderwünsche ver- ursachen auch Sonderkosten.

Diese Erklärung wird auf der nächsten GNN-Konferenz — unter Berücksichti- gung der evtl. bei den Regionalverhand- lungen aufgetretenen neuen Gesicht- punkte — überprüft.“

(Protokoll: heb)

Ergebnisse der Frühjahrskonferenz der AG Politische Berichte, 10. 5. 1992

Der Bericht wird von der Redaktion er- stellt werden.

5. Gemeinsame Beilage / Zusammen- wirken mit der SoZ

Die Konferenz nimmt einen Brief des BWK-Bundesvorstandes an die Soziali- stische Zeitung und die Antwort der So- zialistischen Zeitung zur Kenntnis. Un- ter den Teilnehmern herrscht Einver- nehmen, daß gemeinsam zu veröffentli- chende Diskussionsbeiträge möglich sind. Die Herausgeber sollen wegen möglicher Themen an die Sozialistische Zeitung schreiben.

6. Die Herbstkonferenz der Arbeitsge- meinschaft Politische Berichte wird am 8. November 1992 stattfinden.

(Protokoll: uld)

Anlage: Bericht über „Berichte und Reportagen regional“

Seit Politische Berichte 2/92 ist der Regionalteil auf zwei Seiten gekürzt.

Weggefallen sind die Seite mit der Reportage und eine weitere Artikelseite. Die Meldungszahl ist von insgesamt (mit Bildern) 20 Meldungen auf zehn re- duziert.

Größere Projekte auf den Seiten 6 und 7 sind die sechs Artikel und die drei Bildprojekte. Letztere machen die Sei- ten für die Lesenden gut zugänglich.

Wenn man die Nummern 2 bis 9/92 durchschaut, fällt auf: Nicht in jeder Nummer sind Artikelprojekte aus jedem Land, mit Ausnahme von Niedersachsen, das in jeder Nummer mit minde- stens einem Artikel vertreten ist. Das Fehlen der Artikel aus Ländern wurde in den meisten Fällen dadurch ausgegli- chen, daß dann Bildprojekte aus den be- treffenden Ländern stammen. Aber nicht immer: So ist in Nummer 2 von HH nichts, in Nummer 9 von Baden- Württemberg kein Artikel und kein Bild- projekt. Daß Länder nicht mit Artikeln oder Bildprojekten auf zwei Seiten vor- kommen, halten wir nicht für gravierend in dem Sinn, daß dann die inhaltliche Seite reduziert wirkt.

An Themenrubriken für die Artikel sind festzustellen: Asyl, Landes-/Kom- munalpolitik, Tarifkampf/Gewerk- schaft, gegen Militarisierung, politische Gefangene/Verfolgung/staatliche Unterdrückung, Betrieb, Öko-Faschisten, Antifaschismus, § 218, Anti-Atomkraft, Ausländer/Arbeitsmarkt. Das wärs. Wichtiges, z.B. Situation der Jugendli- chen, ist auf den Regionalseiten nicht vorhanden. Liegt das an der Begrenz- heit unserer politischen Aktivitäten? Oder sind bestimmte Bereiche unserer politischen Arbeit aus dem Regionalteil ausgegrenzt? Wir wirkt hier die Aus- wahl der Vorschläge und die Endprojek- tierung der Seite verengend?

Über die tatsächliche Lage der auslän- dischen Arbeiter, Rechtslosigkeit, Ar- beitsbedingungen u.a. ist im Verhältnis dazu, daß die Bourgeoisie und ihre Par- teien hier ihren wichtigsten Hebel zur imperialistischen Volksgemeinschafts- formierung ansetzen, nicht entspre- chend im Regionalteil berichtet worden. In Nr. 9 ist Seite acht über Ausländer- beschäftigung in Schweinfurt. Welche Möglichkeit besteht, auf Seite acht kon- tinuierlich die Publizistik zu dieser Fra- ge fortzuführen? Die Bandbreite der Ar- tikel zur Kommunalpolitik/Land ist re- lativ breit: Situation der Alten und der Armen, Kürzung der Stadthaushalte ge- gen Lohnabhängige, Verkehrsplanung, Kindergärten, Sparkurs, Arbeitsmarkt/ ABM, Wohnungen, Schulen, politische Repression.

Artikel zu Gewerkschaften sind im- mer im Zusammenhang mit dem Tarif- kampff geschrieben. Liegt das an den tat- sächlichsten gewerkschaftlichen Schwer- punkten oder ist für uns andere gewerk- schaftliche Arbeit schwer zugänglich? Ist es möglich, Berichte zu schreiben über Diskussionen in den Gewerkschaf- ten, z.B. zu strategischen Fragen, oder über Seminare zu berichten?

Gesichtspunkte der Artikel zu Betrie- ben: VW-Tarifreform, Continental Zu- sammenlegung mit Pirelli, Hausfrauen- schicht nachts, mit der Arbeitsordnung gegen Gewerkschaft, Betriebsräte für Kindergartenabgabe, Postdienst Ar- beitsdruck, BASF setzt die Polizei zur Überprüfung von Beschäftigten ein, Konzern-Konkurrenz und Kooperation, VW-Konzern Crash-Kurs.

Nach wie vor ist die Projektierung mühsam, trotz der Verkürzung auf zwei Seiten. Ein Teil der Projekte wird nicht direkt für den Regionalteil geschrieben. Bei Wegfall von Projekten oder bei offe- nen Adressen muß auf Vorhandenes in Lokalbeilagen bzw. Nachrichtenheften zurückgegriffen werden. Welche weite- ren Kapazitäten in den Ländern können gewonnen werden, direkt für den Regio- nalteil in Verbindung mit der laufenden örtlichen politischen Arbeit Artikel zu verfassen? Ist durch die Seitenreduzie- rung Wichtiges weggefallen? Wahr- scheinlich nicht.

Können die Artikel auf den jetzigen zwei Regionalseiten näher an die Klä- rung wichtiger Fragen herankommen? Möglich ist das schon. Nicht unbedingt durch Ausdehnung des Platzes. Eher durch inhaltliche Festlegung, welche Probleme zu sichten sind.

Das sind (global gefaßt) u.E. z.B.: Welche Entwicklung nimmt der Produk- tionsablauf mit seinen Folgen erhöhter Ausbeutung und Akkumulation, insbe- sondere in der Automobilindustrie, aber auch in allen anderen Branchen? Wie be- reitet das deutsche Kapital den Konkur- renzkampf in der veränderten EG vor? Wie wirkt die staatliche Zentralisierung auf die Kommunen, welche systemati- schen Schritte in den Kommunen unter- nehmen die herrschenden Parteien ge- gen die Lohnabhängigen? Was versu- chen andere Kräfte dagegen? Faschisti- sche Sammlungsbewegung auf Landes- ebene, insbesondere im Zusammenhang mit Kommunal- und Landtagswahlen.

Das sind nur einige Richtungsfragen. Wenn von solcherart Fragen die Planung und Ausarbeitung von Artikelprojekten auf Landesebene weiter bestimmt sind, können dann Schreibkräfte, die für die Regionalseiten brachliegen, herangezo- gen werden?

Die Sichtung der Entwicklung der Re- gionalseiten ergibt, daß die Seitenkür- zung, die Menge des angebotenen Zei- tungsraumes, nicht das Entscheidende ist. Die Debatte ist vielmehr über die Klärung von Problemfragen und die da- mit zusammenhängenden Projektie- rungsmöglichkeiten zu führen. — (gba, jöd)

Termine

23. 5. 92 2. regionale Beratung Linke Opposition vor Ort. Ab 10 Uhr bis ca. 18.30 Uhr, Integrierte Gesamtschule Mannheim Herzogenried, Mannheim.

23. 5. 92 Kongreß „Solidarität mit Cuba! Schluß mit der Blockade durch USA, EG, BRD!“ 9.30 Uhr, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg.

26. 5. 92 Vorbereitungstreffen für eine bundesweite Demonstration gegen den Abbau des Asylrechts. Es laden ein: DIDF, medico international, Ulla Jelpke (MdB, PDS/LL). 19 Uhr; Allerwelts- haus, Wahlenstr. 22, Köln 30.

13. 6. 92 5. Seminar von sozialistischen Organisationen aus Mecklenburg-Vor- pommern, Hamburg, Schleswig-Hol- stein. Tagesordnung: 1. Wirtschaftspoli- tik für Mecklenburg-Vorpommern; 2. Deutsche Ostexpansion. 10 bis 16 Uhr; Club M, Stadtfeldkamp 22, Kiel.

13. 6. 92 Mitgliederversammlung des Herausgeberkreises „Nachrichten Che- mische Industrie“. Als Tagesordnung ist geplant: 1. Entgelt- und Manteltarif- verhandlungen, tarifpolitische Lage; 2. Konzernstrategien zur Personalfüh- rung, Wertewandel; 3. Zusammenarbeit mit anderen Initiativen und Gruppen; 4. Projektierung der Nachrichtenhefte; 5. Finanzen und Verlag. 11 bis 18 Uhr, Naturfreundehaus „Kleiner Hagen“, Göttingen. Tel. 0551/68796

13./14. 6. 92 Arbeitsgemeinschaft ge- gen reaktionäre Gesundheitspolitik: Ar- beitsstagung öffentlicher Dienst. The- men: Tarifpolitik der ÖTV; Referat: „Der öffentliche Dienst vor dem Bin- nenmarkt“; ÖTV-Gewerkschaftstag. Beginn: Samstag, 13.30 Uhr, Ende Sonntag, 13. Uhr. Haus der Jugend, Deutschherrnrufer 12, Frankfurt/Main.

13. 6./14. 6. 92 Zentrale Delegiertenkon- ferenz d. VSP; Strukturdebatte, Wahlen.

14. 6. 92 Arbeitsgemeinschaft bei der PDS „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung. Treffen der Arbeitsgemein- schaft. Themen: Wirtschaftsdemokratie — Utopie oder Perspektiven? Immer mehr Wachstum — ist das wirtschaftlich und global vertretbar? Aus der Diskus- sion der PDS in Halle, Referent Fried- rich Plate; B19-Diskussion — Diskus- sionsbeiträge aus der PDS Meinungen und der Schweinfurter Bürgeraktion B19. 11 Uhr, DGB-Jugendheim, Wil- helm-Leuschner-Str. 2, Schweinfurt.

19. 6. 92 B&G-Treffen der VSP zum Tarifvertrag 2000. Thema: Fraueninter- essen. 17 Uhr, Glashüttenstr. 106, Ham- burg.

20. 6. 92 Bundesweite Demonstration „Für das Leben und die Freiheit der po- litischen Gefangenen“. 11 Uhr, Bonn.

20. 6. 92 15. landesweite Konferenz an- tifaschistischer Initiativen und Organi- sationen NRW. Beginn 10 Uhr; Schul- zentrum Ostheim, Hardtgenbuscher Kirchweg 100, Köln-Ostheim.

3.-5.7.92 Gegenkongreß und Demon- stration zum Weltwirtschaftsgipfel. München.

3.8.-6./7.8.92 Linke Sommerschule in Thüringen. Ort steht noch nicht fest. Methodisch-methodologische Grund- sätze der Kurse sollen sein: - Brücken- schlag zwischen Generationen sowie zwischen Linken unterschiedlicher Her- kunft, besonders auch aus Ost und West. - Einstiege schaffen gegen die Verwei- gerung von Sachkompetenz durch die Herrschenden. - Soziales Wissen als so- zialer Prozeß aneignen. - Zeit und Mög- lichkeit schaffen, sich selbst zu verge- wissern. - Lernen, eigene Interessen zu formulieren, kenntlich zu machen und darüber in den Diskurs zu kommen. Fol- gende Kurse werden angeboten: — Kritische Theorie, Dialektik der Aufklärung, Kommunikationsgesell- schaft: Was leistet bzw. leistet nicht die Theorie vom kommunikativen Handeln? — Strukturpolitik in den neuen Bundes- ländern, moderne ökonomische Theorie — 1945 — eine verpaßte Chance?

Anmeldungen und Nachfragen über: Dieter Strützel, PDS Gera, Amthorstr. 11, O-6500 Gera, Telefon Gera 62326 10, Fax Gera 623180; Christiane Schneider, GNN-Hamburg, Günterstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/ 2204278, Fax: 2297419.

Nach bis zum 31. Mai ist in Berlin die Ausstellung „Entartete Kunst“. Das Schicksal der Avantgarde in Nazi-Deutschland — zu sehen ist, ist weniger ein Verdienst von deutscher Seite denn amerikanischem Interesse zuzurechnen.

Nach 5-jähriger Vorbereitung wurde die Ausstellung 1991 mit großem Erfolg in Los Angeles, Chicago und Washington gezeigt. Die in den USA massiv öffentlich gestellte Frage, warum die Ausstellung nicht auch in Deutschland gezeigt werde, wie auch kritische Bemerkungen des Museumsdirektors aus Los Angeles im Vorwort des Katalogs („Ein neu vereintes Deutschland steht außerordentlichen Herausforderungen gegenüber; zu diesen gehört unvermeidbar eine neuerliche Überprüfung der Ereignisse des Dritten Reiches. Wir hoffen zutiefst, daß die Ausstellung und der Katalog ... beitragen werden zur kontinuierlichen Neubewertung des kulturellen Erbes Deutschlands und zur Wachsamkeit ...“) hatten schließlich zur Folge, daß sich das Deutsche Historische Museum zur Übernahme entschloß. Offiziell wird „Entartete Kunst“ jetzt als Teil einer Reihe von Ausstellungen unter dem Thema „Die Sichtweisen der Nachbarländer darstellen: wie sie zentrale Phänomene der deutschen Geschichte sehen“ eingeordnet. Entsprechend distanziert lesen sich die Grußworte von Generaldirektor Stölzl und Bundesinnenminister Seitzers. (1)

Die Ausstellung

Die Eingangsräume der Ausstellung stellen eine umfangreiche Dokumentation dar. Sie ist einerseits der Versuch, die am 19. Juli 1937 in München eröffnete Ausstellung „Entartete Kunst“ mittels Photographien zu rekonstruieren. Dies ist zum ersten Mal möglich, da im Archiv der Alten Nationalgalerie auf der Museumsinsel (Ostberlin) 70 Photographien entdeckt wurden, die ganze Wände wiedergeben. (2)

„Entartete Kunst“. Das Schicksal der Avantgarde in Nazi-Deutschland

Andererseits geben die Eingangsräume einen Eindruck über die Ausstellung im Zusammenhang ihrer Zeit: wichtige politische Ereignisse werden ebenso wie „wichtige“ kulturelle dokumentiert, teils mit Filmmaterial; die Reaktionen des Auslands auf die Münchner Ausstellung in der Presse wird ebenso dargestellt wie die faschistischen Ausfälle.

Interessant ist auch der Überblick über die verfolgten Künstler. Kurzbiographien über Leben und Inhalt ihrer Arbeit zeigen, daß nicht nur die Werke politisch mißliebiger oder hauptseitig jüdischer Künstler vernichtet wurden, sondern alles, was mit dem Attribut „un-deutsch“ behängt werden konnte (siehe hierzu weiter unten). Die Ausstellung dokumentiert auch, daß neben der Bildenden Kunst und der Literatur (was i. d. R. durch die Bücherverbrennungen bekannt ist) moderne Kunst im Bereich von Musik und Film verboten wurde.

Im zweiten Teil der Ausstellung werden dann (zumeist) Originale der Avantgarde-Künstler gezeigt. Von den ursprünglich 650 in München gezeigten Kunstwerken, die zuvor innerhalb weniger Wochen in 32 Museen konfisziert worden waren, konnte die Ausstellungsorganisatorin Stephanie Barron etwa 200 identifizieren. Rund 100 Gemälde, 70 Graphiken sowie fünf Skulpturen erhielt sie als Leihgabe. Entsprechend der Münchner Zusammenstellung werden diese Ausstellungsstücke thematisch in Räumen zusammengefaßt, wenngleich natürlich nicht in der diskriminierenden Weise wie in München.

„Entartete Kunst“

Die Münchner Ausstellung „Entartete Kunst“ war die „heftigste Attacke“ gegen die moderne Kunst, sie war jedoch nicht der Beginn der Kampagne gegen

alles „Un-Deutsche“. (1) Bereits 1933 wurden als „Schreckenskammern der Kunst“ genannte Vorläuferausstellungen z. B. in Mannheim, Karlsruhe, Nürnberg, Chemnitz, Dresden usw. gezeigt. Nach den Ausstellungen wurden die Bilder meist in Depots verbannt. Die Titel der „Schreckenskammern“ zeigen, gegen wen und was sich die Aktionen richteten: „Kulturbolschewistische Bilder“, „Novembergeist — Kunst im Dienste der Zersetzung“, „Regierungskunst 1918—1933“. Sie dienten der Abrechnung mit der Weimarer Republik. Neben den Künstlern selbst waren vor allem auch die Ankäufer der Werke, also i. d. R. Museumsleiter, aber auch die Händler Ziel des Angriffs der Faschisten. Mit dem Gesetz vom 7. April 1933 zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ war die Grundlage für ihre Entlassung geschaffen (teils aus „rassischen“, teils aus politischen Gründen).

In den inszenierten Schreckenskammern wurde bereits praktiziert, was in der Münchner Ausstellung „Entartete Kunst“ dann fortgeführt wurde: Unter den ausgestellten Bildern wurde Händler, Käufer und Kaufsumme genannt. Da die durch die Inflation bedingten hohen Aufkaufpreise absichtlich nicht in Reichsmark umgerechnet wurden, mußten sie astronomisch hoch erscheinen. Damit wurde den Museumsleitern Verschwendung bzw. Veruntreuung von Steuergeldern — in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Not — vorgeworfen. Die Entlassung der modernen Kunst erwerbende Museumsleiter hatte — abgesehen von der politischen Verfolgung — enorme soziale Auswirkungen für die Künstler.

Ein Zeitzeuge schildert seine Eindrücke beim Besuch der Ausstellung 1937 so: „Die Räume

wie auch die Durchgänge zwischen ihnen waren ziemlich eng, ebenso waren die Decken wesentlich niedriger als im „Haus der Deutschen Kunst“. In manchen Bereichen drängten die Betrachter sich aneinander, um die spärlich ausgeleuchteten Werke sehen zu können; die Atmosphäre war gespannt. Die Auswahl der Werke, ihre abscheuliche Aufhängung und Platzierung, die graffitihähnlichen Inschriften an der Wand, die Preisnotierungen und verstümmelten Zitate von Museumsdirektoren und Kunsthistorikern machten für mich offenkundig, daß diese Ausstellung ... darauf angelegt war, deren Haß gegen diese Werke zu entfachen.“ (1)

Die als Propagandaschau zur Vernichtung der modernen Kunst gedachte Ausstellung wurde allein in München von 2 Millionen Menschen besucht. Anschließend wurde sie bis 1941 in zwölf weiteren Städten gezeigt mit nochmals 1,2 Millionen Besuchern. Weitere 53 Städte sollten sich um die Ausstellung bewerben haben. Es ist schwer zu beurteilen, was dieses starke Interesse zum Ausdruck bringt. Gerne wird Goebbels zitiert, der bei seinem Besuch gesagt haben soll: „Das ist das Tollste, was ich je gesehen habe.“ (3) Die zeitlich parallel und räumlich gegenüber gezeigte „Große Deutsche Kunstausstellung“ hatte demgegenüber nur 400 000 Besucher. Offensichtlich störte die Faschisten der große Erfolg von „Entarteter Kunst“ nicht. Weitere 16 000 Werke moderner Kunst wurden bis Ende 1937 beschlagnahmt.

„Un-Deutsche Kunst“

„Ob abstrakt oder gegenständlich, die schönen Landschaften und Portraits Mackes, frei von jeder Absicht, irgendwem Schaden zuzufügen, die in expressionistischen Farben gemalten Gemälde der populären Künstler der „Brücke“, Ernst Ludwig Kirchner, Emil Nolde und Karl Schmidt-Rottluff, die beißende Sozialkritik von Max Beckmann, Otto Dix und George Grosz oder die Anstrengungen der Bauhaus-Künstler, ein neues Verbindungsglied zwischen Kunst und Industrie zu schmieden — sie alle wurden in gleicher Weise verurteilt.“ (1) Stephanie Barron, die die Ausstellung entscheidend organisierte, wundert sich, mit welcher „mikroskopischen Genauigkeit die Nazi-Hierarchie die Observierung und Regulierung sämtlicher Aspekte des kulturellen Lebens im Reich verfolgte ... Man kann nur staunen über die Unverhältnismäßigkeit der bürokratischen Organisation, den Papierkrieg, Vorschriften und Verordnungen, die auf einen Sektor der Gesellschaft gerichtet waren, der in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht keine Bedrohung darstellte“. Das haben die Faschisten — wissend um ihre kriegeri-

Gemalte Wehrsabotage des Malers Otto Dix



Die Abbildung zeigt die Seite 15 aus dem Originalkatalog zur Ausstellung „Entartete Kunst“ aus dem Jahr 1937. Oben: „Kriegskrüppel“, 1920; unten: „Der Schützengraben“, 1920-23.

schen Absichten — offensichtlich anders gesehen. Und auch die Autorin stellt fest, daß ein entscheidender Teil dieser Künstler Beiträge zu radikalen Zeitschriften lieferte, „die intensive Antwort von Künstlern auf die katastrophalen Ereignisse des Ersten Weltkrieges“ darstellten. „Viele der Avantgarde-Künstler unterhielten weiterhin Beziehungen zum Sozialismus während der turbulenten Weimarer Zeit, und sie gaben ihren Gedanken Ausdruck in ihrer Kunst. Diese Identifikation mit dem Internationalismus und der fortschrittlichen Politik schuf klar sichtbare Ziele für den aggressiven Nationalismus ...“ (1)

Der Begriff „entartet“ ist ein Fachausdruck der Biologie, „der in Bezug auf eine Pflanze oder ein Tier verwendet wird und besagt, daß sich eine Pflanze oder ein Tier so verändert haben, daß sie nicht mehr zu ihrer Art gehören.“ (1) Auf die Kunst bezogen bedeutet dies, daß diese nicht mehr klassifizierbar ist, „Nicht-Kunst“ darstellt und dementsprechend nicht erhaltenswert. Praktischen Ausdruck fand diese Verunglimpfung in Vergleichen von modernen Bildern mit Photographien von Geisteskranken. Der Avantgarde-Künstler wurde dem Geisteskranken gleichgesetzt, womit nicht nur die Vernichtung seiner Werke, sondern

letztendlich auch seiner Person als „unwertes Leben“ legitimiert wurde.

Aktuelle Bezüge?

Auffallend bei dem Besuch der Ausstellung war der große Anteil von Ostberlinern. Dies mag in einer bis jetzt anderen Kulturtradition begründet sein (Ausstellungen, Theater, Konzerte waren immer gut besucht und der Eintritt war billig). Der Grund könnte zum Teil aber auch darin liegen, daß sich eben diese Kulturtradition derzeit durch viele Maßnahmen in Zerstörung befindet. Erwähnt sei hier z. B. der kolonialistische Umgang mit Denkmälern, die Auseinandersetzung um die Akademie der Künste, aber auch das durch finanzielles Aushungern bedingte Kino- und Theatersterben, das Verschwinden von Jugendclubs und der Behandlung der damit befaßten Menschen.

Quellen: (1) „Entartete Kunst“. Das Schicksal der Avantgarde im Nazi-Deutschland. Dieser Katalog zur Ausstellung, herausgegeben von Stephanie Barron, ist sehr lesenswert und unterstützt die Informationen der Ausstellung. Hirmer Verlag München, 48 Mark (später 98 Mark); (2) Museums Journal, Nr. 1, 6. Jg., Januar 1992; (3) zit. nach „Das Parlament“, Nr. 13, 20.3.92 — (har)



Otto Dixs „Zigeuner vor dem Zelt“, ca. 1925, entsprach nicht deutschen Schönheitsidealen.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres- / Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank) (Unterschrift)

insenden an: GNN, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelldressen

11/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celik (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 68, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 1207 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Deljen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Tel.: 0221/21 16 58, Datenfernleihe: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26.- DM (Förderabo 39.- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52.- DM (Förderabo 78.- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1.- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.
Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Deljen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesamte Beträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz